

Offener Brief an die Bundesregierung des Landes Österreich
mit Vorschlägen wie wir die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer generellen
Finanz- und Wirtschaftsreform in Österreich, Europa □ nutzen könnten
– Die Sonderrolle, die Österreich innerhalb Europa „spielen“ könnte

Sehr geehrter Herr Faymann,
Sehr geehrter Herr Pröll,
sg. Damen und Herren der Regierung und des Parlaments,

Die Finanzkrise ist eine Verschuldungskrise □ auch ausgelöst durch den kometenhaften Anstieg der Öl und Gaspreise. Alleine in den USA stiegen die Ausgaben für Öl vom Jahr 2003 bis 2007 von 80 auf 900 Milliarden US-Dollar – dies entspricht quasi einer Erhöhung der Besteuerung für alle Bevölkerungsschichten um 33 Prozent. So wird ersichtlich, dass die Energiepreise ein Auslöser der Finanzkrise waren.

Wir wissen schon lange um die Schwächen und Notwendigkeiten von Krisen für unsere marktwirtschaftliche Ordnung à la Adam Smith and John Maynard Keynes, das auf und ab der Wirtschaft, das ausgelöst wird, wenn der eine den anderen marktpolitisch ablöst! Und wir wissen auch, dass es so nicht immer weiter gehen kann! Wir wissen um Silvio Gesell und „seine“ Freiwirtschaftslehre (die Alternative zu *Kapitalismus* und *Kommunismus*, *sozialer Marktwirtschaft* und wie sie sonst noch so alle heißen)! Wir wissen um die Endlichkeit des Wirtschaftswachstums! Wir wissen um die Notwendigkeit einer Finanzmarkt- und Geldreform □ einhergehend mit einer Wirtschaftsreform □
Wir wissen so vieles und tun es nicht!

Diese Finanz- und Wirtschaftskrise gibt uns jetzt die Chance auf die wir gewartete haben! Wir können nun all das tun, was zuvor unmöglich war: Nehmen wir nun die großen Kritiker unseres bestehenden Wirtschafts- und Finanzsystems beim Wort □ allen voran die Anhänger von *Silvio Gesell der Natürlicher Wirtschaftsordnung* und dessen / deren Ansatz des *Geldsystems und der Bodenordnung* und geben wir ihnen die Gelegenheit sich zu beweisen!

Lassen wir sie – zeitlich befristet auf z.B. 2 oder 3 Jahre vorab – in Österreich, in Wien, in Linz, in Wörgl, in NÖ, OÖ, in Kärnten, Tirol, der Steiermark, dem Burgenland oder wo auch immer das **Experiment von Wörgl** – mit zeitgemäßem Ansatz – wiederholen. Deklarieren wir es als Großversuch und unterstreichen sie die Chancen bei Gelingen! Unterstreichen sie die Sonderrolle, die Österreich innerhalb der EU spielen könnte und auch will! Unterstreichen sie die Chancen, die sich jedem von uns durch diese Erfahrungen ergeben könnten! Lassen sie damit ihre Kritiker verstummen!

Setzen sie sich mit diesen fünf nachfolgend genannten Personen in Verbindung und bitten sie diese, die jeweilig richtigen Fachleute aus ihrem Personenstamm auszuwählen, um eine Expertenkommission zu bilden, mit der Sie dieses „*Experiment*“ auf dem Österreichischen Staatsgebiet ausführen können!!

- ⇒ **Dipl.-Volksw., Ass. jur. Jörg Gude**, Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V., gude@sozialoekonomie.info, www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de
- ⇒ **Werner Onken**, Dipl.Ökonom, Redakteur „Zeitschrift für Sozialökonomie“, eMail: onken@sozialoekonomie.info, <http://www.sozialoekonomie.info/>
- ⇒ **Fritz Andres**, 1. Vorsitzender der „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“, eMail: Fritz.Andres@gmx.de, <http://www.stiftung-geld-boden.de/>
- ⇒ **Prof. Dr. Margrit Kennedy** „Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel, das jedem dient.“, eMail: margritkennedy@monneta.org, <http://www.margritkennedy.de/>
- ⇒ **Anselm Rapp**, „Natürliche Wirtschaftsordnung“, E-Mail Anselm.Rapp@anjora.de, <http://www.nwo.de/>

Wann sollte der Versuch starten?

Fragen sie das Team und entscheiden sie dann: ich denke allerdings, wie sollten uns 3 Termine vormerken und wie folgt vorgehen:

- 1.) Im Laufe der KW 13 (also zum **28. März 2009** dem **internationalen Aktionstag** im Vorfeld des G 20 Gipfels) sollte bekannt gegeben werden, dass ein solcher Feldversuch in Vorbereitung ist! (eventuell bereits mit Nennung des Termins □ sollte es nur ein kleiner regionaler Feldversuch sein □ wie z.B. Wien, Linz, Wörgl oder dem Burgenland!)
- 2.) In der KW 18, also zum **1. Mai 2009**, geben sie spätestens den „Startschuß bekannt und dass alles vorbereitet ist. Sie nehmen dann – unter anderem – der bundesweiten Demonstration am 16. Mai 2009 die „Luft“ raus!
□ sie hätten Zeit genug für die Vorbereitungen!

Die Expertenkommission sollte unbedingt darauf achten, dass die Interdependenz von Lokal-/Regionalmarkt und National- / Internationalem Markt gewährleistet ist (Umsetzungsansatz „**AO-Bank**“)! □ aber das setze ich als selbstverständlich voraus!

Die Zeit drängt! Setzen sie sich mit den genannten Personen in Verbindung □ eMails haben sie, Telefonnummern finden sie auf den Internetseiten!

Danke!

Noch etwas:

Ich möchte noch etwas zur

Konferenz der „Initiative für eine demokratische Wende!“

vom vergangenen Samstag, 7. Februar 2009 in Linz, bemerken:

zu Punkt (4) des 6 Punkte Programms:

Die **ÖMV** sollte unbedingt wieder in staatlichen Besitz zurückgeführt werden! Es kann nicht sein, dass ein solch strategisch wichtiges Unternehmen □ **1 (EINE) Milliarde Euro Gewinn in EINEM Geschäftsjahr (2008)** erwirtschaften kann und wir als Steuerzahler dem Bürger – uns selbst aus Steuermitteln – Steuervergünstigungen, Erhöhung der Fahrkostenpauschale etc. geben müssen, damit er / wir weiterhin Autofahren oder Gas / Öl zum Heizen kaufen kann / können! Dies ist Idiotie hoch 3, wie sie mir sicherlich zustimmen werden! Das ist öffentlich unterstützte Ausbeutung eines Landes, des Bürgers und offene Piraterie(???) □ oder haben sie einen besseren Begriff?

Auch andere Besitzstände sollten grundsätzlich überdacht werden!

Und im Zusammenhang mit dem AUA-Deal durch die Lufthansa □ allzu genau informiert durch die Presse – sollten die betrügerischen Geschäftsgebaren der ehemaligen Lufthansa-Manager bei AUA Folgen haben:

Sie sollten

- a. Strafanzeige gegen die Manager, die beteiligten Personen erstatten,
- b. Schadenersatz fordern,
- c. den Geschäftsdeal rückwickeln,
- d. die Finanzmittel von Lufthansa fordern, die für eine Sanierung der AUA benötigt werden!

Auch hier kann es nicht sein, dass Betrug aufgedeckt wird und die beteiligten Personen folgen- und straffrei, unbehelligt davon kommen! (und davon sollte gleichzeitig das Unternehmen, das diese beauftragt und engagiert hat, ebenso betroffen sein!)

Die Beteiligten müssen mit den Konsequenzen konfrontiert werden, so wie im Allgemeinen der KLEINE Mann dies muss!

12.02.2009: Offener Brief an die Bundesregierung des Landes Österreich
mit Vorschlägen wie wir die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer generellen Finanz- und Wirtschaftsreform in
Österreich, Europa nutzen könnten
– Die Sonderrolle, die Österreich innerhalb Europa „spielen“ könnte

Sehr geehrter Herr Faymann,
Sehr geehrter Herr Pröll,
sg. Damen und Herren der Regierung und des Parlaments,

ich danke für ihre Aufmerksamkeit, ihre Kooperation und ehrlichen Absichten und wünsche
uns allen ein gutes Gelingen!

Mit freundlichen Grüßen.

Benjamin Christ

p.s.: Hier noch einmal die Links zu Informationen über Silvio Gesell und der „Neuen
Wirtschaftsordnung“, die von ihm als Alternative zu Adam Smith and John Maynard Keynes
entwickelt wurde □

http://www.realpeacework-akademie.info/sofia/German/D-Webseiten/NWO_SilvioGesell_d.html

http://www.realpeacework-akademie.info/sofia/German/D-Webseiten/NWO_SilvioG_Links_d.html

2. p.s.: ich gehe völlig mit ihren Überlegungen konform die Mittel für das Bundesheer noch
weiter zu kürzen. Nur sollten die verbleibenden Mittel für eine (inhaltliche) Neuausrichtung
und Neuausbildung der Mitarbeiter des Heeres in Richtung „**Frieden schaffen ohne
Waffen!**“ gehen. Einen Ansatzpunkt legte ich ihnen bereits in meinem letzten Schreiben vor!

*"Es ist wahr, dass es in der Gesellschaft viele Dinge zu korrigieren gäbe, aber diese Veränderungen dürfen nicht
durch Gewalt geschehen. Überhaupt erreicht man durch Gewalt nie wirkliche Veränderungen. Gewalt zieht
immer noch schlimmere Übel nach sich als jene, die sie zu bekämpfen vorgibt.*

Wie können wir also die Gesellschaft umgestalten?

Durch unsere Lebensweise. Indem wir zuerst uns selber verändern, können wir die ganze Welt bewegen.

*Die Menschheit kann eine Bruderschaft, eine Familie werden, aber dazu ist es nötig, dass einige damit beginnen,
ein Beispiel zu geben, und dass es ihnen gelingt sich durchzusetzen. Ja, sich durchsetzen, aber ohne Gewalt,
sondern allein durch Ehrenhaftigkeit, durch Größe, durch Licht, durch Schönheit. Wer nicht fähig ist, sich in
dieser Weise durchzusetzen, soll nicht vorgeben, die Gesellschaft zu verändern."*

*12.02.2009: Offener Brief an die Bundesregierung des Landes Österreich
mit Vorschlägen wie wir die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer generellen Finanz- und Wirtschaftsreform in
Österreich, Europa nutzen könnten
– Die Sonderrolle, die Österreich innerhalb Europa „spielen“ könnte*

Herrn
Benjamin CHRIST
RealPeacework Akademie

E-Mail: real.peacework@gmail.com

Mag. Johannes Pasquali
BMF Kommunikation
Hintere Zollamtsstraße 2b
1030 Wien

DVR: 0000078

GZ. BMF-240101/0504-I/1/2009

Wien, 04. März 2009

Sehr geehrter Herr Christ!

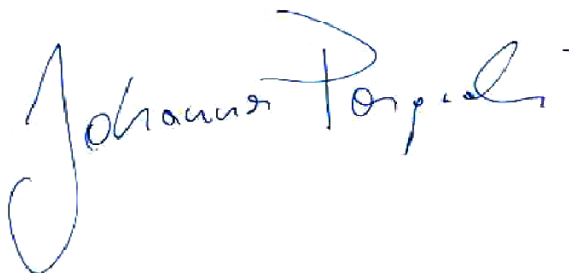
Vielen Dank für Ihr E-Mail vom 16. Februar 2009 an Herrn Bundesminister für Finanzen Josef Pröll und Ihre interessanten Ausführungen sowie Ihren Vorschlag zur Meisterung der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Bemerkenswert ist, dass Sie sich mit aktuellen tagespolitischen und wirtschaftlichen Themen nicht nur intensiv befasst haben und dadurch offensichtlich ein großes Fachwissen besitzen sondern, dass Sie auch Ihre Standpunkte aktiv einbringen. Ihre konstruktiven Anregungen sind uns sehr wichtig, da sie als Impulsgeber und Denkanstoss für künftige Expertendiskussionen dienen.

In der österreichischen Bundesregierung besteht ein tiefes Bewusstsein hinsichtlich Ihrer Verantwortung gegenüber der Bevölkerung in Österreich. Wir sehen die aktuelle schwierige Wirtschaftssituation als Chance und sind fest entschlossen mit ruhiger Hand durch die Krise zu gehen. Nun gilt es, proaktiv die anstehenden Herausforderungen meistern.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und die Zeit, die Sie sich genommen haben, um uns zu schreiben.

Mit freundlichen Grüßen,



Hoch verschuldet

Bis zum Hals in Schulden: So pumpen sich die Kommunen mit Giftkrediten voll



Dienstag, 20.08.2013, 12:59 . .
von FOCUS-Online-Redakteurin [Danuta Szarek](#)

dpa

Schwerin steht im Bundesländervergleich bei der Kassenkredit-Verschuldung noch einigermaßen ordentlich da

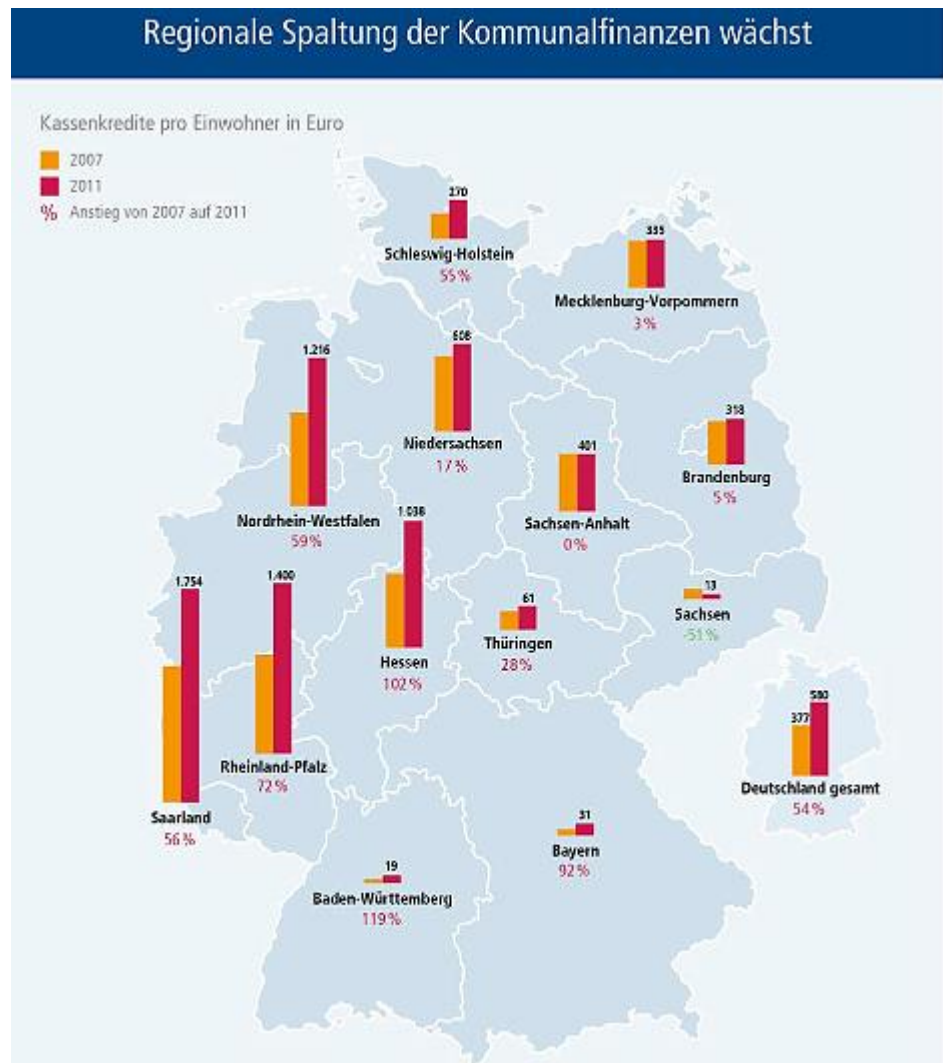
Seit Jahren halten sich viele deutsche Städte und Gemeinden mit einer Art Dispo über Wasser. Was nur als Zwischenfinanzierung gedacht ist, ist für klamme Kommunen längst zur Standard-Geldquelle geworden – und könnte ihnen das Genick brechen. FOCUS Online zeigt die größten Pleitekommunen.

In den Jahren 2007 bis 2011 ist die Gesamtverschuldung der Städte und Gemeinden von 111 auf 130 Milliarden Euro gestiegen. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport 2013 der Bertelsmann Stiftung hervor.

Das allein wäre schon schlimm genug. Doch problematisch ist vor allem, woher die Kommunen das Geld nehmen. „Für diesen Anstieg sind überwiegend höhere Kassenkredite verantwortlich“, so die Bertelsmann Stiftung. Die Höhe dieser Kredite ist drastisch angestiegen: 2007 hätten sie mit 29 Milliarden noch rund ein Viertel der Gesamtschulden ausgemacht. Bis Ende 2011 waren es schon 34 Prozent (44 Milliarden Euro).

Warum das so gefährlich ist? Bei den Kassenkrediten handelt es sich um Bankkredite, mit denen sich die Kommunen

eigentlich nur kurzfristig behelfen sollen: nämlich dann, wenn sie Ausgaben haben, deren Gegenfinanzierung – in Form von Einnahmen – fest im Haushaltsplan vorgesehen, aber noch nicht eingetroffen ist. Es handelt sich also quasi um eine Vorfinanzierung. Getilgt werden die Kredite nach



Eingang der entsprechenden Einnahmen. Soweit die Theorie. In der Praxis finanzieren viele Kommunen mit Kassenkrediten seit Jahren ihre laufenden Kosten – und die Schuldenberge wachsen.

Jeder Saarländer steht mit 1754 Euro in der Kreide

In den drei „Kommunal-Finanzkrisenländern“ Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland seien die Kassenkredite mittlerweile zu einer „Dauereinrichtung auf hohem Niveau avanciert“, heißt es in der Studie weiter. Im Saarland beispielsweise ist jeder Einwohner im Schnitt mit 1754 Euro über Kassenkredite verschuldet. Zum Vergleich: In Sachsen, das seine Kassenkredite zwischen 2007 und 2011 als einziges Bundesland reduzieren konnte, sind es lediglich 13 Euro pro Einwohner.

http://www.focus.de/finanzen/steuern/tid-33025/staedte-und-gemeinden-in-dramatischen-finanznoeten-bis-zum-hals-im-schuldensumpf-so-pumpen-sich-die-kommunen-mit-gift-krediten-voll_aid_1075847.html

Studie der Bertelsmann Stiftung

Teufelskreis: Kein Geld für Straßen und Schulen



dpa / C. Seidel Die Bertelsmann Stiftung befasst sich mit Gesellschaftsfragen.

„Diesen Krediten stehen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber“, kritisiert die Bertelsmann-Stiftung. Im Gegenteil: Mit steigenden Krediten schrumpfte nachweislich auch der Spielraum für Investitionskredite – beispielsweise für den Bau und die Instandhaltung von Schulen und Straßen. In Ländern mit steigenden Kassenkrediten wie Nordrhein-Westfalen und dem Saarland lägen die kommunalen Bauausgaben mittlerweile ein Drittel unter dem Bundesdurchschnitt.

Deutschlands Pleite-Kommunen

Der Studie zufolge entfiel mehr als die Hälfte der gesamten Kassenkredite der Kommunen im Jahr 2011 auf nur 30 Städte und Landkreise – davon 19 in Nordrhein-Westfalen und keine in den östlichen Bundesländern.

Ein wenig glorreiches Beispiel: „Die Stadt Essen ist durch Kassenkredite (2,16 Milliarden Euro) mehr als drei Mal höher verschuldet als alle bayerischen, sächsischen und baden-württembergischen Kommunen zusammen“, heißt es bei der Bertelsmann-Stiftung. Oberhausen kommt auf eine Pro-Kopf-Verschuldung mit Kassenkrediten von 6870 Euro, Pirmasens auf 6215 Euro, Kaiserslautern auf 6040 Euro.

Knietief im Dispo

Wenig Bewegung an der Spitze – Schuldenhochburgen verfestigen sich

	Rang		Stadt	Kassenkredite pro EW in Euro
	2011	2007		
●	1.	(1.)	Oberhausen	6.870
↗	2.	(5.)	Pirmasens	6.215
↘	3.	(2.)	Kaiserslautern	6.040
↘	4.	(3.)	Hagen	5.618
↘	5.	(4.)	Remscheid	4.998
↗	6.	(12.)	Zweibrücken	4.230
↘	7.	(6.)	Wuppertal	4.215
↘	8.	(7.)	Ludwigshafen	4.043
↘	9.	(8.)	Mainz	3.857
↘	10.	(9.)	Essen	3.766
↗	11.	(17.)	Mülheim an der Ruhr	3.675
↘	12.	(10.)	Offenbach am Main	3.605
↘	13.	(11.)	Duisburg	3.496
↘	14.	(13.)	Mönchengladbach	3.422
↗	15.	(18.)	Trier	3.140

Studie der Bertelsmann Stiftung

Kluft zwischen armen und reichen Ländern wächst

Die Kassenkredite treiben den Schuldenstand vieler Städte und Gemeinden in die Höhe, weil die Einnahmen den Ausgaben nicht hinterherkommen. Beim Blick auf den sogenannten kommunalen Finanzierungssaldo für das Jahr 2011 tun sich große Unterschiede zwischen den Bundesländern auf: Sechs Länder haben demnach Überschüsse erwirtschaftet, sieben Länder weisen Defizite auf.

Die Spaltung in reiche und arme Kommunen vertieft sich, kommentierte Kirsten Witte, Kommunalexpertin der Bertelsmannstiftung. „Viele Städte scheinen in einer Abwärtsspirale aus Überschuldung, Abwanderung und sinkender Attraktivität gefangen.“ Dabei sei die genaue Höhe des Defizits schwer zu erkennen, weil fast 60 Prozent der Schulden ausgelagert wurden, etwa in Beteiligungen an Versorgungs- oder Wohnungswirtschaftsunternehmen, heißt es in dem Finanzreport.

Den höchsten Überschuss im Finanzierungssaldo erreichten – wenig überraschend – die wirtschaftsstarken Länder Baden-Württemberg und Bayern. Darüber hinaus haben es aber nur die Gemeinden und Gemeindeverbände in den neuen Ländern Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern geschafft, Überschüsse zu machen.

Geldschulden nicht durch Vermögen gedeckt

Die höchsten Defizite verbuchten die bereits genannten Länder Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und das Saarland sowie die hessischen Kommunen; wobei in Hessen auch einige Sondereffekte den Saldo drücken, so die Bertelsmann Stiftung.

Analog zu den enormen Spannweiten beim Saldo fallen auch die Unterschiede

bei den Einnahmen der Kommunen groß aus: In Baden-Württemberg, Bayern und Hessen sind die Steuern und Abgaben pro Einwohner mehr als doppelt so hoch wie am Ende der Skala in Mecklenburg-Vorpommern.



Die Brisanz der Finanzlagen der Bundesländer wird schließlich deutlich, wenn man die kommunalen Finanzvermögen und ihre Geldschulden ins Verhältnis setzt. Hier sieht es für die Städte und Gemeinden sämtlicher Bundesländer duster aus – mit Ausnahme Baden-Württembergs: Nur dort sind die Schulden durch das Finanzvermögen gedeckt.

Am dramatischsten ist der Studie zufolge das Verhältnis zwischen Finanzvermögen und Schulden im Saarland. Hier war das Finanzvermögen bereits im Jahr 2010 mehr als sechs Mal kleiner als die korrespondierende Schuldenposition. Im Jahr 2011 habe sich die Lage des kleinsten Flächenlandes nochmals dramatisch zugespitzt.

Zur Methode:

Im Kommunalen Finanzreport analysierte die Bertelsmann-Stiftung die kommunalen Haushalte auf der Einnahme- oder Ausgabeseite. Ihm liegen amtliche Statistiken des Statistischen Bundesamtes zu Grunde. Aus Gründen der schlechten Vergleichbarkeit wurden die Stadtstaaten nicht in die Analyse einbezogen.

Städte und Gemeinden werden dabei nicht alle einzeln aufgelistet, sondern – mit Ausnahme der 15 am stärksten verschuldeten Kommunen – zu Länderanalysen zusammengefasst. Damit will die Bertelsmann Stiftung „strukturelle Unterschiede zwischen den Ländern“ aufdecken.

Informationen und Kennzahlen zur Finanzlage einzelner Kommunen (oberhalb von 5000 Einwohnern) finden Sie [beim Bertelsmann-Infoportal „Wegweiser Kommune“](#).

http://www.focus.de/finanzen/steuern/tid-33025/staedte-und-gemeinden-in-dramatischen-finanznoeten-bis-zum-hals-im-schuldensumpf-so-pumpen-sich-die-kommunen-mit-gift-krediten-voll-kluft-zwischen-armen-und-reichen-laendern-waechst_aid_1076440.html

Projekt „Real Peacework eAkademie“ – Internationale eFriedensschule
Institut für individuelle Friedensarbeit & Zukunftsgestaltung
Erhalte das Grundverständnis & die Werkzeuge für Frieden & Harmonie in der Welt
4020 Linz, Austria

eMail: real.peacework@gmail.com
Skype: *liverightrightnow*

www.realpeacework-akademie.info/linz

Anhang an den

*Offenen eMail-Brief an die Bundesregierung des Landes Österreich vom 12.02.2009
mit Vorschlägen wie wir die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer
generellen Finanz- und Wirtschaftsreform in Österreich, Europa nutzen könnten
mit Antwortschreiben vom österreichischen Finanzministerium*

- Seite 1- 4: *Regionalwährungen – neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand
Literaturvorstellung am Freigeld-Stammtisch am 13. April 2004*
- Seite 5 – 16: *Wozu regionale Währungen? Kapitel 2
Quelle: Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer:
Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand*
- Seite 17 – 26: *Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie*
- Seite 27 – 32: *FREDMUND MALIK:
„Der Gewinn hat als Steuerungsgröße ausgedient“*
- Seite 33 – 38: *Interview mit Oliver Janich (Bundesvorstand der „Partei der Vernunft“)
von krisenfrei.de*
- Seite 39 – 40: *Regionalwährung für den Rhein-Main*
- Seite 41 – 42: *Lokale Banknoten: Jedem seine eigene Währung
12.09.2009 | 18:03 | von Stefan Riecher (Die Presse)*
- Seite 43 – 44: *Dienstag, Apr. 29, 2014
/ Eine starke Antwort auf Gaucks Schelte*

Regionalwährungen – neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

Literaturvorstellung am Freigeld-Stammtisch am 13. April 2004

Margrit Kennedy und Bernard Lietaer veröffentlichten heuer im Frühjahr im Riemann-Verlag München ihr gemeinsam verfasstes Buch, in dem sie **Möglichkeiten, Vorteile und die Notwendigkeit komplementärer Währungen für die Weiterentwicklung der Industriegesellschaft aufzeigen**.

Sie sehen als Gegenpol zur Globalisierung ein Europa der Regionen, in dem ihre kulturellen und wirtschaftlichen Besonderheiten eine immer größere Rolle spielen werden. Der internationale Handel und die Globalisierung hätten zwar gezeigt, dass sie Reichtum schaffen können, sie seien aber nicht in der Lage, soziale Bedürfnisse zu erfüllen, das Allgemeinwohl zu sichern. **Um das Ungleichgewicht des freien Marktes auszugleichen, sehen sie Zweitwährungen in regionalen Wirtschaftskreisläufen als geeignetes wirtschaftspolitisches Instrument.**

Anhand praktischer Beispiele erläutern sie, wie Komplementärwährungen in anderen Kulturen wirken. Eine Zeitwährung auf Bali sichert trotz starkem Tourismus die traditionell überlieferte Kultur. Das Muschelgeld auf Papua Neuguinea bewahrte jene Teile der Insel, in denen die Tolai im Einsatz sind, vor negativen Auswirkungen der Globalisierungswelle und hilft, die traditionelle Kultur zu bewahren. Curitiba in Brasilien ist ein weiteres positives Beispiel. Dort erfüllen Bustickets, die für gesammelten Müll von der Stadt ausgegeben werden, die Funktion einer Zweitwährung. **Nach 30 Jahren lässt sich die Erfolgsbilanz auch in Zahlen aus der Statistik ablesen:** Das Durchschnittseinkommen liegen in der Millionenstadt dank Zweitwährung fast um ein Drittel höher als anderswo in Brasilien, das Bruttosozialprodukt wuchs zwischen 1975 und 1995 pro Kopf um 75 % schneller als in der Provinz Parana und fast die Hälfte schneller als in Brasilien.

Fazit: **Duale Währungssysteme fördern kulturelle Vitalität, wirtschaftliche Beständigkeit und den sozialen Zusammenhang.**

Im dritten Kapitel widmen sich Kennedy und Lietaer der Frage „Wozu regionale Währungen in Europa?“

Zunächst räumen die Autoren mit dem Vorurteil auf, dass Regionalwährungen die Wirtschaft krisenanfällig machen würden. Bei einem historischen Rückblick zeigt sich, dass das Gegenteil der Fall ist: Als in Europa duale Währungssysteme galten, traten Inflation und andere Währungsprobleme sehr viel seltener auf als in der Zeit, in der sich das Monopol der Nationalwährungen durchsetzte. So entwickelte sich im 20. Jahrhundert die Inflation zur Hauptgeißel der nationalen Währungen. Sogar nach dem Zweiten Weltkrieg büßten die stabilsten Währungen wie DM und SF zwischen 1970 und 2000 60 % ihres Wertes ein, der Dollar verlor sogar 75 %, das britische Pfund sogar 90 % seines Wertes. Und die Weltbank stellte fest, dass in den letzten 25 Jahren nicht weniger als 87 Länder den Zusammenbruch ihres Währungssystems mit ansehen mussten.

Unter den historischen Vorläufern der Regionalwährungen in Europa, die sich von 800 bis 1800 n.Chr. nachweisen lassen, räumen die Autoren den in Frankreich gültigen Mereaux besonders viel Raum ein. Mereaux waren Münzen aus schlechterem Metall, die von lokalen Autoritäten ausgegeben wurden und nur in einem gewissen Gebiet Gültigkeit hatten. Dieses Münzrecht hatten kirchliche Würdenträger und Barone. Klöster bezahlten damit etwa Arbeiten. Sogar der König selbst bediente sich der Mereaux, wenn er dadurch zu seinen Gunsten einen geschlossenen Wirtschaftskreislauf schaffen konnte – etwa zum Aufbau von im Krieg zerstörten Befestigungsanlagen. Mereaux waren bis zur französischen Revolution im Einsatz.

Das Verbot dieser Währungen ging nicht etwa auf mangelnde Effizienz zurück – der einzige Grund war vielmehr die wachsende Macht einer zentralen Autorität (König oder Kaiser). Im 18. Jahrhundert griff der Prozess der Vereinheitlichung der Währungen auf die internationale Ebene über. Zunächst wurde auf Druck der Briten der Goldstandard eingeführt, der im 20. Jahrhundert aufgegeben werden musste. Nachdem die Goldbindung des Dollars, die beim Abkommen von Bretton Woods noch gesichert wurde, 1971 ebenfalls aufgegeben wurde, sehen Kennedy und Lietaer als einzig vernünftige Antwort darauf die Bildung unabhängiger transnationaler Währungslandschaften wie der Eurozone. Dieser Schritt sei aber nur der erste gewesen, um die Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen.

Der weitere sei, regionale Währungen wieder zu schaffen. Getrennte Wirtschaftskreisläufe machen Sinn – das zeigen die rund 4000 komplementären Zahlungsmittel, die in den vergangenen 20 Jahren weltweit entstanden sind.

Eine Vorreiterrolle übernimmt dabei Japan, wo Toshiharu Kato, jahrelang Leiter des Wirtschafts-, Handels- und Industrieministeriums zur Dezentralisierung von Japans Wirtschaft nach dem Vorbild von Silicon Valley die Einführung von Eco-Money vorschlug.

Eco-Money sei das Geld des 21. Jahrhunderts, das zum Tausch in so verschiedenen Bereichen wie Umwelt, Soziales und Kultur eingesetzt werden könne. Statt zentraler Großkonzerne ein Netz von kleinen und mittleren Unternehmen – und das sollte über ein System regionaler Währungen erreicht werden. Etwa 40 Modelle unterschiedlicher Ausrichtungen werden derzeit in Japan aktuell erprobt. Japan lebe damit die Entwicklung einer postindustriellen Gesellschaft im Informationszeitalter vor.

Europa sei mit dem Euro in einer währungspolitischen Zwickmühle – die EZB macht Währungspolitik für einen großen Wirtschaftsraum, regionale Interessen bleiben dabei auf der Strecke. Durch den Stabilitätspakt, der den Nationalstaaten nur eine jährliche Neuverschuldung von 3 % erlaubt, sind den Staaten für die Ankurbelung der Wirtschaft die Hände gebunden. **Derzeit bestünden keine Ansätze zur Lösung der Arbeitslosigkeit.** Zudem fließe das Kapital dorthin, wo die größten Gewinne locken – in die Zentren. **Vom weltweiten Investitionskapital flossen 2003 70 % nach China, Hongkong und Taiwan.**

Die ländlichen Regionen finanzieren mit ihren Spareinlagen derzeit die Arbeitslosigkeit und die Abwanderung von Betrieben in Billiglohnländer.

Welche Ziele sollten also regionale **Komplementärwährungen** erfüllen? Vor allem sollten sie die **Finanz- und damit Wirtschaftskraft in der Region halten**. Kennedy und Lietaer sehen drei Komponenten einer vollständigen regionalen Währung:

- o ein Gutscheinsystem wie den Regio
- o Tauschkreise und Kooperationsringe (z.B. Bartering)
- o eine Mitgliedsbank auf genossenschaftlicher Basis (JAK-Bank)

Diese Kombination ermögliche es, fast alle Geldfunktionen zu erfüllen.

Praktische Beispiele seien der „Chiemgauer“ als regionales Zahlungsmittel oder der Schweizer WIR-Ring, der seit 1934 existiert und heute etwa 60.000 Mitglieder zählt. Das Verrechnungssystem funktioniert als bargeldloser Zahlungsverkehr, wobei kombinierte Zahlungen in Franken und WIR-Franken üblich sind. 2002 betrug der Umsatz rund 1,7 Milliarden SF.

In der BRD bestehen derzeit rund 400 Tauschringe und fünf kommerzielle Bartergesellschaften.

Die JAK-Genossenschaft in Schweden besteht seit 1965 und zählt derzeit rund 25.000 Mitglieder, wobei jedes Jahr 1000 neue dazukommen. Statt Zinsen werden nur Gebühren für die Arbeit verrechnet, die Kosten sind mit 2 % niedriger als bei allen anderen Banken.

Das System vermeidet das Zinsrisiko. Ein weiterer Anreiz sind die Bonuspunkte, die man durchs Sparen erwirbt und die verschenkt werden können. Mit ihnen erhält man schneller Kredit.

Als Kriterien für eine Regionalwährung sehen Kennedy und Lietaer sieben Faktoren:

Ein Gewinn für alle Teilnehmer (nicht nur für die 10 % Reichen wie im jetzigen Geldsystem), gemeinnützig organisiert (= nicht gewinnorientiert), professionell umgesetzt, transparent für die Nutzer, demokratisch kontrolliert, nachhaltig finanziert und umlaufgesichert.

Die **Kontrolle** könnte durch eine örtliche Hochschule erfolgen. Regionalwährungen könnten **auf drei Wegen eingeführt** werden: von unten (langwierig), von oben und von der mittleren Ebene durch Vernetzung bestehender Initiativen.

Dem japanischen Weg, mit Komplementärwährungen gegen die Deflation anzukämpfen und wieder Geld in die Regionen zu bringen, widmen die Autoren ein eigenes Kapitel.

Von 1603 bis 1867 existierten in Japan bereits viele Komplementärwährungen.

Im 20. Jahrhundert wurde die Idee durch Frauen wieder belebt: 1950 schlug eine Frau die Gründung einer Zeitbank vor, 1973 wurde in Osaka eine Bank für ehrenamtliche Arbeit ins Leben gerufen, die 1979 3000 Mitglieder in ganz Japan zählte. 1965 begründete eine weitere Frau noch ein ähnliches System.

Aufbauend auf diese Basiserfahrungen wurde dann das 1995 ins Leben gerufene Pflege-Zeitwährungs-Netzwerk Fureia Kippu ein landesweiter Erfolg, wobei auch da Mischformen von Yen und Zeitwährung verrechnet werden.

Das Eco-Money kommt nur im Dienstleistungssektor zum Einsatz, wobei auch Smartcards eingesetzt werden.

Unter den vielen Graswurzelinitiativen listet das Buch neue japanische Modelle auf. Darunter das WAT-System, das von der Gesell-Forschungsstiftung in Japan entwickelt wurde. Ein WAT entspricht dem Gegenwert von einer Kilowattstunde Strom. Das Zahlungsmittel ist ein Stück Papier, eine Art Wechsel, das häufig von Unternehmen gedruckt wird, die darauf Werbung machen. Sein Empfänger kann es anderen Menschen in Zahlung geben, sodass es zirkuliert, bis es am Ende zum Aussteller zurückkehrt. Diese liefert dafür Güter oder Dienstleistungen im Wert des Tickets und macht es in der Folge unbrauchbar.

Das bekannteste Graswurzelssystem Japans sind laut Kennedy und Lietaer die Peanuts, die seit 1999 in der Präfektur Chiba in Gebrauch sind. Es ist eine Variante des LETS-Systems mit über 600 Teilnehmern, das pro Monat einen Schwund von einem Prozent als Demurragegebühr beinhaltet.

Im achten Kapitel beschreiben Kennedy und Lietaer, wie aus ihrer Sicht **Regio den Euro ergänzen** kann. Im Zuge ihres Engagements für die Schaffung von Komplementärwährungen stießen sie auf gleichgesinnte Aktivisten und Wissenschaftler, die sie mit der kritischen Haltung gegenüber der einseitigen Profitmaximierung einer globalisierten Wirtschaft und der Erkenntnis, dass sämtliche politische Strategien dagegen bisher wirkungslos waren, verband.

Der Durchbruch zu breiterem öffentlichen Interesse sei mit dem Chiemgauer geglückt. Seit September 2003 existiert das Regio-Netzwerk, das sich die Entwicklung regionaler Währungen auch auf elektronischer Basis zum Ziel gesetzt hat.

Kennedy und Lietaer sehen es für Zentralbanken als sinnvoll an, Regionalwährungen zu erlauben oder selbst einzuführen und berufen sich dabei auf wissenschaftliche Untersuchungen. So sei nachgewiesen, dass der WIR-Ring eine stabilisierende Wirkung entfaltete, wenn die Arbeitslosigkeit anstieg.

Die USA beschäftigen mittlerweile in 31 Staaten eigene Beamte, um in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit regionale Währungen zu initiieren. Der Verzicht auf Steuern auf Leistungen, die in Regionalwährung erbracht werden, bringt für den Staat sogar einen Nettogewinn.

Als entscheidend dafür, ob der Regio angenommen wird, sehen die Autoren die Frage, ob damit auch Steuern bezahlt werden können – das sei zudem der beste Anreiz für Geschäftsleute, den Regio zu verwenden.

Für eine stärkeres Bewusstsein der Regionen gäbe es in Europa jetzt schon Anzeichen. **Die Regionalbewegung in der BRD umfasse rund 300 Initiativen, dazu 2000 Agenda-21-Gruppen und mehr als ein Dutzend Leader + Projekte zur Entwicklung des ländlichen Raumes.**

Dass die bisherigen EU-Förderprogramme aber nicht zielführend seien, zeige Robert Musil in seiner Diplomarbeit „Geld, Raum und Nachhaltigkeit – alternative Modelle als neuer Weg der endogenen Regionalentwicklung“ an der Uni Wien. Das Geld heute habe mit seiner Wertaufbewahrungsfunktion das Grundproblem, dass es durch das im Zinssystem verankerte exponentielle Wachstum ungeeignet für die Schaffung von Arbeitsplätzen sei.

Der 2003 erstellte Bericht „Wie wir wirtschaften werden – Szenarien und Gestaltungsmöglichkeiten für zukunftsfähige Finanzmärkte“ des **Club of Rome weist als wichtige Komponente nachhaltigen Wirtschaftens die Einführung komplementärer lokaler und regionaler Währungen aus.**

In einem Anhang geht der Jurist Dr. Hugo Godschalk auf Währungs- und bankrechtliche Aspekte ein. Eine Typologie von Währungen sowie Begriffserklärungen und Website-Tipps finden sich ebenso im Anhang wie eine ausführliche Quellenangabe.

Auffällig ist, dass Kennedy und Lietaer, die in früheren Publikationen immer wieder auf das Wörgler Freigeld-Experiment hinwiesen, weder auf Wörgl noch auf den Begriff Freigeld oder Freiwirtschaft in ihren Ausführungen eingehen. Auf meine Anfrage nach dem Grund dafür antwortete Margrit Kennedy, dass sie von der Bekanntheit des Wörgler Freigeldes aufgrund früherer Publikationen ausging und bei diesem Buch bewusst „nach reiflicher Überlegung darauf verzichtet wurde, die ganze Zinsdiskussion zu wiederholen“.

Das Wörgler Freigeld diene dem Chiemgauer als Vorbild, wie Initiator Christian Gelleri vergangenes Jahr bestätigte. Auch der Hinweis, dass **für die Annahme des Regio entscheidend sei, ob damit regionale Steuern bezahlt werden können, kann mit dem Erfolg der Wörgler Aktion untermauert werden.**

<http://www.unterguggenberger.org/page.php?id=25>

Wozu regionale Währungen?

./..

Kapitel 2

Quelle: Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer: Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

Regionalwährungen einzuführen, um die regionale Wirtschaftsentwicklung zu fördern, klingt zunächst einmal unerhört, ja geradezu ketzerisch. Aber genau diese Aufgabe nahmen Regionalwährungen lange Zeit wahr, bevor sie vor ein paar Hundert Jahren aus der Mode kamen. Jüngere Forschungsarbeiten (1) konnten nachweisen, dass das regionale Geldes nicht nur auf eine altehrwürdige Geschichte zurückblickt, sondern zudem noch recht erfolgreich war - ganz im Gegensatz zu den landläufigen Vorurteilen. Außerdem verschwanden die **Regionalwährungen** nicht etwa, weil sie von der Zeit überholt und durch ein besseres System ersetzt worden waren. Meist **wurden** sie kurzerhand von einer Zentralmacht **abgeschafft**, die ihr eigenes Währungssystem einführen wollte, **um so die Wirtschaft einer Region besser kontrollieren zu können** (2). In vielen Fällen wurden die zentralen Währungen sogar mit Militärgewalt durchgesetzt.

Nun soll damit nicht gesagt werden, dass alle Regionalwährungen grundsätzlich gut gemanagt waren und daher besser funktionierten als die Standardwährungen. Natürlich kam es auch hier zu missbräuchlicher Nutzung und zu Missmanagement, wie wir sie heute mitunter in der nationalen Währungspolitik beobachten können. **Wichtig erscheint uns aber, dass während der langen Jahrhunderte, in denen es Regionalwährungen gab, diese ohne Probleme neben den nationalen und internationalen Währungssystemen existierten.** Inflation und andere Währungsprobleme traten dabei sehr viel seltener auf als in jenen zwei Jahrhunderten, in denen sich das Monopol der Nationalwährungen durchsetzte.

Tatsächlich wurden **die modernen Nationalwährungen** nicht selten **Opfer von heftigen Krisen**. Mit der Aufgabe des Goldstandards* entwickelte sich die Inflation im 20. Jahrhundert zur Hauptgeißel der nationalen Währungen. Sogar die nach dem 2. Weltkrieg stabilsten Währungen - die Deutsche Mark und der Schweizer Franken - verloren zwischen 1970 und 2000 die »Kleinigkeit« von 60 Prozent ihres ursprünglichen Wertes ein (3). Im selben Zeitraum verlor der US-Dollar 75 Prozent, das britische Pfund gar 90 Prozent. Dabei ist die weit verbreitete Inflation noch keineswegs das schlimmste Übel: Die Weltbank stellte fest, dass in den letzten 25 Jahren nicht weniger als 87 Länder den Zusammenbruch ihres Währungssystems mit ansehen mussten.

Doch kehren wir zunächst zur Geschichte der Regionalwährungen in Europa zurück.

A. Historische Vorläufer

In der Geschichte gibt es zahlreiche Präzedenzfälle für lokale bzw. regionale Währungssysteme. In Westeuropa lassen sie sich für einen Zeitraum von mehr als tausend Jahren - von etwa 800 bis 1800 n. Chr. nachweisen (4).

Die meisten Studien, die sich mit mittelalterlichen und vormodernen Finanzinstrumenten befassen, gehen einhellig davon aus, dass Europa vor der Einführung des Goldstandards ein **gut vernetztes Währungssystem mit einer bunten Währungsvielfalt für die unterschiedlichsten Verwendungszwecke besaß**. Das System beruhte auf einer allgemein anerkannten Verrechnungseinheit. Ausgehend von dieser Verrechnungseinheit wurden zwei Arten von Währung ausgegeben: einmal Münzen aus reinem Gold bzw. Silber (die für den Fernhandel gebraucht wurden) und dazu kleinere Kupfer- bzw. Billonmünzen (Billon ist eine stark kupferhaltige Silberlegierung) für den regionalen Gütertausch (5). Zu den Gold- bzw. Silberwährungen gehörten zum Beispiel der Kölner Pfennig, verschiedene vom König emittierte Münzen aus Frankreich und England sowie der Bezant, eine byzantinische Goldmünze, die wohl den Rekord für die längste Gültigkeit eines Zahlungsmittels hält (6). Die Lokalwährungen hingegen wurden von Grundbesitzern, Städten, Bischöfen oder Klöstern ausgegeben. Mitunter gab eine lokale Autorität auch beide Arten der Währung aus, wie dies zum Beispiel im unabhängigen Stadtstaat Venedig der Fall war (7).

Komplementäre Währungen vor der Französischen Revolution

Die bislang beste und umfangreichste Studie über die Geschichte komplementärer Währungen in Europa kommt zu dem Schluss: »Die monetären Dogmen der Gegenwart und der Vergangenheit unterscheiden sich erheblich. Hieß es gestern noch, dass Geld eine Verrechnungseinheit ist, deren Wert sich nach dem in den Münzen enthaltenen Edelmetallgehalt bemisst, so geht man heute davon aus, dass Geld vor allem universal zu sein hat und ihm keine geografischen Begrenzungen auferlegt werden dürfen. Weder das eine noch das andere hätte während des Ancien Régime Sinn gehabt. Ganz im Gegenteil: **Meist wurde der lokale Gütertausch durch Münzen, deren Wert sich nicht nach dem Edelmetallstandard bemass, lebhaft gefördert.**« (8).

Wozu regionale Währungen? (Kapitel 2)

Quelle: Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer: Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

Daher herrscht sogar unter Münzsammlern keine Einigkeit darüber, was man vor der Französischen Revolution, genauer gesagt vor Einführung des allgemein verbindlichen Goldstandards, als Geld betrachten darf und was nicht. Tatsächlich kennt man aus dem Ancien Régime eine Vielzahl münzartiger Objekte, die sich in Form, Aussehen und Herstellung weitgehend ähneln.

Gewöhnlich teilt man sie in vier Gruppen ein: médailles (Medaillen), jetons (Marken), méreaux und monnaie (worunter man die offiziellen Münzen versteht).

Studien über die Geschichte des Geldes beschränken sich meist auf die letzte Kategorie, die monnaie bzw. offiziellen Münzen. Die ersten drei werden dabei als münzähnliche Gebilde betrachtet, also »Pseudo-Geld«. Darüber hinaus beschäftigt sich der Großteil der numismatischen Fachliteratur nur mit den beiden Extremen, den Medaillen und den offiziellen Münzen, da diese den höchsten Prestige- und Geldwert besitzen. Méreaux und andere Marken gelten hingegen als Sammelobjekte für weniger Betuchte und werden in den historischen Nachschlagewerken geflissentlich ignoriert. Sogar in den Ländern, in denen ihre Geschichte am besten aufgearbeitet ist, gibt es nur vier Bücher über diese Art von Zahlungsmittel (9), denen einige Hunderte Titel über Medaillen und offizielle Münzen gegenüberstehen. Daher möchten wir Ihnen hier alle vier Geldformen kurz vorstellen:

Medaillen waren münzähnliche Objekte, gewöhnlich aus kostbarem Metall, vergleichsweise groß und meist von künstlerischer Ausgestaltung. Oft handelte es sich um Unikate. Zumindest waren sie meist relativ selten. Fürsten, Könige und Kaiser verehrten sie ihresgleichen als Geschenk oder verliehen sie ihren Untertanen als Belohnung.

Jetons sind ebenfalls münzähnliche Objekte, die meist zum Rechnen mit dem Abakus benutzt wurden. Diese Maschine war ursprünglich mit dem Begriff »exchequer« gemeint, der sich heute noch im Titel des Chancellor of the Exchequer findet, worunter man den britischen Schatzkanzler versteht. Händler und all jene, die mit Geld zu tun hatten, brauchten einen solchen Abakus, um ihre Konten ordentlich zu führen. Abakusmünzen waren also gar nicht so selten. Jetons fanden später auch Eingang ins Glücksspiel. Allgemein galten sie als Beleg dafür, dass man etwas bezahlt hatte (wie heute zum Beispiel der U-Bahn-Fahrschein), als Ausweis der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Vereinigung (unseren Mitgliedskarten ähnlich) oder als Unterpfand dafür, dass man zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort war (in der Kirche oder beim Treffen einer Geheimgesellschaft zum Beispiel). Bei Aufsichtsratsversammlungen in Frankreich gibt es diese jetons de présence heute noch.

Die Méreaux ähneln äußerlich den Jetons. Auch sie sind im numismatischen Sinne Marken. Sie sehen aus wie Münzen und wurden von lokalen Autoritäten ausgegeben und galten als lokales Tauschmittel. Der Begriff méreau (auch mareau oder merelle) stammt vom lateinischen merare ab, was »verteilen« bedeutet. Ein deutsches Wort für diese rein französische Form der Lokalwährung existiert nicht. Typischerweise wurden diese »münzähnlichen Gebilde« aus Blei, Zinn und später Kupfer hergestellt.

Münzen hingegen sind als offizielles Zahlungsmittel der gesamten Numismatikergemeinde wohl bekannt.

Für unser Thema allerdings sind Aussehen, Herstellung und Ausgabe dieser Gebilde unerheblich. Wir interessieren uns ausschließlich für ihre praktische Funktion in der Gesellschaft. Unsere Definition für Geld lautet ja: »alles, was eine Gemeinschaft für sich als Tauschmittel akzeptiert hat«. Von diesem Ansatz ausgehend lassen sich die Geltungsbereich der vier Währungstypen klar trennen, wie aus der folgenden Illustration hervorgeht:

((BU S. 4))

Nicht als Tauschmittel benutzt	Als Tauschmittel benutzt
Medaillen - Jetons	Méreaux - Münzen

Allgemein akzeptiertes Zahlungsmittel

Gesetzliches Zahlungsmittel

Zunächst wird danach unterschieden, ob die münzähnlichen Objekte als Tauschmittel dienten oder nicht. Dann gilt es noch zu klären, ob sie zu den »offiziellen Zahlungsmitteln« gehörten, die von der Regierung bzw. vom Land ausgegeben wurden (und daher zur Begleichung der Steuerschuld der Bürger angenommen wurden) oder ob sie einfach nur innerhalb der Bevölkerung ausgetauscht wurden, was wir dann mit dem Begriff »allgemein akzeptiertes Zahlungsmittel« bezeichnen. Für unsere Untersuchung sind also nur die Méreaux und die Münzen interessant. Um die Beziehung dieser beiden münzähnlichen Objekte zueinander besser zu verstehen, müssen wir sie vor dem Hintergrund ihrer historischen Entstehung betrachten.

Nach dem Zusammenbruch des Römischen Reiches im 4. Jahrhundert n. Chr. kam es in Europa zu einer starken münztechnischen Fragmentierung, d.h. es wurden sehr viele verschiedene Währungen ausgegeben. Karl der Große stoppte diese Entwicklung, indem er in seinem Reich (ca. 800 n. Chr.) eine einheitliche, standardisierte Währung einführte. Diese ging jedoch mit dem Ende der karolingischen Herrschaft wieder

Wozu regionale Währungen? (Kapitel 2)

Quelle: Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer: Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

verloren. Europa musste sich erneut mit zahlreichen Währungen herumschlagen, deren Geltungsbereich noch begrenzter war als vorher. Lokale Grundherren, Bischöfe und Äbte gaben Münzen unterschiedlichster Qualität und Benennung heraus. Der König von Frankreich schaffte hier als erster Ordnung. Ludwig IX. erließ in den Jahren 1265-1266 verschiedene Anordnungen, mit denen er durchsetzte, dass nur die königliche Münze das Recht hatte, Münzen auszugeben, die im gesamten Reich Gültigkeit hatten. Ausgenommen davon war nur das Münzrecht der Barone. Wo dieses galt, gab es also zwei verschiedene Währungen. Außerdem ordnete er an, dass Steuerschulden nur in der königlichen Währung beglichen werden konnten.

In der Folge versuchten sämtliche französischen Könige, das Münzrecht der Barone einzuschränken, entweder durch Rückkauf oder schlicht durch Gewaltanwendung. **Im letzten Jahrzehnt des 13. Jahrhunderts war die Zentralisierung der Währung so weit fortgeschritten, dass es zu einer Einschränkung der umlaufenden Geldmenge kam, was zu einer massiven wirtschaftlichen Rezession führte,** welche beinahe ein halbes Jahrhundert dauerte. **Begleitet wurde sie von den ersten wirklich ausgedehnten Hungersnöten im Europa des beginnenden 14. Jahrhunderts.** Die Bevölkerung wurde dadurch so geschwächt, dass sie dem erneuten Ansturm des Schwarzen Todes nichts mehr entgegen zu setzen hatte (10).

Eben weil sie das Recht verloren hatten, ihre eigene Währung herauszugeben, griffen die lokalen Autoritäten immer stärker auf die Méreaux zurück. So wurden diese zum allgemein akzeptierten Zahlungsmittel auf regionaler Ebene. Diese Praxis wurde dann zunehmend von ihren weniger mächtigen Nachbarn, die noch nie Münzrecht besessen hatten, imitiert. Méreaux hatte es zwar bereits in der Antike gegeben, **doch richtig weit verbreitet wurde ihr Gebrauch erst nach dem Einschränken lokaler Münzrechte durch die Krone.**

Ein Indiz dafür, dass die Anordnungen des Königs nicht ohne Weiteres befolgt wurden, ist die Häufigkeit, mit der sie wiederholt werden mussten. So untersagte zum Beispiel die Stadt Arras den Gebrauch der Méreaux bereits im 14. Jahrhundert. Dass diese Anordnung nicht besonders griff, bezeugen spätere Edikte gleichen Inhalts aus den Jahren 1451, 1464 und 1468 (11). Und dies ist kein Einzelfall. Beinahe vier Jahrhunderte nach Ludwig IX. und seinen Erlassen zum königlichen Münzrecht treten im Jahr 1657 königliche Beamte in der Stadt Maçon auf den Plan, um die Ausgabe »einer größeren Menge von Bleimarken« zu verhindern, die in der Stadt als Zahlungsmittel kursierten. Diejenigen, die sich hier das Münzrecht anmaßten, waren lokale religiöse Autoritäten, die sich mit dem Hinweis verteidigten, sie gäben schon seit drei- oder vierhundert Jahren solche Méreaux heraus (12). Zwanzig Jahre später kam es in der Stadt Autun zu einem ähnlichen Vorfall (13).

Wie wurden nun die Méreaux verwendet? Nehmen wir zunächst einmal die kirchlichen Bleimarken, von denen im vorigen Beispiel berichtet wurde. Neben den Mönchen, die in ihren Klöstern nach der Ordensregel lebten, gab es im Mittelalter und der frühen Neuzeit noch den »säkularen« Klerus. Jede Pfarrkirche hatte ihren Geistlichen, der ein ganz »normales« Leben unter seinen Schäfchen führte. Manchmal schlossen sich mehrere von ihnen zu Chören zusammen, die zu Messen und anderen Andachten sangen. Daneben übten sie noch einige andere Aufgaben aus: Im Mittelalter bildeten die Priester einer Kathedrale ein Kapitel, das den örtlichen Bischof wählte. Wenn nun Mitglieder des »Domkapitels« eine Messe lasen bzw. an einer Messe teilnahmen, **wurden sie in Méreaux bezahlt, die sie später gegen Nahrung, Wein und andere Güter eintauschen konnten.** Auch die zahlreichen wohlthätigen Einrichtungen gaben ihre eigenen Méreaux heraus, die man gegen Brot, Heringe, warme Mahlzeiten und Obdach eintauschen konnte. Am Ende dieser Entwicklung waren einige der Marken so weit verbreitet, dass sie in den Städten, in denen sie ausgegeben wurden, **als allgemeines Zahlungsmittel akzeptiert wurden.**

Noch bedeutsamer aber sind jene Marken, wenn damit eine Leistung im Rahmen bestimmter Arbeiten abgegolten wurde. So finden sich in den Archiven Hinweise, dass zur Entlohnung der für die Kathedrale tätigen Glockengießer extra bestimmte Méreaux geprägt wurden (14). In Saint Omer bezahlte ein Kloster Bauarbeiten und andere von weltlichen Arbeitern ausgeführte Tätigkeiten in méreaux de salaire. Sie wurden in Blei gegossen und trugen ein Emblem, das zeigte, welche Art der Arbeit ausgeführt worden war.

((BU S. 5 - Bild muss von B.L. noch eingefügt werden; Labrot S. 82f.)) Méreau für Terrassierarbeiten bzw. für durchgeführte Transporte

Mit diesen Méreaux konnte man beispielsweise seine Unterkunft bezahlen oder in bestimmten Gasthäusern Wein und Mahlzeiten bekommen. Natürlich wurden diese Gasthäuser vom ausgebenden Kloster beliefert, sodass ein lokaler Wirtschaftskreislauf entstand, in dem die Arbeit für das Kloster mit Produkten des Klosters bezahlt wurde. In Saint Omer gab der Stadtrat im 17. Jahrhundert ebenfalls Méreaux aus, mit denen er die Arbeiten an seinen Türmen und Verteidigungswällen vergütete. Auf dieselbe Weise wurden 1566 die Wälle von Lille bezahlt und 1663 die von Amiens (15).

Wozu regionale Währungen? (Kapitel 2)

Quelle: Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer: Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

Sogar der König selbst bediente sich der Méreaux, wenn er dadurch zu seinen Gunsten einen geschlossenen Wirtschaftskreislauf schaffen konnte. So entdeckten Archäologen beispielsweise Méreaux mit dem königlichen Wappen und verschiedenen Maurerwerkzeugen. Damit wurden die Arbeiter bezahlt, die nach der berühmten Belagerung von Montségur, das 1244 im Feldzug gegen die Katharer fiel, die Festung wieder aufbauten. Später gaben die französischen Könige in Paris auch Bleimarken heraus, um ihre Bediensteten in Küche, Stall und anderen königlichen Einrichtungen zu bezahlen (16).

((BL: Bild muss noch eingefügt werden; Labrot S. 86))

All dieser historischen Beispiele wird deutlich, dass das Vorurteil, lokale Währungen seien abgeschafft worden, um die Wirtschaft zu modernisieren und die Effizienz des Systems zu steigern (wie manche modernen Währungsexperten glauben), schlicht unhaltbar ist.

Betrachteten die Zeitgenossen aber ihre Méreaux tatsächlich als Geld? Kurz und bündig gesagt: Ja! Allein die Tatsache, dass viele dieser Marken die Aufschrift moneta, Münze, tragen, kann hierfür als Beleg gelten. Dass die Méreaux als »richtiges« Zahlungsmittel galten, beweist auch das Faktum, dass jeder, der sie fälschte, ebenso drastische Strafen zu gewärtigen hatte wie ein »normaler« Münzfälscher. Der Bußkatalog reichte vom Übergossenwerden mit siedendem Öl über das Naseabschneiden bis zum Brandmarken des Gesichts mit glühenden Eisen hin zum Prangerstehen, wobei man dem Volkszorn hilflos ausgeliefert war.

Und in welcher Relation stand das allgemein anerkannte zum offiziellen Zahlungsmittel? Das hing ganz von Zeit und Umständen ab. Mochte eine Marke zu Anfang nur innerhalb einer bestimmten sozialen Umfelds gelten, konnte sie sich allmählich aber immer weiter ausbreiten, bis sie schließlich in weiten Teilen der Bevölkerung als Zahlungsmittel akzeptiert wurde.

Zunächst einmal lässt sich der Stellenwert der beiden Währungssysteme nicht auf Grund archäologischer Funde ermitteln. Die meisten großen Geldfunde sind das, was wir gemeinhin als »Schatz« bezeichnen. Als solcher wird typischerweise aber nur das offizielle Zahlungsmittel betrachtet, das einen entsprechenden Gehalt an Edelmetall aufweist. Die wichtigsten Markenfundstücke jedoch finden sich beim Ausbaggern von Flüssen innerhalb der Grenzen historischer Städte (17). Méreaux und andere Marken tauchen also selten in Münzsammlungen auf, weil sie weniger schön und weniger wertvoll sind als die offiziellen Münzen. Dass archäologische Funde somit mehr Münzen als Marken zu Tage fördern, sollte uns nicht zu dem Fehlschluss verführen, letztere wären kaum im Umlauf gewesen.

Wir können sogar davon ausgehen, dass diese **Ersatzzahlungsmittel eine wesentlich größere Rolle spielten, als man heute annimmt**. Der berühmte Gelehrte Nicholas Oresme weist schon im 13. Jahrhundert darauf hin, dass man zwischen **Währungen für den Zahlungsverkehr und Währungen zu Sparzwecken** unterscheiden müsse. Später nahm der Begründer der Londoner Börse, Lord Gresham, seine Gedanken auf und formulierte sie zum so genannten Greshamschen Gesetz um, in dem sich das Wertesystem des Goldstandards widerspiegelt: »Schlechtes Geld verdrängt gutes.« Die Währungen, die einen hohen Eigenwert besitzen (>gutes Geld<), werden zur Aufbewahrung von Werten verwendet, wodurch sie dem allgemeinen Geldverkehr entzogen werden. Dadurch zirkuliert mehr und mehr »schlechtes« Geld, das keinen oder nur einen geringen Münzwert hat. Daher spielte dieses Geld im Alltagsleben der Stadtbürger eine wesentlich größere Rolle, als dies auf den ersten Blick scheinen mag. Das Gegenteil gilt für große Transaktionen bzw. den Handel über die Grenzen der Region hinweg. **In all diesen Fällen dominierte natürlich das offizielle Zahlungsmittel.**

Bleibt die Frage, welche Bedeutung eine Geldform im Laufe der Zeit gewinnt. Dies lässt sich letztlich nur in der Rückschau beantworten. In diesem Zusammenhang ist eine Äußerung von Michel Dhenin, dem Kurator des Cabinets des Médailles der Nationalbibliothek in Paris, nicht ohne eine gewisse Pikanterie. Er meinte einmal in Bezug auf unsere aktuellen Währungen: »Man könnte ja einwenden, dass reales Geld heute weitgehend von Pseudo-Geld ersetzt wird, ja dass wir in unseren Geldbörsen nur noch scheinbares Geld herumtragen. Und damit läge der Betreffende noch nicht einmal falsch.« (18) Das System mehrere paralleler Währungen wird häufig als Geschichte von Unzulänglichkeiten und Irrtümern beschrieben, die durch die Einführung des internationalen Goldstandards später behoben worden seien (19). Die Verfechter dieser Ansicht betrachten ein System komplementärer Währungen als nicht ausreichend homogen und damit als hinderlich für Preisbildung und freien Güteraustausch. Doch ist auf **das Nebeneinander verschiedener Währungen** auch ein anderer Blick möglich, der in einer **Währungsvielfalt** auch ein **bewusstes Instrument zur Aufrechterhaltung voneinander getrennter Wirtschaftskreisläufe** (lokaler bzw. überregionaler) sieht, das darüber hinaus die monetäre Trennung verschiedener Geldfunktionen (Aufbewahrung versus Tausch) ermöglicht. Dieser Argumentation haben sich so renommierte Experten wie Fernand Braudel und Aldo de Maddalena angeschlossen (20).

Dass wir die verschiedenen Funktionen vormoderner monetärer Instrumente jedoch so präzise einzuschätzen vermögen, verdanken wir in erster Linie der bahnbrechenden Studie von Luigi Einaudi (21).

Wozu regionale Währungen? (Kapitel 2)

Quelle: Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer: Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

Jüngere Forschungsarbeiten nehmen seinen Ansatz auf und weisen damit beispielsweise nach, dass die Trennung monetärer Kreisläufe und Funktionen die entscheidende Grundlage für das finanzielle Gleichgewicht innerhalb der wirtschaftlichen und sozialen Systeme des Ancien Régime war (22). Diese Wissenschaftler kommen zu einem interessanten Schluss: **»Das monetäre System vor der Einführung des Goldstandards war also keineswegs eine mangelbehaftete Notlösung, sondern ein stabiles System zweier Währungen.** Folgt man diesem Ansatz weiter, so liefert die Finanzgeschichte des mittelalterlichen und modernen Europas erdrückende Beweise dafür, dass ein **kohärentes duales Währungssystem auf institutioneller Ebene machbar und auch wirtschaftlich sinnvoll ist.** Ein solches duales Währungssystem, das sowohl in allgemeiner als auch formeller Hinsicht als Komplementärwährung konzipiert ist, vereint monetäre Effizienz mit den Zielen des sozialen Ausgleichs.« (23)

Des Weiteren zeigt sich in der historischen Betrachtung, dass die regionalen Währungssysteme nicht **abgeschafft** wurden, weil sie wenig Effizienz boten oder die Bevölkerung von ihnen nicht profitierte. **Der einzige Grund war vielmehr die wachsende Macht einer zentralen (d.h. königlichen) Autorität.**

Im 18. Jahrhundert griff dieser Prozess der Vereinheitlichung auf die internationale Ebene über. Zunächst wurde unter dem Druck der damals dominierenden Nation der Briten der Goldstandard eingeführt. Dass dieser im Laufe des 20. Jahrhundert aufgegeben werden musste, hat den Vereinheitlichungsprozess der Währungen jedoch nicht gestoppt, im Gegenteil. Das Abkommen von Bretton Woods, das angeblich nur den Dollar an einen bestimmten Goldstandard band, zeitigte in der Hauptsache ein Resultat: Der dominante Global Player in Sachen Währung wurde ein anderer. Als Präsident Nixon 1971 die Garantie, dass der Dollar jederzeit zu einem bestimmten Kurs in Gold umgetauscht werden würde, fallen ließ, wurde klar, dass es auf der Welt bereits einen globalen Dollarstandard gab. Die einzig vernünftige Antwort darauf war die Bildung unabhängiger transnationaler Währungslandschaften wie zum Beispiel der Eurozone. Wir werden später zeigen, dass die Schaffung des Euro nur ein erster und nötiger Schritt war, um mit Hilfe monetärer Innovationen die Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen.

Dabei sollten wir uns klar machen, dass die wichtigsten Währungsstrategen des 20. Jahrhunderts, unter ihnen John Maynard Keynes, der einige zentrale Ausschüsse in Bretton Woods leitete, eigentlich genau das Gegenteil von dem wollten, was bei dieser Zusammenkunft schließlich herauskam. Ihr Hauptziel war es, jedem Staat seine eigenständige Geldpolitik zu erlauben, die von internationalen Erfordernissen unabhängig sein sollte (24). Es überrascht uns daher auch nicht, dass **Keynes für den internationalen Zahlungsausgleich ein duales Währungssystem vorschlug.** Er unterschied zwischen einer Verrechnungseinheit für den Gütertausch (der von einer Clearing Union überwacht werden sollte) und einer anderen für internationale Darlehen (die wiederum von einer Behörde für Internationale Investments kontrolliert werden sollten). (25)

Trotz der gewichtigen Stimmen, die für ein Nebeneinander monetärer Instrumente und Funktionen eintraten (zu ihnen gehörte nicht nur Keynes mit dem von ihm vorgeschlagenen *bancor*, sondern auch Fisher (26) mit dem »kompensierten Dollar« und Hayek (27), der ebenfalls verschiedene Währungen favorisierte), schritt die Globalisierung und Vereinheitlichung des Geldes unaufhaltsam fort. Mit ihr verschwanden nicht nur die geopolitischen Grenzen zwischen den Nationalwährungen, sondern auch die Unterschiede zwischen verschiedenen wirtschaftlichen Aktivitäten bzw. ihren Akteuren. Und so erscheint uns nun das Aussterben der Vielfalt monetärer Instrumente, die Jahrhunderte lang Bestand hatten, als unvermeidlich. Heute benutzen wir für alle möglichen wirtschaftlichen Aktivitäten dieselbe Form von Geld, ob wir nun lokal, regional, national oder global tätig werden. Eine einzige Währung dient uns für den Handel zwischen privaten Partnern und für die Verteilung von Kaufkraft innerhalb unserer Gemeinschaften. Sie fungiert gleichzeitig als Tauschmittel, als Reserve und als Mittel zur Aufbewahrung von Werten. Da die meisten Wirtschaftslehrbücher die historischen Fakten verschweigen, schrecken die Fachleute allein beim bloßen Gedanken an multiple Währungen zurück, weil sie diese für eine im besten Fall unorthodoxe, eher aber gefährliche Idee halten.

Doch vergegenwärtigen wir uns noch einmal, was der historische Abriss erkennen ließ:

1. Der zunehmende Trend zur globalen **Vereinheitlichung von Währungen** ging von dem **Bestreben der Zentralmächte aus, Kontrolle zu erlangen**, und diente keineswegs einer wie auch immer gearteten Steigerung wirtschaftlicher Effizienz bzw. Modernisierung des Systems, was in gewissem Sinne ja gerechtfertigt wäre.

Im Gegensatz dazu gibt es überzeugende historische Belege, dass **gut gemanagte Regionalwährungen parallel zu nationalen bzw. supranationalen Systemen eingesetzt werden können, ohne Inflation oder andere Währungskrisen zu verursachen.**

2. Der Trend zur Vereinheitlichung hat darüber hinaus den unangenehmen Nebeneffekt, das Spektrum an Lösungen für lokale und regionale Wirtschaftsprobleme erheblich einzuschränken. Darüber hinaus **konzentriert sich die Finanzkraft in wenigen Zentren.**

Wozu regionale Währungen? (Kapitel 2)

Quelle: Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer: Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

3. Ist es daher nicht an der Zeit, dass wir uns fragen, ob diese Entwicklung überhaupt wünschenswert ist - vor allem vor dem Hintergrund der Probleme in Europa und im Rest der Welt?

Doch bevor wir uns an die Beantwortung dieser Frage machen können, müssen wir genauer definieren, was wir heute unter Regionalwährung verstehen.

B. Definitionen und Beschränkungen

Regionalwährungen sind eine Sonderform dessen, was man heute Komplementärwährung nennt. Dies ist deshalb wichtig, weil wir für eine auf breiter Basis funktionierende Regionalwährung kein aktuelles Modell finden. Für die Komplementärwährung allerdings gibt es genügend, auch aktuelle Anwendungsbeispiele. Aus diesem Grund werden wir zunächst einen Blick auf die Komplementärwährung werfen.

Eine der praktischen Umsetzungen des komplementären Währungskonzeptes sind die **Bonusmeilen der Fluggesellschaften**. Anfangs nur als Marketinggag gedacht, der die Markentreue der Fluggäste zu ihrer Airline stärken sollte, lassen sich heute damit Ferngespräche bezahlen, Taxis, Hotels oder Restaurants. Zwei Drittel der Bonusmeilen britischer Fluggesellschaften werden für etwas anderes als neue Flüge eingetauscht. In Großbritannien werden Bonusmeilen sogar von Sainsbury, der größten Supermarktkette des Landes, akzeptiert. Und sie können »Bonusmeilen« erwerben, ohne auch nur ein Flugticket gekauft zu haben, zum Beispiel wenn Sie für Ihre Einkäufe die Visacard der Citibank benutzen. **Bonusmeilen sind also zu einem nicht-offiziellen, zweckgebundenen Zahlungsmittel geworden.** Dass Komplementärwährungen ein sinnvolles Geschäftsmodell sein können, ist mittlerweile eine allgemein anerkannte Tatsache. (Siehe Kasten)

Das Geschäftsmodell »Komplementärwährung«

Rein betriebswirtschaftlich gesehen geht es darum, dass die **Wertschöpfung für das Unternehmen höher ist als die Grenzkosten** für jeden zusätzlichen Kunden. Bei den Fluggesellschaften bestehen diese Grenzkosten letztlich nur in den realen Kosten, die ein zusätzlicher Passagier auf dem entsprechenden Flug verursacht (letztlich also nur die Kosten für die Mahlzeiten). Alle anderen Kosten sind feste Kosten. Man nennt sie so, weil sie ohnehin anfallen, ganz egal, ob jemand den Platz im Flugzeug beansprucht oder nicht.

Sinnvoll ist so eine Komplementärwährung also für all jene Unternehmen, die **niedrige Grenzkosten** haben. Es gibt durchaus Geschäftszweige, in denen die Grenzkosten bei Null liegen, zum Beispiel im Kino (solange es nicht voll ist). Ein zusätzlicher Besucher verursacht keinerlei Kosten, weil alle Kosten feste Kosten sind - ob es sich nun um die Leihgebühr für den Film, die Heizkosten oder das Gehalt des Filmvorführers handelt. Sie fallen sowieso an, egal, ob nur ein Besucher da ist oder deren 300. Ein Kino kann also einen Besucher einlassen, auch wenn er bis zu 90 Prozent des Eintritts in einer Komplementärwährung bezahlt und steht immer noch besser da, als wenn es nicht Teil des Systems wäre. Auch wenn das Kino die Zweitwährung hinterher verfallen lässt, würde es immer noch mehr Gewinn in offizieller Währung machen als ohne diesen Besucher. Aber natürlich können der Kinobesitzer und seine Angestellten die Komplementärwährung auch nutzen und dadurch ihren Profit noch steigern. Ein anderes Beispiel: Ein Restaurant hat gewöhnlich Grenzkosten von etwa einem Drittel der Kosten einer Mahlzeit. Diese entsprechen dem, was Sie tatsächlich auf den Teller bekommen. Ein weiteres Drittel sind Festkosten: Pacht, Heizung, Angestellte und so weiter. Nur das letzte Drittel macht den Gewinn aus. **So lange das Restaurant also nicht voll ist, hat es durchaus Sinn, zusätzliche Besucher anzulocken, die zur Hälfte in offizieller Währung, zur Hälfte in einer Komplementärwährung bezahlen.**

Der konventionelle Weg für einen Geschäftsinhaber, volle Auslastung zu erzielen, wären allgemeine Rabatte. Das hat jedoch den Nachteil, dass damit die Produkte auch für jene Kunden billiger werden, die ohnehin kommen würden. Wenn der Rabatt sich also nur auf die Nutzer der Komplementärwährung erstreckt, bleibt das Einkommen aus dem Besuch der Normalkunden erhalten. Außerdem kann der Inhaber selbst entscheiden, in welcher Form er den Rabatt erteilt. **So kann er die Komplementärwährung zum Beispiel nur an Arbeitstagen akzeptieren, wenn er am Wochenende gewöhnlich ausgebucht ist.**

Aus diesem Grund operieren die Fluggesellschaften eher mit Bonusmeilen, um ihre Plätze zu füllen, statt allgemeine Rabatte zu geben. Auch diese unterliegen teilweise noch bestimmten Einschränkungen wie zum Beispiel: »Vielfliegerprogramme gelten nicht an Ferientagen«.

Auf diese Weise können **Komplementärwährungen ungenutzte Ressourcen mobilisieren und damit unbefriedigte Bedürfnisse decken.** Darüber hinaus können die Unternehmen diese zusätzlichen Zahlungsmittel natürlich einsetzen, wie immer ihnen dies nützlich sein kann. An einem solchen Programm teilzunehmen hat nämlich auch indirekte Vorteile für die Firmen ... ((BL: Hier hört der Text im Kasten auf. Fehlt da was?)) Ja, da fehlt etwas und ich habe es auch nicht in meiner Fassung! MK

Wozu regionale Währungen? (Kapitel 2)

Quelle: Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer: Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

Wie können wir nun aus dem, was wir über das Geschäftsmodell der Komplementärwährung erfahren haben, eine Definition derselben ableiten? Eine Komplementärwährung stellt eine allgemeine Übereinkunft innerhalb einer Gemeinschaft dar, etwas anderes als das offizielle gesetzliche Zahlungsmittel* für den Austausch von Gütern und Dienstleistungen zu akzeptieren. Die meisten Komplementärwährungen dienen keinen kommerziellen Zwecken, weshalb man sie häufig auch Gemeinschaftswährung oder Lokalwährung nennt. Im Englischen ist auch der Begriff common tender (im Gegensatz zum official tender, dem gesetzlichen Zahlungsmittel) gebräuchlich. Da diese Währungen gewöhnlich neben der gesetzlichen Verwendung finden und diese nicht etwa ersetzen, ziehen wir hier den Begriff Komplementärwährung (von franz. **complément**, »Ergänzung«) vor.

Das Komplementärprinzip ist in der Wirtschaft zwar neu, in anderen Disziplinen wie Physik, Psychologie, Biologie oder Philosophie ist es als theoretisches Konzept durchaus gebräuchlich. Für die Physik haben W. Pauli (28), W. Heisenberg (29) und N. Bohr (30) seine Nützlichkeit nachgewiesen, für die Systemtheorie tat dies C. François (31), für die Psychologie C. G. Jung (32), für die Medizin V. von Weizsäcker (33) oder T. von Uexkuell und für die Ethik K. O. Apel. Sogar die Molekularbiologie arbeitet mittlerweile mit diesem Prinzip, um das Speichern von Information in der DNS zu erklären. Die östlichen Philosophien vom Taoismus bis zum Zen-Buddhismus haben die Vorstellung von der Komplementarität als Grundlage. Und ein so bedeutender Philosoph wie der Japaner Miura Baien hat sein gesamtes Denken darauf gegründet. Sie alle nutzen dasselbe Prinzip zur Erklärung der Welt. Wir können uns also vorstellen, dass **das Prinzip der Komplementarität** von enormer Bedeutung ist. (Siehe Kasten)

Das Prinzip der Komplementarität

von Dr. Stephan Brunnhuber

((BL: Ist dieser Text vielleicht auf Deutsch vorhanden? Der Name des Autors lässt so etwas vermuten.))Nein dieser Text existiert nur in englisch und muß noch übersetzt werden! MK

In den letzten 20 Jahren kam es zu einer Zunahme an komplementären Zahlungsmitteln, die meist eine eng begrenzte, mitunter rein lokale Funktion hatten. Tatsächlich ist dies zum ersten Mal der Fall, ohne dass hinter diesem Prozess eine Wirtschaftskrise oder ein Krieg steht. Die folgende Grafik soll veranschaulichen, wie sehr die Anzahl solcher Zahlungsmittel in den letzten zwei Jahrzehnten zugenommen hat.

((BU S. 12))

Die heutige Situation

Anzahl komplementärer Währungssysteme in 12 Ländern

(1984-2003)

((Leider kann ich die Beschriftung der Grafik auf meiner Kopie nicht lesen; es handelt sich dabei um einzelne Länder, die - je nach vorliegendem Bildmaterial - vielleicht noch in Deutsch eingesetzt werden müssten.))Ja, vielleicht kann BL da noch eine bessere Fassung der Graphik einfügen. MK

Eine Region soll hier definiert werden als »geografisches Gebiet, mit dem die Menschen sich identifizieren« Das ist eine gute und an dieser Stelle ausreichende Definition. MK Wie wir in Kapitel 3 noch näher erläutern werden, ist **die Größe einer Region für ihr Selbstverständnis weniger bedeutsam als die potenzielle Dichte menschlicher Interaktion**, natürliche geografische Grenzen wie zum Beispiel Flüsse, Berge, Täler oder Wälder und natürlich der »Stolz auf die Zugehörigkeit zu diesem Gebiet«.

Eine Regionalwährung ist also eine Form der Komplementärwährung, die zum Ziel hat, mit Hilfe ungenutzter Ressourcen auf regionaler Ebene bislang unbefriedigte Bedürfnisse zu stillen. Praktisch bedeutet das, dass sie einen wesentlich **breiteren Anwendungsbereich** besitzt als **Lokalwährungen** (Beispielhaft seien hier die LETS-Systeme*, Tauschringe oder Time Dollars* genannt.), die in der obigen Grafik aufgeführt sind. Lokale Systeme umfassen meist nicht mehr als etwa 1000 Mitglieder. (Eines der größten LETS-Netze weltweit, das Blue Mountain LETS bei Sydney, Australien, zählt etwa 1000 aktive Mitglieder.) **Die aktuell gültigen Währungen hingegen sind meist nationale oder transnationale Systeme, die für mehrere Millionen oder gar Hunderte Millionen (siehe Euro) Menschen gelten. Ein regionales Währungssystem sollte also dazwischen angesiedelt sein und für 10 000 bis maximal 1 Million Menschen Gültigkeit haben.**

Die aktuell existierenden Lokalwährungen werden bei dem von uns vorgeschlagenen System keineswegs überflüssig. Sie nehmen einen sinnvollen und wichtigen Platz ein. Einige davon haben sich vor allem als Gemeinschaftswährung hervor getan, indem sie den direkten Austausch zwischen zwei Menschen erleichterten und so neue Beziehungen zwischen den Beteiligten schaffen. Außerdem ist es durchaus möglich, dass einige der lokalen Währungssysteme sich zu einem übergreifenden Netzwerk zusammenschließen und eine Regionalwährung hervorbringen, ohne auf ihre Rolle als unabhängiges Subsystem mit eigener lokaler Identität verzichten zu müssen. Darauf werden wir in Kapitel 4 noch näher eingehen.

Wozu regionale Währungen? (Kapitel 2)

Quelle: Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer: Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

Die praktische Erfahrung mit bereits vorhandenen lokalen Systemen hat jedoch gezeigt, dass **das mit diesem Zahlungsmittel geregelte Tauschvolumen meist begrenzt bleibt**, auch wenn die Systeme schon seit mehr als zehn Jahren existieren. Nur ganz wenige Teilnehmer geben an, dass sie mehr als ein Drittel ihres Bedarfs mit Hilfe einer lokalen Währung decken (34). Und **auf makroökonomischem Niveau betrachtet machen die komplementären Währungssysteme höchstens ein Prozent der regionalen Tauschvorgänge aus**. Einer der schwerwiegendsten Gründe für diese Begrenztheit liegt allerdings in der Tatsache, dass die lokalen Geschäfte die komplementären Zahlungsmittel nur sehr selten akzeptieren. Lokale Währungssysteme haben daher einfach zu wenig Gewicht, um einen entscheidenden wirtschaftlichen Einfluss auf eine Region auszuüben.

Dies soll jedoch deren **soziale Bedeutung** für die beteiligten Menschen nicht schmälern. Denn der Mensch ist nun einmal primär sozial und nicht nur wirtschaftlich orientiert.

In diesem Buch allerdings widmen wir uns nicht nur sozialen Themen. Wir versuchen, **Visionen und Strategien** zu entwickeln, die als **Gegengewicht zum aktuellen Globalisierungsprozess** wirken können. Wir suchen also nach **einem Modell komplementärer Währungssysteme, die groß genug sind, um einen entscheidenden sozioökonomischen Einflussfaktor abzugeben**. Wir würden ein regionales System als erfolgreich betrachten, wenn es in der Lage wäre, bis zu **30 Prozent der ökonomischen Austauschvorgänge innerhalb eines Gebietes** zu bewältigen. Dabei wollen wir hier noch einmal unterstreichen, dass es uns nicht darum geht, ein Land oder ein bestimmtes Gebiet ökonomisch von seiner Umgebung abzugrenzen, um es autark zu machen. Denn auch wenn die von uns vorgeschlagene Regionalwährung erfolgreich wäre, so würde der **weitaus größte Teil des Wirtschaftskreislaufs immer noch über das Instrument der offiziellen Währung laufen**. Vollkommene Autarkie ist in der heutigen Welt weder praktikabel noch wünschenswert (35). Stellen Sie einfach mal zum Spaß eine Liste der Dinge auf, die Sie jeden Tag benutzen und auf die Sie verzichten müssten, wenn Sie nur nutzen könnten, was Ihre Region produziert. Trotzdem zeigt die Erfahrung, dass, wenn wir Produktion und Konsum konsequent von unserem Umfeld lösen, also »delokalisieren«, auch ein entscheidendes Moment verloren geht. Am sinnvollsten ist es daher, einen passenden Mittelweg zu finden, der beide Extreme vermeidet. **Wo dieser Mittelweg liegt, ist für jede Region, jeden Menschen und jede Art des Konsums neu zu entscheiden**.

Doch um eine Komplementärwährung zu einer echten Regionalwährung zu machen, braucht es mehr als nur eine bestimmte Menge von Nutzern und einen gewissen wirtschaftlichen Einfluss. Die Vorstellung von einer »Region« umfasst noch wesentlich subtilere Aspekte. Da ist zunächst einmal die Frage der Identität. Häufig weist »unsere« Region bestimmte natürliche Grenzen auf, die sie zu dem machen, was sie ist. Sie kann ein ganz eigenes Ökosystem, zum Beispiel ein Gebirgstal, sein. Manchmal ist damit auch eine charakteristische Biosphäre wie zum Beispiel ein Moor oder ein bestimmtes Anbaugebiet damit gemeint. Ziel und Zweck einer Regionalwährung ist es, einen privilegierten Informationsraum zu schaffen, der die Menschen und Ökosysteme eines bestimmten Gebietes miteinander verbindet. In späteren Kapiteln werden wir sehen, dass **regionale Währungen häufig bestimmte Initiativen fördern**, mit denen eine Region ihre spezifischen Probleme lösen kann, ohne eine Finanzierung von der Zentralmacht bzw. ihren Bürgern fordern zu müssen. Eine **Regionalwährung ermöglicht gebietsbezogene Problemlösungen**, die ohne sie gar nicht möglich wären. **Sie erweitert also unseren Handlungsspielraum**.

C. Wann, wenn nicht jetzt?

Für eine möglichst baldige Einführung von Regionalwährungen gibt es drei gewichtige Argumente. Jeder dieser Punkte wird uns neue Einsichten in das Wesen regionaler und überregionaler Wirtschaftskreisläufe vermitteln, die uns auf den folgenden Seiten immer wieder nützlich sein werden. Daher soll dieses Thema uns hier noch ein wenig beschäftigen. **Die drei Argumente, die hier und heute für die Einführung von Regionalwährungen sprechen**, sind:

- o Regionale Währungen bieten ein Modell wirtschaftlicher Entwicklung, das **zum Informationszeitalter passt**.
- o Der Verunsicherung, die mit diesem Zeitalter einhergeht, können wir nur mit **Flexibilität und Experimentierfreude** begegnen.
- o **Die komplexen Probleme** in Europa **erfordern ungewöhnliche neue Lösungen**.

1. Ein Entwicklungsmodell für das Informationszeitalter

Dieses Argument geht im Wesentlichen auf einen Mann zurück, dem man solche Gedankengänge auf den ersten Blick nicht zutrauen würde. Toshiharu Kato hat fast sein ganzes Leben dem METI (früher MITI) gewidmet, dem japanischen Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie. Das METI ist eine der einflussreichsten Institutionen des Landes, da es sämtliche öffentlichen und privaten Wirtschaftsinitiativen kontrolliert. In den später 80-er Jahren, als er schon mehr als 20 Dienstjahre im gehobenen Management hinter sich hatte, wurde er Vorstand der Kammer für die Dienstleistungsindustrie im METI. Seine Stellung ist

Wozu regionale Währungen? (Kapitel 2)

Quelle: Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer: Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

und war eine der angesehensten in der öffentlichen Verwaltung Japans. Außerdem gehört er zum Vorstand des Financial Supervision Committee, der Aufsichtsbehörde für den Finanzmarkt, hat also expliziten Einblick in das Funktionieren konventioneller Währungen. Gerade dieser Hintergrund verleiht seinen Ausführungen eine große Überzeugungskraft.

1993 nahm er eine Auszeit, die schließlich 36 Monate dauern sollte. Sein erklärtes Ziel dabei war es, in den USA zu leben, um zwei Modelle einer auf Hightech-Innovationen beruhenden Wirtschaftsentwicklung persönlich in Augenschein nehmen zu können: das Silicon-Valley-Modell und das Route-128-Modell. Das Route-128-Modell hat seinen Namen nach der Entwicklung am Highway 128 rund um Boston, Massachusetts. Dort siedelten sich Ende der 80-er Jahre einige Großkonzerne (zum Beispiel Hewlett-Packard, Raytheon und andere Lieferanten des Verteidigungsministeriums) an, die wiederum Hunderte kleiner Hightech-Firmen anzogen, deren Ideengeber von den dortigen Universitäten (MIT - Massachusetts Institute of Technology und Harvard) kamen. Beim Silicon-Valley-Modell hingegen geht es um die bekannte Ansammlung von kleinen Hightech-Computerfirmen und Venture-Capital-Unternehmen, die rund um die Universität Stanford in einem Tal südöstlich von San Francisco aus dem Boden schoss.

Kato schloss, dass **das dezentrale Modell des Silicon Valley, in dem Hunderte kleiner Firmen ein dichtes Netz an Kontakten knüpften** (ohne sich um mächtige Konzerne im Zentrum zu scharen), **das geeignete Modell für Japans Zukunft sei**. Und was noch beeindruckender ist: Er führte dieses Modell einer dezentralen Entwicklung logisch fort, indem er **eine neue Art regionaler Währung einführte, die er »Eco-Money« nannte**.

Seine Argumente für die Einführung dezentraler Wirtschaftsstrukturen in Japan gelten nicht nur für das krisengeschüttelte Nippon, sondern mehr oder weniger für die ganze Welt. »Japan muss aktiv dafür Sorge tragen, dass in seinen unterschiedlichen Regionen eine neue Vielfalt entsteht, um ein sozioökonomisches System zu fördern, das die Gemeinschaft in den Vordergrund stellt. [...] Japans Weg in die Informationsgesellschaft muss geprägt sein von wirtschaftlichen und sozialen Innovationen, damit es als Vorläufer für andere Staaten wirken kann. [...] **Jede einzelne Region wird ihre eigenen Industriekonglomerate entwickeln - mit eigenen wirtschaftlichen Zentren, einem eigenen unternehmerischen Umfeld und entsprechend kreativen Gemeinschaften**. [...] **Die moderne Wirtschaftswissenschaft bietet uns leider keine klaren Lösungsansätze**. Die traditionelle Sicht der Wirtschaftswissenschaft schließt aus der simplen Summe bestimmter Daten, in welche Richtung sich die Wirtschaft bewegt. Diese Sicht macht es jedoch unmöglich, dynamische Veränderungen von einem Attraktor* zu einem anderen zu analysieren und begreifen. [...] Die eigentliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik hingegen ist es, den Attraktor ins Zentrum der wirtschaftlichen Bewegung zu rücken. **Nur so ist die Wirtschaft in der Lage, Probleme zu lösen**. Um dies zu leisten, dürfen wir nicht nur die Entscheidungen von Personen und Unternehmen, den gesellschaftlichen Akteuren der Makroebene, registrieren, wir müssen ebenso die Interaktionen zwischen diesen Akteuren betrachten. [...] **Das neue japanische Entwicklungsmodell basiert auf der Bedeutung der Region**. Es weist eine duale Struktur auf, die der regionalen Wirtschaft und der Gemeinschaft.« (36)

Toshiharu Katos Worte sind vor allem in zweierlei Hinsicht äußerst bemerkenswert:

- Zum einen stellt er ganz richtig fest, dass die **traditionellen Wirtschaftswissenschaften** nicht in der Lage sind, Beziehungen zwischen den Teilnehmern des Wirtschaftssystems hinreichend zu verdeutlichen. Sie **konzentrieren** sich ausschließlich auf **das Gesamtvolumen der Tauschvorgänge**. So stellt die klassische Volkswirtschaft beispielsweise keine begrifflichen Instrumente zur Verfügung, um unterscheiden zu können, ob ein Umsatz von einer Milliarde Euro von einem Großkonzern oder von zehntausend unabhängigen Kleinunternehmen getätigt wurde. In einer Informationsgesellschaft aber ist dies von entscheidender Bedeutung, weil letzterer Fall ein robustes soziales und informationstechnisches Netz darstellt, das für eine vielfältige, stark diversifizierte Wirtschaftsstruktur spricht. Doch wie der amerikanische Autor John Perry Barlow, der für die Ausdehnung der Bürgerrechte auf den Cyberspace kämpft und sich daher gründlich mit Zukunftsmodellen beschäftigt hat, meint: **»Für die Wirtschaft der Zukunft sind Beziehungen wichtiger als Besitztümer.«**

- Zum anderen ist bemerkenswert, dass Toshiharu Kato seine neue Wirtschaftspolitik nicht in Begriffen der traditionellen Wirtschaftswissenschaft beschreibt. Die ökonomischen Standardkonzepte sind dem Newton'schen Weltbild entlehnt. Daher sind sie nicht in der Lage, das, was den Erfolg einer Informationsgesellschaft ausmacht, zu analysieren. Statt auf die traditionellen Vorstellungen greift Kato daher auf die Begriffe der Chaostheorie zurück, die entwickelt wurden, um komplexe Systeme darzustellen. So ist es ihm möglich, den **dynamischen und interaktiven Charakter** wirtschaftlicher Vorgänge adäquat zu beschreiben. Aus diesem Grund aber können wir seine Schlussfolgerung auch nur dann richtig einschätzen, wenn wir wissen, was ein Attraktor ist.

Wozu regionale Währungen? (Kapitel 2)

Quelle: Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer: Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

Die heutige japanische Wirtschaft ist durchweg auf dem **Route-128-Modell** aufgebaut, das Kato für **ungeeignet** hält, um **die Herausforderungen der Zukunft zu meistern**: Einige wenige Großkonzerne ernähren Abertausende von Kleinunternehmen und Familienbetrieben, die für die Kolosse Zubringerdienste leisten. Die Großkonzerne sind wiederum auf eine Art und Weise verflochten, die aus ihnen - anders als in Europa oder Amerika - eng verwobene Giganten (so genannte Zaibatsu) macht, von denen es in ganz Japan höchstens sechs gibt. Daher ist Japan vermutlich von allen Volkswirtschaften diejenige, die Katos Vorstellungen von der Wirtschaft der Zukunft am allerwenigsten entspricht. Wie also stellt er sich die weitere Entwicklung hin zu einer dezentralen Wirtschaft vor?

Die einfache, aber nichtsdestoweniger revolutionäre Antwort lautet: über ein **System regionaler Währungen**. Dies hat einen ganz simplen Grund:

In jedem Wirtschaftssystem ist der höchste Attraktor Geld. Vor diesem Hintergrund kann man Ziel und Zweck eines Unternehmens so beschreiben: Jedes Unternehmen ist bemüht, so viel Geld als möglich anzuziehen und so wenig als möglich auszugeben. Der Markt ist nun der »Ort«, an dem alle Marktteilnehmer um das verfügbare Geld konkurrieren. Daher lässt sich die **Energie des ganzen Systems fundamental verändern, wenn man ins Geldsystem eingreift**. Auf diese Weise geht **eine angestrebte Umstrukturierung weit schneller und kostengünstiger vonstatten, als wenn man dasselbe Ziel mit Hilfe der Gesetzgebung bzw. oder der doch recht aufwändigen Kraft der Überzeugung erreichen wollte**.

In Katos Augen ist eine neue Währung, die er Eco-Money nennt, das Schlüsselinstrument zur Reformierung der japanischen Wirtschaft. »Eco-Money ist das Geld des 21. Jahrhunderts, das zum Tausch in so verschiedenen Bereichen wie Umwelt, Sozialsysteme, Gemeinschaftsleben und Kultur genutzt werden kann. Das **'Ökogeld' wird parallel zur gesetzlichen Währung genutzt**. Auf diese Weise können beide Währungsformen am effektivsten zur Schaffung eines angemessenen Lebensstils genutzt werden.« (37)

Doch Kato hat die Nützlichkeit regionaler Währungen in der Informationsgesellschaft nicht nur theoretisch nachgewiesen. Mittlerweile koordiniert er eine ganze Reihe von »Eco-Money«-Experimenten im ganzen Land. Etwa **40 Modelle unterschiedlicher Größenordnung und Ausgestaltung werden in Japan aktuell erprobt**. Diesen verschiedenen Modellen widmet sich Kapitel 9, wo das **»Experimentallabor Japan«** genauer untersucht wird. Hier soll uns einstweilen nur die Schlussfolgerung aus Katos Erfahrungen interessieren: Dass Regionalwährungen nämlich keineswegs einen Rückfall in eine primitivere Vergangenheit darstellen, wie dies einige ihrer Kritiker so leidenschaftlich behaupten. Tatsächlich sind sie ein **sinnvolles Instrument für unsere Zukunft**. Klar ist, dass einige Länder den **Zug Richtung Informationsgesellschaft** verpassen werden. Diese Staaten sind die Entwicklungsländern des 21. Jahrhunderts. Derselbe Vorgang war bereits beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft zu beobachten. Einige Länder, die im 19. Jahrhundert noch zu den hoch entwickelten zählten, verschliefen den gesellschaftlichen Wandel und rutschten im 20. Jahrhundert in die »dritte Welt« ab. An diesen Staaten sehen wir, wie schwer es ist, derartige Versäumnisse später noch aufzuholen.

Wenn wir ein bestimmtes Währungssystem einführen, entscheiden wir gleichzeitig über unsere Zukunft. Diese Tatsache hat vor etwa 100 Jahren schon Georg Simmel beschäftigt: »Bei der aktuellen Debatte um die Zukunft unseres Geldes geht es nicht etwa um Inflation oder Deflation, feste oder flexible Wechselkurse, Gold- oder Papierstandard. **Es geht letztlich um die Gesellschaft, in der dieses Geld künftig wirken soll.**« (38) ((XXX; Originalzitat muss noch eingefügt werden.))

2. Flexibilität gefragt

Im Moment herrscht Einigkeit darüber, dass wir uns mit nicht zu unterschätzender Geschwindigkeit auf ein »postindustrielles Zeitalter« zu bewegen. Darüber aber, was dies nun genau bedeutet, gehen die Meinungen schon wieder auseinander. Eines ist sicher: Der gesellschaftliche Wandel wird unser Leben rasch und in unvorhersehbarer Weise verändern. Kurz gesagt: Wir sind ins **»Zeitalter der Ungewissheit«** (39) eingetreten.

So lange wir in einer Welt lebten, die sowohl vorhersagbar als auch kontrollierbar war, hatte es durchaus Sinn, Informationen zu zentralisieren und Entscheidungen den »Sachverständigen« zu überlassen. Das Informationsmanagement wurde sinnvollerweise in hierarchische Ebenen aufgeteilt, welche die Befehls- und Kontrollfunktion ausübten. Diese Struktur ist mittlerweile durchdringt mittlerweile alle Ebenen der Gesellschaft, sodass die Vorstellung, andere Wege könnten möglicher effektiver und praktischer sein, gar nicht erst aufkommen kann.

Doch mittlerweile sind immer mehr **gesellschaftliche Subsysteme** (Regierungsgewalt, Gesundheitspolitik, Umwelt, Arbeitsmarkt, Finanzmärkte und so weiter) **von Krisen betroffen**. **Der Übergang in die Informationsgesellschaft wird tatsächlich zum »Zeitalter der Ungewissheit«**. Daher sind wir der Meinung, dass wir ernsthaft überlegen sollten, ob andere Modelle uns nicht weiter bringen. Halten wir unter diesen Umständen weiter an den alten hierarchischen und zentralistischen Strukturen fest, würden wir eben jene Neuerungen ab, mit Hilfe derer wir die veränderte Situation in den Griff bekommen würden.

Wozu regionale Währungen? (Kapitel 2)

Quelle: Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer: Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

Die folgende Tabelle veranschaulicht, was der gesellschaftliche Wandel von uns verlangt:

Alte Muster (Industriezeitalter in der Reifephase)	Neue Muster (Postindustrielles Zeitalter)
Vorhersagbarkeit und Kontrollierbarkeit werden vorausgesetzt. Wissen und Information sind zentralisiert.	Grundlegende strukturelle Veränderungen werden gefordert. Wissen und Information sind verteilt.
Experten finden Lösungen Eindimensionale Befehls- und Kontrollfunktionen herrschen vor	Neue Modelle werden von vielen Menschen erprobt. Komplexe wechselseitige Anpassungsvorgänge finden statt

((BU S. 18))

»Okay, sobald ich das Signal gebe, fangen wir an, post-industriell zu denken!«

Wenn wir die anstehenden Veränderungen betrachten, wird klar, weshalb **Universallösungen**, die für einen Staat - oder gar über die Ländergrenzen hinweg für ganz Europa bzw. die ganze Welt - gedacht sind, **nicht funktionieren können**, ob es sich dabei nun um Arbeitslosigkeit, Sozialsysteme, Bildung und Erziehung oder andere Dinge handelt. Tatsächlich deutet alles darauf hin, dass die Modelle des späten Industriezeitalters in der Zukunft immer stärker an Gültigkeit verlieren werden.

Dieser Kasten kommt doppelt vor und ist besser in Kapitel 1 (etwa S. 9)MK

Das bisher Gesagte trifft keineswegs nur auf den Wirtschafts- und Unternehmensbereich zu. Die Studien des Santa Fe Institutes in New Mexico, wo Anpassungsvorgänge in komplexen Systemen untersucht werden, beweisen, dass solche Vorgänge in allen Systemen auftreten, die einen bestimmten Grad an Komplexität aufweisen, d.h. in physikalischen ebenso wie in biologischen, in sozialen ebenso wie in ökonomischen. Die Theorie komplexer Systeme besagt, dass - konträr zur Newton'schen Logik - Komplexität nicht linear zunimmt. Ihr Wachstum verläuft vielmehr in Schüben. In solchen Wachstumszeiten nimmt der Grad an Organisiertheit ab, das System nähert sich dem Chaos, ohne jedoch ganz umzuschlagen. Diese »quasi-chaotischen« Zustände ergeben sich immer dann, wenn die Strukturen eines Systems sich auflösen, um sich auf der nächsthöheren Ebene wieder neu zu organisieren. Zumindest ist dies die Theorie von Ilya Prigogine, der den Nobelpreis für Chemie für seine Arbeiten über »irreversible Prozesse« erhalten hat. Später wandte er sich der physikalischen Statistik und der Erforschung so genannter »dissipativer Strukturen« zu. Er wies auch, dass auch in einfachen chemischen Systemen das Chaos, das entsteht, wenn sich eine Ebene auflöst, grundlegend für die Neuordnung auf der nächsthöheren Ebene ist. Wir sind davon überzeugt, dass wir den Zustand »am Rande des Chaos« bereits erreicht haben. Sobald unsere Umwelt aber in den strukturellen Wandel eingetreten ist, bleibt uns nur eine Chance: Wir müssen die Innovationskraft dessen nutzen, was zu Anfang als neue Unordnung erscheint, wenn wir mit den sich ergebenden Problemen fertig werden wollen. Mit anderen Worten: **im Problem die Chance sehen und sie ergreifen**.

Wie also sollen wir praktisch mit dem »Strukturwandel« umgehen, der in allernächster Zukunft auf uns zukommt? Wie können wir für die »Verteilung von Information« sorgen und so viel schöpferische Geister als möglich dazu ermutigen, ihre Lösungsansätze einzubringen?

Unserer Auffassung nach ist ein **größeres Maß an wirtschaftlicher Freiheit auf regionaler Ebene der beste Weg**. Und wie Toshiharu Kato richtig meint, können **solche Experimente nur mit Hilfe regionaler Währungen gelingen**.

3. Die besondere Lage Europas

Europa, der alte Kontinent, steht am Scheideweg. Es hat mit einer ungewöhnlichen Häufung von Problemen zu kämpfen, die bereits an anderer Stelle ausführlich behandelt wurden (40):

- o die zunehmende Überalterung der Gesellschaft, in welcher der Anteil der Rentner an der Gesamtbevölkerung höher steigen wird als je zuvor, was zur Folge hat, dass weder Renten noch die Kosten für die medizinische Versorgung bezahlbar sein werden;
- o eine dauerhafte Arbeitslosigkeit, die den höchsten Punkt seit 1930 erreicht hat und an der alle konventionellen Lösungsansätze scheitern; - eine dauerhafte Stagnation der Wirtschaft, die vor allem Deutschland betrifft, das am Rande einer Deflation zu stehen scheint, die durchaus japanische Ausmaße annehmen könnte.

Leider haben die europäischen Länder sich aller Mittel beraubt, um auf diese Situation reagieren zu können. Die Euro-Einführung war zwar in geopolitischer Hinsicht sinnvoll, das Timing jedoch hätte schlechter nicht sein können (41). **So hat die Euro-Einführung den Handlungsspielraum der beteiligten Länder so verkürzt, dass die Negativwirkungen sich auf verhängnisvolle Weise potenzieren:**

Wozu regionale Währungen? (Kapitel 2)

Quelle: Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer: Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

1. Jedes Euro-Mitgliedsland hat die geldpolitischen Zügel der Europäischen Zentralbank übergeben. Deren Politik ist jedoch per definitionem nicht auf die Bedürfnisse einzelner Länder, sondern auf die des gesamten Wirtschaftsraumes hin ausgerichtet.
2. Traditionell gibt es nur zwei Wege, die Wirtschaft zu stimulieren: durch Geldpolitik oder Fiskalpolitik. Die Geldpolitik senkt die Zinsen, sodass sich für Unternehmen und Einzelpersonen der Anreiz vergrößert, in neue Produktionsmittel bzw. Eigenheime oder Ähnliches zu investieren. Die Fiskalpolitik, auch als »keynesianisches Instrument« bekannt, erhöht in Zeiten mangelnden Wirtschaftswachstums die Staatsausgaben. Dies jedoch wird durch den europäischen Stabilitätspakt verhindert, der festlegt, dass kein Mitgliedsland der Eurozone pro Jahr mehr als 3 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes an Neukrediten aufnehmen darf. Diese Grenze ist dauerhaft und unverrückbar. Die meisten Euro-Länder, die dem Stabilitätspakt beigetreten sind, haben dieses Kriterium erfüllt. Damit bleibt den Regierungen aber kaum Spielraum, um durch Anhebung der Staatsausgaben die Wirtschaft anzukurbeln.
3. Die Europäische Zentralbank (EZB) muss, vor allem in den ersten fünf oder zehn Jahren ihres Bestehens, einen sehr harten geldpolitischen Kurs verfolgen. Der Vertrag von Maastricht sichert ihr völlige Unabhängigkeit von den Wünschen einzelner Regierungen und macht sie zur Hüterin der Preisstabilität. Ein starker Euro aber heißt letztlich, dass die Möglichkeiten, Probleme wie die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, beschränkt sind. Und wird die staatliche Ausgabenpolitik gelockert, so dürfte die EZB den geldpolitischen Hahn noch stärker zudrehen. »Eine expansive Haushaltspolitik sowie eine rigide geldpolitische Haltung der EZB würde die neue Währung noch mehr stärken. Dies zeigt das Beispiel der amerikanischen Federal Reserve, die in den frühen 80-er Jahren des 20. Jahrhunderts den Außenwert des Dollars kontinuierlich ansteigen ließ, während Reagan ein historisches Budgetdefizit verursachte. Auch die Bundesbank hielt die Deutsche Mark stark, während Anfang der 90-er Jahre die Kosten der deutschen Einheit ein enormes Haushaltsdefizit verursachten. **Es ist anzunehmen, dass die EZB ihre Vorbilder im Zweifelsfall noch überbieten würde.**« (42)

All dies heißt letztlich nur eines: **Die Regierungen der Euroländer stehen mit dem Rücken zur Wand und haben keine Möglichkeit, etwas dagegen zu unternehmen.** Wenn die Arbeitslosigkeit weiter steigt, werden auch die sozialen Spannungen zunehmen. Davon profitieren letztlich alle extremistischen und nationalistischen Parteien. **Für uns steht viel auf dem Spiel: der soziale Friede, die politische Ausgeglichenheit und die Legitimität des Projekts Europa.** Aber natürlich haben die traditionellen Denker neoliberaler Prägung dafür auch schon eine Lösung parat: Europa muss sich strukturell wandeln, wenn es der Arbeitslosigkeit Herr werden will. Damit ist meist eine Reihe von Maßnahmen mit einer ganz bestimmten Zielsetzung gemeint: die Abschaffung oder Lockerung des sozialen Netzes, eine spürbare Absenkung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung und ein rasantes Anwachsen der Einkommensunterschiede zwischen den reichsten fünf Prozent der Bevölkerung und dem Rest. Genau das hat sich nämlich in den USA zugetragen, wo derartige Maßnahmen in den letzten 20 Jahren umgesetzt wurden. Wir sind jedoch der Ansicht, dass Europa eine ganze Reihe von Gründen politischer, pragmatischer, historischer und ethischer Natur hat, einen anderen Weg zu suchen.

Deshalb schlagen wir vor, weniger konventionelle Mittel in Betracht zu ziehen. Eines dieser Mittel wären regionale Währungen, die neue, ungewöhnliche Lösungen für diese belastende Situation ins Spiel brächten. Sicher ist dabei nur eines: **Europa hätte sehr viel mehr Chancen mit dem Euro und einer Gruppe regionaler Währungen als mit seinen alten Nationalwährungen.**

Warum dies der Fall ist, wird jedoch erst klar, wenn wir uns ansehen, welche Rolle das Geldsystem in verschiedenen Modellen wirtschaftlicher Entwicklung spielt. Dieser »tote Winkel« in unserer Optik ist Thema des nächsten Kapitels.

./..

1 Wozu regionale Währungen? Kapitel 2 Quelle: Margrit ...

www.tauschnetz.ch/.../KennedyRegionalwaehrungenK

(Siehe Kasten). Das Prinzip der Komplementarität von Dr. Stephan Brunnhuber. (<http://www.tauschnetz.ch/Bibliothek/KennedyRegionalwaehrungenKap2.pdf>)

Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie



Muss die Wirtschaft immer weiter wachsen?

Von Niko Paech

Ein viel diskutierter, auch von Kritikern kaum bestrittener Vorteil regionaler Komplementärwährungen besteht darin, räumlich nahe gelegene Wirtschaftskreisläufe zu stimulieren. Verbunden damit sei jedoch der Nachteil, so ein zuweilen erhobener Vorwurf, dass Wachstumschancen eingebüßt würden, weil die komparativen Vorteile des überregionalen Güteraustausches unausgeschöpft blieben.[1] Dieses aus der realen Außenwirtschaftstheorie stammende Argument verinnerlicht die allbekannte Logik des expansiven Wirtschaftens. Sie ruht auf der längst fragwürdig gewordenen Prämisse, dass weiteres Wirtschaftswachstum notwendig und durchhaltbar sei. Ohne diese Grundannahme bricht die obige Kritik nicht nur zusammen, sondern verkehrt sich ins Gegenteil. Unter den Bedingungen einer Post-Wachstumsökonomie gilt eine neue Logik: Wenn keine Zuwächse mehr zu verteilen sind, bedarf es anderer Allokationsmechanismen, insbesondere „de-globalisierter“ (Bello 2005) Versorgungsstrukturen, um eine bescheidenere Ressourcenbeanspruchung mit sozialer Stabilität vereinen zu können. Genau dies leisten Regios. Im vorliegenden Artikel wird zunächst begründet, warum weiteres Wirtschaftswachstum weder erstrebenswert, noch durchhaltbar ist. So dann werden die Konturen einer Post-Wachstumsökonomie skizziert, zu deren essentiellen Bestandteilen Regios zählen, die mit einer Umlaufsicherung im Sinne „rostender Banknoten“ (Gesell 1920/1991) ausgestattet sind.

1 Das Wachstumsparadigma bröckelt

1.1 Die ökologische Entkopplung versagt auf ganzer Linie

Die Gebetsmühle vom immerwährenden, sozial notwendigen und ökologisch neutralisierbaren Wirtschaftswachstum bedient sich der Hoffnung auf eine in den Industrieländern angeblich längst einsetzende postmaterielle Epoche. Flankiert von einem Wertewandel, der mit programmatischen Begriffen wie Dienstleistungs-, Informations-, Spaß-, Freizeit-, Erlebnis-, Wissens- oder gar Sinngesellschaft assoziiert wird, soll eine technologische Transformation hin zu wissensintensiven, digitalen, folglich entmaterialisierten oder virtuellen Dienstleistungen die wachstumsgetriebene Moderne retten. Weitere Basisinnovationen wie die Solar-, Wasserstoff-, Nano- oder Gentechnik sollen die bestehende Güter und Produktionssphäre dergestalt revolutionieren, dass sie die kollabierende Biosphäre nicht länger drangsaliert. Dabei geht es um nichts weniger als die beste aller Welten, nämlich eine Immunisierung unbeschränkter Konsum und Mobilitätssteigerungen bei gleichzeitiger Wahrung der ökologischen Lebensgrundlagen.



Ohne Naturverbrauch gibt es kein Wachstum.

Indes entbehrt die Fiktion eines auf ökologischer Effizienz [2] und Konsistenz [3] beruhenden rein „qualitativen“ Wachstums – also der Entkopplung ökonomischer, in Geld gemessener Wertschöpfung von Schädigungen des Naturkapitals – zusehends jeder empirischen und theoretischen Grundlage. Besonders anschaulich wird dies anhand des Klimawandels. Trotz enormer technischer Fortschritte sowohl zur Steigerung der Energieeffizienz als auch zur Nutzung regenerativer Energiequellen nimmt die globale CO₂-Belastung rasant zu. Dies belegt u. a. die Aufsehen erregende Studie des Global Carbon Projects (2007, S. 10290; siehe insbesondere Abb. 2). Die Emissionsintensität der Wertschöpfung, an der sich die CO₂-Entkopplung messen lässt, wird hier in beide Teileffekte zerlegt, nämlich die Entwicklung des durchschnittlichen Primärenergiebedarfs einer Wertschöpfungseinheit (ökologische Effizienz) und die Entwicklung der Emissionsintensität einer Primärenergieeinheit (ökologische Konsistenz).

Auffällig ist dabei folgendes:

Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie

1.: Ein anfänglicher, ohnehin nur schwach ausgeprägter Konsistenzeffekt beginnt sich allmählich umzukehren, d. h. die durchschnittliche CO₂-Intensität einer Primärenergieeinheit steigt im globalen Durchschnitt neuerdings sogar wieder leicht an. Dies kann daran liegen, dass angesichts der Verteuerung des Rohöls die Verfeuerung von Stein und Braunkohle eine Renaissance erlebt.

2.: Die immerhin während der vergangenen zwei Jahrzehnte signifikante Steigerung der Energieeffizienz, gemessen in Primärenergieinput pro Wertschöpfungseinheit, verliert an Dynamik. Der Grund kann darin bestehen, dass die technischen Möglichkeiten einer Verringerung des Energieinputs pro Konsumaktivität nicht genutzt werden, etwa wenn anstelle einer Verkehrswende zugunsten des ÖPV das genaue Gegenteil eintritt, nämlich z. B. ein Boom sog. „SUV“ (Sport Utility Vehicle) oder ein Wachstum solcher Aktivitäten einsetzt, deren Entmaterialisierung schlicht unmöglich ist wie etwa Flugreisen.



Entmaterialisierung ist nicht möglich.

3.: Die sich aus beiden Teileffekten speisende Entkopplung, d. h. die Abnahme der CO₂-Menge pro Wertschöpfungseinheit scheint sich infolge dessen einem Minimum genähert zu haben, während sich das wirtschaftliche Wachstum – verstärkt durch die rasante Entwicklung in China und Indien – gar beschleunigt. Das Resultat ist ein dramatischer Zuwachs an CO₂-Emissionen.

4.: Auch während der vergangenen zwei Jahrzehnte, in denen der Entkopplungseffekt prägnant war, wurde dadurch die Zunahme der absoluten CO₂-Emissionen nicht erkennbar gebremst.

5.: Die auffällige Parallelität zwischen der Entwicklung des global durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens und der absoluten CO₂-Menge legt nahe, dass die Letztere fast ausschließlich vom Wirtschaftswachstum abhängt. Nicht Entkopplung, sondern weniger wirtschaftliches Wachstum wäre demnach das adäquate Mittel gegen den Klimawandel.

6.: Ein Blick auf die ebenfalls vom Global Carbon Project (2007, S.10291; siehe insbesondere Abb. 4) dargestellte geographische Verteilung der Emissionsentwicklung verrät, dass momentan alle Weltregionen – wenngleich mit unterschiedlicher Dynamik – einen Anstieg der CO₂-Emissionen verzeichnen.

Folglich findet eine Entkopplung erstens kaum statt bzw. stößt schnell an technische Grenzen und wird zweitens – sollte sie überhaupt eintreten – vom enormen Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens überkompensiert. Dies lässt sich auch anhand anderer Umweltressourcen nachzeichnen. Insoweit sich das grandiose Scheitern einer ökologischen Modernisierung durch technischen Wandel einerseits kaum noch verdrängen lässt, andererseits ein Festhalten am Expansionsdogma (noch immer) viele unterschiedliche Interessen bedient, liegt es nahe, diesen Widerspruch als eine Art „Betriebsunfall“ zu kaschieren, der keineswegs systematisch eintrete, sondern prinzipiell vermeidbar sei, wenn ... ja wenn eben nur noch mehr innovative Anstrengungen unternommen würden. Doch auch der Versuch einer theoretischen Begründung des Glaubenssatzes, dass der technisch induzierte ökologische Fortschritt bald eintreten und eine Wende zum „nachhaltigen“ Wachstum einleiten werde, mutet zusehends widersprüchlich an. Bereits Schumpeter (1934) sah im Innovationsgeschehen den Wachstumsmotor schlechthin. Davon sind auf Entmaterialisierung bzw. Ökologisierung angelegte Neuerungen, zumal Serviceinnovationen im Informations- und Kommunikationsbereich keineswegs ausgenommen.[4] Das genaue Gegenteil ist der Fall, wie Binswanger (2006, S. 237 ff.) jüngst dargelegt hat: Qualitatives und quantitatives Wachstum sind keine Alternativen, sondern bedingen und verstärken einander.



Auch "gutes" Wachstum ist Wachstum.

Aber nicht nur deshalb sind sog. „Reboundeffekte“ – dieser Sammelbegriff umfasst in etwa all jene Phänomene, die zum Fehlschlagen oder zur Wirkungslosigkeit von Entkopplungsmaßnahmen führen – kein Zufall.[5] Innerhalb eines Systems, dessen einzige Entwicklungsrichtung in der permanenten Expansion von Möglichkeiten liegt, wird selbst die Kritik an dieser „Steigerungslogik“ (Gross 1994; Schulze 2003) letztlich derselben unterworfen, also in die Notwendigkeit weiteren Wachstums transformiert. Den Gipfel erreicht diese Paradoxie dort, wo z. B. Lehner/Schmidt-Bleek (1999, S. 10) nicht davor zurückschrecken, die

Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie

negativen Folgen des Wachstums schlicht durch „problemlösendes Wachstum“ therapieren zu wollen. Demnach entspräche die Energiewende einem Wachstum an Biogasanlagen, Photovoltaikelementen, Windkraftanlagen, Passivhäusern, Energiesparbirnen, Hybridautos etc. Solange aber diese Maßnahmen erstens additiv sind und zweitens ihrerseits nie gänzlich ohne Energieinput (insbesondere eingedenk der meist unterschätzten „grauen“ oder „indirekten“ Energie) auskommen, droht ein Dilemma. Denn wenn die zur Entkopplung notwendigen neuen Objekte die bisherigen, weniger nachhaltigen Artefakte nicht ersetzen, resultiert materielles Wachstum. Wenn es hingegen zur „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter 1934), also doch zum Ersatz kommt, folgt wiederum ein Wachstum an materiellen Entsorgungsfällen und obendrein eine Entwertung der in den Objekten gebundenen Energie, die vorher zu deren Produktion aufgewandt wurde.

Und doch existiert eine einfache Lösung für dieses Dilemma: Nicht zusätzliche Hybridautos produzieren, sondern den Autoverkehr reduzieren; nicht zusätzliche Passivhäuser bauen, sondern die vorhandene Gebäudesubstanz energetisch sanieren; nicht zusätzliche Megawattstunden an Windstrom produzieren, sondern diese Strommenge schlicht einsparen etc. Erst wenn auf diese Weise eine hinreichende CO₂-Reduktion erzielt wurde, können die verbliebenen Hardwareobjekte jeweils am Ende einer nicht verlängerbaren Nutzungsdauer im Sinne „stofflicher Nullsummenspiele“ (Paech 2008, S. 159 ff.), d. h. unter Einhaltung einer Obergrenze für die Gesamtbelastung sukzessive durch ökologisch effizientere bzw. konsistentere Varianten ersetzt werden. Diese Strategie entspräche aber keiner Entkopplung, sondern der Antithese zum Wachstumsdogma.

1.2 Befunde der Glücksforschung



Weniger ist mehr - Die Glücksforschung hilft aus der Wachstumsfalle.

Wenn weiteres Wachstum schon nicht zum ökologischen Nulltarif zu haben ist, trägt es dann wenigstens zur Steigerung des subjektiven Wohlbefindens bei? Undifferenziert lässt sich diese Schlüsselfrage schon angesichts des zweiten Gossenschen Gesetzes [6] nicht beantworten. Demnach nimmt der Grenznutzen einer Konsumaktivität mit zunehmender Quantität ab. Bislang beflügelte diese mikroökonomische Beobachtung allerdings eher das Bestreben, ständig neue Steigerungen der konsumtiven Selbstentfaltungsoptionen entlang qualitativer Dimensionen zu erschließen. Die von Innovationen getriebene permanente Neuerfindung der Konsumgesellschaft schützt diese vor Sättigungserscheinungen und Langeweile. Deshalb erstreckt sich die horizontale und vertikale Expansion des Variantenreichtums auf Produkte, Services, Erlebnisse, Reiseziele, virtuelle Welten, Wellness-Konzepte, die Optimierung des eigenen Körpers oder – sollte die innovative Ideenflut ins Stocken geraten – auf inszenierte Symbol und Sinnzuweisungen, mit denen alter Wein in neuen, nunmehr kulturell aufgewerteten Schläuchen seinen Reiz entfalten kann. Dennoch sprechen viele Einwände gegen die Binsenweisheit, dass eine konsumvermittelte Steigerung des individuellen Glücks – selbstredend zugleich als Grund und Folge wirtschaftlichen Wachstums – nur eine Frage des Güterdesigns, ansonsten aber nach oben offen ist.

Die seit neuestem auch in den Wirtschaftswissenschaften viel beachtete „Glücksforschung“ führt zur Einsicht, dass eine Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens ab einem bestimmten Niveau keinen weiteren Zuwachs an Glück stiftet. Eine theoretische Begründung dieses Befundes, der sich für alle modernen Konsumgesellschaften empirisch verifizieren lässt [7], lieferte bereits Hirsch (1976/1980), der die Grundidee Veblens (1899/1986) weiter entwickelte, wonach der Konsumnutzen vieler Güter symbolischer oder demonstrativer Art ist, also auf sozialem Prestige, Distinktion oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe beruht. Derartige „positionale Güter“ sind von einem Wettbewerb geprägt, „in dem es grundsätzlich um einen höheren Platz innerhalb einer expliziten oder impliziten Hierarchie geht und somit Gewinne für einzelne nur durch die Verluste von anderen möglich sind“ (Hirsch 1976/1980, S. 84). Ein zunächst erheischter Distinktionsgewinn erodiert deshalb mit der Anzahl jener Personen innerhalb des sozialen Referenzsystems, die zunächst überflügelt wurden, aber infolge weiteren Wachstums aufholen oder gleichziehen. Bereits die Verteidigung, erst recht aber die Wiedererlangung oder gar Steigerung einer sozialen Position setzt somit ständig neue Kaufakte voraus – auch wenn die Konsumobjekte im Hinblick auf ihre physischmaterielle Funktionalität zu keiner begründbaren Verbesserung führen.

Die resultierende Dynamik ähnelt einer „Rüstungsspirale“, weil ein immer höherer Konsumaufwand vonnöten ist, um ein bestimmtes, aber keineswegs dauerhaft steigerbares Glücksempfinden zu gewährleisten. Mit jedem Wachstumsschub können bestimmte Konsumenten ihren Status verbessern. Insoweit dies

Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie

zwangsläufig zulasten der relativen Position anderer geschieht, wird weiteres Wachstum benötigt, um deren hierdurch gesteigerte Konsumnachfrage zu finanzieren. So beginnt der Zyklus von neuem...

Diese positive Rückkoppelung – Wachstum erzeugt die Notwendigkeit neuen Wachstums – hat weitere Wirkungen, insoweit die Lebenszufriedenheit auch auf zwischenmenschlichen Beziehungen, der Integrität des sozialen Umfeldes, Erfolg und Anerkennung auf Basis eigener Fähigkeiten, Stressfreiheit, Zeitwohlstand, Gesundheit, Sicherheit und einer als intakt empfundenen Umwelt gründet. Eine Glück stiftende Ausschöpfung derartiger Aspekte erfordert kein Geld, sondern Zeit. Andererseits bedeutet die Finanzierung eines immer höheren materiellen Lebensstandards eine Maximierung der Erwerbsarbeit. Folglich verbleibt weniger Zeit für bislang in Eigenarbeit ausgeführte Tätigkeiten, wie z. B. die Kindererziehung, die Pflege des Haushalts oder eines Gartens, die nun ebenfalls in Konsumakte bzw. Dienstleistungen umgewandelt und finanziert werden müssen, was abermals den Bedarf an monetär entgelteter Arbeit erhöht.



Zeit ist Geld. Und Geld braucht Zeit.

Insoweit die Auswahl an Konsumoptionen geradezu explodiert, der Tag aber nach wie vor nur 24 Stunden hat, verschärft sich dieser Konflikt. Um den einzelnen Konsumaktivitäten überhaupt Nutzen abgewinnen zu können, muss ihnen ein Minimum an Zeit gewidmet werden. Damit wird die erforderliche Zeit zu deren „konsumtiver Verarbeitung“ zum Engpassfaktor. „Wir brauchen so viele Dinge, dass wir es uns nicht leisten können, den besonderen Qualitäten jedes einzelnen viel Pflege und Aufmerksamkeit zu widmen“ (Leiss 1978, S. 54). Das „Viel-Haben tritt in Widerspruch zum Gut-Leben“ (Sachs 2002, S. 214), was erst recht für den Service und Erlebniskonsum gilt, denn „im Chaos der Angebote wird Freizeit zum Stress“ (Bolz 2003, S. 25). Auch die zur genussvollen Ausschöpfung konsumtiver Stimuli erforderliche psychische Kapazität ist nicht beliebig dehnbar, zumal sie auch von anderen Handlungen beansprucht wird. „To live well means giving things the time they deserve, be it time for children, one's spouse and lover, one's friends, or the garden“ (Segal 1999, S. Xiv).

1.3 Wachstum zwecks Armutsbekämpfung und sozialer Gerechtigkeit

Gegen die obige Argumentation ließe sich zunächst einwenden, dass sie in erster Linie dort greift, wo die materielle Existenz der meisten Menschen längst gesichert ist, während in „unterentwickelten“ Weltregionen weiteres Wachstum zwecks Armutsbekämpfung vonnöten ist. Aber eingedenk des in vielen ehemaligen Armutsökonomien beobachtbaren „Konsumentenbooms“ (Myers/Kent 2005, S. 19) stellt sich mittlerweile die Frage, **ob der Planet nicht eher ein Reichtums als ein Armutsproblem hat. Dafür spricht auch eine an nördlichen Konsumstandards orientierte und deshalb stetig nach oben korrigierte Armutsgrenze. Die EU definiert als „arm“, wer weniger als 60 % des Medianeinkommens seines Heimatlandes zur Verfügung hat. Die Weltgesundheitsorganisation WHO setzt die Grenze bei 50 %. Weiterhin wird Armut zumeist daran gemessen, über wie viel Geld, d.h. welche Konsummöglichkeiten eine Person verfügt. Die Weltbank sieht Menschen, die weniger als 1 US-Dollar (gemessen in Kaufkraftparitäten) pro Tag zur Verfügung haben, als „arm“ an.** Durch die politisch geprägte Relativierung und Monetarisierung des Armutsbegriffs wird ein unstillbarer Wachstumsautomatismus – der Logik positionaler Güter folgend! – institutionalisiert, denn die ständige Niveauerhöhung etikettiert bislang akzeptierte Lebensstandards in neue Armut um. Vor allem werden **daseinsmächtige Versorgungsmuster**, die (partiell) auf Subsistenz und marktfreien Gütern beruhen, entwertet und **als „arm“ diskreditiert**, denn sie lassen sich nicht als geldwerte Leistungen erfassen.

Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie



Höher, schneller, weiter. Auch die Armut wächst weiter.

Außerdem erweist sich die Strategie, **Armut durch Wachstum zu bekämpfen**, als ambivalent, insoweit sie eng mit den behaupteten Vorteilen des Freihandels verwoben ist. Demnach soll die Existenzsicherung in Armutsökonomien dadurch verbessert werden, dass diese sich verstärkt auf die internationale Arbeitsteilung ausrichten. Richtungsweisend wären dann nicht die inländischen Bedarfsmuster, sondern komparative Kostenvorteile, deren Realisierung Gewinne auf den Weltmärkten verspricht. Wenn die Handelsgewinne aber allein der Besserstellung einer Elite vorbehalten bleiben, kann sich die Situation der ärmsten Bevölkerungsteile im Vergleich zur Autarkielösung sogar absolut verschlechtern. Die Aussage der realen Außenwirtschaftstheorie, wonach Freihandel der Autarkielösung überlegen sei, schließt gemäß des Stolper/Samuelson-Theorems (1941) explizit ein, dass manche Branchen oder Sektoren Verluste hinnehmen. **Die „Pointe“ besteht allein darin, dass die Handelsgewinne im makroökonomischen Maßstab die Verluste übertreffen**, also das Volkseinkommen netto wächst. Folglich können **die Gewinner die Verlierer kompensieren** und dabei dennoch einen Einkommenszuwachs erzielen. Theoretisch kann diese Kompensation durch verteilungspolitische Interventionen oder dadurch erfolgen, dass die von den Verliererbranchen freigesetzten Arbeitskräfte von den prosperierenden Sektoren absorbiert werden.

Schuld daran, dass **beides systematisch fast nie stattfindet** (aus so vielen Gründen, dass deren Auflistung Buchlänge hätte) hat natürlich nicht die ökonomische Theorie, sondern die politische Praxis... Es spricht für sich, dass nun ausgerechnet Samuelson (2004) zu einem Doppelschlag gegen die von ihm selbst begründete „reine“ Lehre ausholt, indem er erstens darlegt, dass unter den Bedingungen der Globalisierung schon die Erzielung von Nettogewinnen durch Freihandel scheitern kann und zweitens bezweifelt, dass dort, wo dies eintritt, eine Kompensation der unvermeidlichen Verlierer des Freihandels stattfindet. [8] Hinzu kommt ein struktureller Effekt, denn mit der überregionalen Arbeitsteilung tritt an die Stelle einer stabilen Selbstversorgung die schicksalhafte Abhängigkeit von einer unkontrollierbaren Marktdynamik. Dies lässt sich anhand einer simplen Darstellung (Abb. 1) erläutern. Hier wird grob vereinfacht zwischen essentiellen und sonstigen Gütern unterschieden. In einer Autarkiesituation (Punkt 1) produzieren die betrachteten Akteure alle benötigten Güter selbst, deren Verfügbarkeit damit unabhängig von Preisverhältnissen und monetärem Einkommen ist. Ausgehend von einer vorhandenen Ressourcenausstattung und Technologie ergibt sich eine Produktionsmöglichkeitenkurve, auf der jener Punkt realisiert wird, in dem sich die höchste Indifferenzkurve, d.h. der höchste Nutzen erreichen lässt.



Das Kapital agiert schon lange global. Aber zu wessen Nutzen?

Um nun die Vorteile des überregionalen Handels auszuschöpfen, bedarf es der Einführung eines Zahlungsmittels, um den Güteraustausch zu einem bestimmten Preisverhältnis effizient abwickeln zu können. In Abb. 1 entspricht das Austauschverhältnis der mit Preisen bewerteten Güter einer fallenden Gerade, die zugleich der Budgetrestriktion entspricht. **Die Realisierung von Handelsgewinnen bedeutet, dass im Gegensatz zur Autarkie Produktion und Konsum nicht mehr identisch sind.** Im obigen Beispiel lohnt es sich, die Produktion zum Punkt 2 zu verlagern, d. h. es werden weniger essentielle Güter, dafür aber mehr andere Güter für den Export erzeugt werden. Die hierdurch ermöglichte Konsummenge liegt im Punkt 3 und bedeutet eine eindeutige Zunahme des materiellen Wohlstandes. Diese Spezialisierung hat zur Folge, dass die eigene Produktion an essentiellen Gütern nicht nur geringer als die Konsummenge ist, also

Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie

auf Importen beruht, sondern auch geringer als die zur materiellen Existenzsicherung mindestens erforderlichen Menge.

Wenn sich aufgrund unvorhersehbarer Marktentwicklungen – etwa infolge der Nachfrage nach Bioenergie – ein anderes Preisverhältnis bildet, etwa dergestalt, dass sich die essentiellen relativ zu den anderen Gütern verteuern, ergibt sich eine steilere Budgetlinie. Der bisherige Konsumpunkt ist nicht mehr erreichbar. Mehr noch: Das Maximum an essentiellen Gütern, welches finanziert werden kann, wenn die gesamten Exporterlöse dazu aufgewandt werden, liegt unterhalb der zur Existenzsicherung mindestens erforderlichen Menge. **Eine Rückkehr zur autarken Produktionsstruktur ist in aller Regel unmöglich, weil der Übergang zur Freihandelslösung das Resultat eines tief greifenden Strukturwandels ist.** Um entlang der Produktionsmöglichkeitenkurve vom Punkt 1 zum Punkt 2 zu gelangen, werden nicht nur neue Industrien, Produktionsstätten und Infrastrukturen geschaffen, sondern bisherige Versorgungsmuster zerstört: Menschen verlassen soziale Netzwerke, geben bislang bewirtschaftete Flächen auf, entwickeln höhere Konsumansprüche, verlernen Praktiken der Selbstversorgung und erwerben stattdessen Qualifikationen, die zur spezialisierten Erwerbsarbeit befähigen und mit einem urbanen Lebensstil einhergehen. Dieser Wandel ist kurzfristig unumkehrbar, weil ihm nicht nur eine produktionstechnische, sondern infrastrukturelle, soziale und kulturelle Transformation zugrunde liegt.

Folglich wird die verlockende **Chance auf Zuwächse an materiellem Reichtum**, den ein konsumtiver und zugleich auf spezialisierter Erwerbsarbeit beruhender Lebensstil verheißt, mit einer **beträchtlichen sozialen Fallhöhe erkaufte**. Demgegenüber gewährleisteten partiell auf Eigenarbeit und lokalen Austauschbeziehungen beruhende Versorgungsmuster zwar einen bescheideneren Güterwohlstand, sind aber von zunehmend komplexeren, globalisierten und deshalb „**ferngesteuerten**“ **Wertschöpfungsketten abgekoppelt**. Sen (1982) hat anhand des Verlaufs vergangener Hungersnöte dargelegt, dass Individuen, die ihre Fähigkeit zur (wenigstens partiellen) Selbstversorgung zugunsten einer monetär entgoltenen Erwerbsarbeit aufgeben, selbst dann in bedrohliche Not geraten können, wenn in der betreffenden Region genug Güter vorhanden sind, um alle Bewohner zu versorgen. **Geld basierte Fremdversorgung impliziert, dass der Anspruch („Entitlement“) auf Güter allein von der Kaufkraft des monetären Einkommens abhängt.** Sowohl Preiserhöhungen als auch Einkommensenkungen können jeweils ceteris paribus die Kaufkraft unter eine Grenze senken, die Sen (1982, S. 47) als „starvation set“ bezeichnet: Das Maximum an Gütern, welches sich ein Konsument auf Basis seines Geldeinkommens und des aktuellen Preisniveaus leisten kann, reicht nicht zur Existenzsicherung.



Wann ist Schluss? Was kommt dann?

Dies trifft in der Bundesrepublik auf arbeitslose Personen zu, die erstens kein hinreichendes Vermögen besitzen, um damit die Einkommenslücke zu schließen, und die zweitens weder über Subsistenzpotenziale (eigener Garten, handwerkliche Fähigkeiten etc.) verfügen, noch in soziale Netze der nichtmonetären Nahversorgung (Nachbarschaftshilfe, Tauschringe, Community Gardens etc.) eingebunden sind. Allein staatliche Transferzahlungen verhindern ein Absinken in das starvation set. Wenn allerdings zukünftig infolge der sich immer deutlicher abzeichnenden Rohstoffkrise keine Wachstumsraten mehr möglich sind, kommt es auf doppelte Weise zur Eruption des fragilen Fremdversorgungssystems: Es steigt die Anzahl jener, deren Abgleiten in das starvation set nur durch externe Einkommenstransfers verhindert werden kann; zugleich schmälert aber dieselbe Ursache die ökonomische Basis für die nun verstärkt erforderliche Transferleistung. Damit setzt ein sich selbst verstärkender Abwärtsmechanismus ein. Um die latente Angst [9] vor derlei Szenarien zu verarbeiten, wird gemäß obiger Logik die Flucht nach vorn angetreten, d.h. der Wachstumskurs wird intensiviert. Angesichts der internationalen Konkurrenz, die durch sog. „Aufsteignationen“ wie Indien, China etc. verschärft wird, erfordert dies eine noch stärkere Spezialisierung und Innovationsorientierung. Weiterhin müssen die damit wachsenden Gütermengen konsumiert werden. Deshalb sorgen neue Produktdesigns, Komfortsteigerungen, Marketingstrategien und entsprechende Inszenierungen für die Steigerung und räumliche Verbreitung eines konsumtiven, also fremdversorgten und zunehmend geldabhängigen Lebensstils. Aber je teurer (notwendiges Einkommen) und energieaufwändiger (materielle Basis zur Produktion) die Aufrechterhaltung dieser Existenzform wird, umso näher rückt eine unausweichliche Eskalation: Einerseits ist das System auf Gedeih und Verderb von Wachstum abhängig, andererseits beraubt sich das Wachstum, weil es nicht von Energie und anderen Ressourcenverbräuchen entkoppelt werden kann, seiner materiellen Basis.

2 Die PostWachstumsökonomie als einzige Alternative

Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie

Der Ausstieg aus einer auf Konsum und damit Geldabhängigkeit beruhenden Wachstumsdynamik bedeutet weder ein Zurück in die Steinzeit, noch eine ersatzlose Abschaffung der mit produktionstechnischer Spezialisierung gekoppelten Geldwirtschaft.

2.1 Zwischen Selbst und Fremdversorgung



Regiogeld fördert die Selbstversorgung.

Globalisierungsoffer kann letztlich nur werden, wer sich aufgrund eines hohen Fremdversorgungsgrades in die Abhängigkeit von einer Geld speienden Wachstumsmaschine begibt. Das von Technik und ökonomischer Expansionstrans portierte Modernisierungsversprechen, nämlich die Befreiung von Fremdbestimmung und schicksalhafter Ausgeliefertsein mutiert längst zur Karikatur seiner selbst, wenn Individuen

- infolge von Zeitnot und einer ausschließlich konsum- und industriekonformen Qualifikation nicht mehr in der Lage sind, jenseits der spezialisierten Erwerbsarbeit eigenhändig, manuell und handwerklich zur Existenzsicherung beizutragen,

- jedes Bedürfnis zu einem stetig gesteigerten Konsumbedarf ausformen, sich in einer aus Konsumkrücken, Komfort generierenden Energiesklaven und Dienstleistungen bestehenden Eigentums- und Infrastruktur einrichten.

Die Antithese dazu entspräche einer tendenziellen Wiedererlangung dessen, was Gronemeyer (1988) als „Daseinsmächtigkeit“ bezeichnet. Gemeint ist das sich ergänzende Zusammenspiel zweier Eigenschaften: Eine genügsame Anpassung von Ansprüchen (Suffizienz) an die Möglichkeiten, welche sich aus eigenen Fertigkeiten und Fähigkeiten oder den nahe gelegenen, nicht vermehrbaren Optionen und Ressourcen speisen (Fähigkeit zur Selbstversorgung), kurz: das „Zuhandene zum Hinreichenden“ (Gronemeyer 1988, S. 147) werden zu lassen. Dies impliziert weder Askese noch ausschließliche Subsistenz.

1. **„Entrümpelung“ und Entschleunigung:** Wer an materiellem Wohlstand und Optionenvielfalt zu ersticken droht, verzichtet nicht, sondern befreit sich von Überflüssigem. Sich klug jenes Ballasts zu entledigen, der viel Zeit, Geld, Raum und ökologische Ressourcen kostet, aber nur minimalen Nutzen stiftet, bedeutet zugleich mehr Unabhängigkeit vom volatilen Marktgeschehen, von Geld und Erwerbsarbeit, also auch Stressfreiheit.

2. **Neujustierung der Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung:** Die sowohl räumliche als auch technische Distanz zwischen Verbrauch und Produktion zu verringern, heißt nicht zwangsläufig Konsumverzicht, sondern die Fremdversorgung erstens graduell und zweitens punktuell aufzuheben. Zwischen den Extrema der Subsistenz und des Konsums von Produkten, die globalisierten Wertschöpfungsketten entstammen, existiert ein nahezu stetiges Kontinuum unterschiedlicher Fremdversorgungsgrade.

Dabei kommt regionalen Komplementärwährungen die Rolle zu, das Spektrum der Versorgungssysteme an entscheidender Stelle zu vervollständigen. Während reine Subsistenzformen zumindest unter den gegenwärtigen Umständen – **speziell infolge eines Bildungssystems, das jede Befähigung dazu systematisch zerstört** – von begrenzter Praktikabilität und Effizienz sind, wäre der auf globaler Arbeitsteilung beruhende Konsum aus den vorgenannten Gründen eher als Restgröße zu betrachten, dessen Reduktion (wenn gleich nicht Abschaffung) anzustreben ist. Als pragmatischer Mittelweg verbinden Regios Spezialisierungsvorteile, die sich nur mittels eines effizienten Zahlungsmittels abschöpfen lassen. Gleichzeitig erfolgt dies durch die Konzentration auf einen regionalen Kontext weitgehend deglobalisiert, also zugleich ökologieverträglicher und sozial stabiler. Der letztgenannte Aspekt verdient besondere Aufmerksamkeit. **Indem Regios Kaufkraft von den globalisierten Märkten auf die örtliche Ökonomie lenken, wird die lokale Arbeitsnachfrage gestärkt.** Komplementärwährungen befördern auch den Austausch von Produkten, Leistungen und Arbeitsangeboten, die auf kommerziellen Märkten nicht gehandelt werden. Sie erweitern damit jene Wirkung, die von Tauschringen angestrebt wird: Personen, deren Fähigkeiten andernfalls nicht nachgefragt werden, erhalten die Chance, sich zumindest teilweise über Regiokreisläufe zu versorgen.

2.2 Minderung systemimmanenter Wachstumszwänge

Geld als Zahlungsmittel ermöglicht den **Übergang von einer Subsistenzwirtschaft** im Sinne der aristotelischen „Oikonomike“ **zu einer arbeitsteiligen Wirtschaft.** Der Vorteil des Geldes besteht darin, dass nicht der Tauschpartner gefunden werden muss, der das Gut besitzt, das man begehrt und gleichzeitig

Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie

das Gut begehrt, das man selber zum Tausch anbieten kann. Dies setzt voraus, dass zwischen der Einnahme von Geld und der Ausgabe von Geld Zeit vergeht. Ein Wesenszug des modernen Wirtschaftens, das die Effizienzvorteile der Spezialisierung abschöpft, besteht deshalb in der Notwendigkeit des Investierens. Benötigt wird ein Vorschuss an Geld, das zur Finanzierung der Inputfaktoren vor Aufnahme der Produktion dient. Kapital wird damit zum „Promotionsfaktor“ (Binswanger 2006, 72) der Arbeitsteilung, wobei es sich um Fremd- oder Eigenkapital handeln kann. Für die Entleihung des Ersteren ist ein Zins zu entrichten; der Einsatz des Letzteren setzt die Ausschüttung einer Eigenkapitalrendite voraus.

Investitionen, die heute getätigt werden, erhöhen sofort das Einkommen der Haushalte. Aber die aus der Investition resultierende Produktionsmenge kann erst später, also in der Folgeperiode abgesetzt werden. „Die Haushalte kaufen daher heute die Produktion von gestern. Auf diese Weise geht die Steigerung der Nachfrage der Steigerung des Angebots voraus“ (Binswanger 2006, S. 312). **Der Einkommenseffekt setzt also vor dem Kapazitätseffekt ein.** Wenn einerseits die Ausgaben den Einnahmen vorausseilen, aber andererseits sich beides in Form von Geldzahlungen äußert, kann deren Differenz – also der Gewinn – nur positiv sein, wenn die Zahlungslücke auf der Nachfrageseite durch zusätzliche Nettoinvestitionen ausgeglichen wird, die das entsprechende Einkommen schaffen. Es lässt sich zeigen, dass bereits aus diesem Sachverhalt ein linearer Wachstumsdruck resultiert.



Eine Reform des Geldsystems mildert den Wachstumszwang.

Wird realistischerweise angenommen, dass die periodisch zu steigernden zusätzlichen Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden, für das Zinsen zu entrichten sind, ist sogar exponentielles Wachstum vonnöten, denn die steigenden Investitionen müssen nun neben dem Einkommen zur Finanzierung der erhöhten Produktion die sukzessive steigende Zinssumme abdecken. Um den hieraus resultierenden Wachstumsdruck zu mildern, sind verschiedene Ansatzpunkte denkbar, die sich ergänzen:[10]

Mit abnehmender Distanz zwischen Verbrauch und Produktion sinken auch die Anzahl spezialisierter Fertigungsstufen und damit das Ausmaß an notwendigen Investitionen entlang der Wertschöpfungskette. **Eine möglichst regionale und auf Selbstversorgung basierende Wirtschaft ist weniger kapitalintensiv.**

- **Der Wachstumszwang sinkt mit der Höhe des erforderlichen Gewinns.** Damit zeigt sich ein weiterer Nachhaltigkeitsvorteil tendenziell entkommerzialisierter Ökonomien.

- Eine Reform oder Ergänzung des herrschenden Geldsystems könnte den Wachstumszwang mildern, wenn **anstelle des Zinses eine alternative Form der Umlaufsicherung** gewählt wird.

Dem letztgenannten Aspekt tragen regionale Komplementärwährungen Rechnung, die als „**Schwundgeld**“ konzipiert sind.

3 Fazit

Regios tragen mehrfach zur einzig denkbaren wirtschaftlichen Entwicklung bei, die als nachhaltig bezeichnet werden kann, nämlich einer **Post-Wachstumsökonomie**. Sie sind ein hervorragendes Instrument zur (Re-)Aktivierung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die eine sinnvolle Kombination zwischen der moderaten Nutzung von Spezialisierungsvorteilen einerseits und einer Abkopplung von der wachstumsabhängigen Globalisierungsdynamik andererseits ermöglichen. Zudem erlauben sie, suffiziente Lebensstile mit einem Höchstmaß an sozialer Stabilität zu vereinen. Wenn sie außerdem mit einer Umlaufsicherung im Sinne „rostender Banknoten“ versehen sind, mindern sie zugleich die vom herrschenden Zinssystem induzierten Wachstumszwänge.

Literatur

- Bello, W. (2005): De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung, Hamburg.
- Binswanger, H. C. (2006): Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktes, Marburg.
- Bolz, N. (2003): Time is on my side – Wie wir zwischen Eigenzeit und Weltzeit oszillieren, in: Steinle, A./Wippermann, P. (Hrsg.): Trends 2004. Arbeit – Freizeit – Eigenzeit, München.
- Braungart, M./McDonough, W. (2003): Einfach intelligent pro-duzieren, Berlin.
- Gesell, S. (1920/1991): Die natürliche Wirtschaftsordnung, in: Gesammelte Werke Band 11, Lütjenburg.
- Gossen, H. H. (1854): Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, Braunschweig.
- Gronemeyer, M. (1988): Die Macht der Bedürfnisse, Reinbek.

Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie

- Gross, P. (1994): Die Multioptionsgesellschaft, Frankfurt a. M.
- Hirsch, F. (1976/1980): Social Limits to Growth, Cambridge (erschienen in deutscher Übersetzung als „Die sozialen Grenzen des Wachstums“ im Jahr 1980, Reinbek).
- Huber, J. (1995): Nachhaltige Entwicklung, Berlin.
- Layard, R. (2005): Die glückliche Gesellschaft, Frankfurt a.M.
- Leiss, W. (1978): The Limits to Satisfaction, London.
- Myers, N./Kent, J. (2005): Die neuen Konsumenten in Entwicklungs- und Transformationsländern und der Einfluss ihres Wohlstands auf die Umwelt, in: Natur und Kultur, 6/1, 3-22.
- Paech, N. (2005a): Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung: Hat sich die Wachstumsfrage erledigt?, in: Natur und Kultur 6/1, S. 52-72.
- Paech, N. (2005b): Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie, Marburg.
- Paech, N. (2007a): Angst essen (ökologische) Seele auf, in: Lang, E./Busch-Lüty, C./Kopfmüller, J. (Hrsg.): Wiedervorlage dringend. Ansätze für eine Ökonomie der Nachhaltigkeit, München, S. 227-229.
- Paech, N. (2007b): Woher kommt der Wachstumszwang?, in: Gaia 16/4, S. 299-300.
- Paech, N. (2008): Innovationsstrategien auf Basis stofflicher Nullsummenspiele als Beitrag zur Corporate Social Responsibility, in: Müller, M./Schaltegger, S. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility – Trend oder Modeerscheinung?, München, S. 159-173.
- Raupach, M. R./Marland, G./Ciais, P./Quere, C. L./Canadell, G.C./Klepper, G./Field, C. B. (2007): Global and Regional Drivers of Accelerating CO2 Emissions, in: Proceedings of The National Academy of Sciences of the USA, S. 10288-10293.
- Rösl, G. (2008): Schwachpunkte der Freigeldlehre und der Regionalgeldmodelle, in: Weis, M./Spitzek, H. (Hrsg.): Der Geldkomplex, Bern/Stuttgart/Wien, S. 242-257.
- Sachs, W. (2002): Nach uns die Zukunft, Frankfurt a.M.
- Samuelson, P. A. (2004): Where Ricardo and Mill Rebut and Confirm Arguments of Mainstream Economists Supporting Globalization, in: The Journal of Economic Perspectives 18/3, S. 135-146.
- Scheer, H. (1999): Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne, München.
- Segal, J. (1999): Graceful Simplicity, New York.
- Schulze, G. (2003): Die Beste aller Welten, München/Wien.
- Schumpeter, J. A. (1934): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 4. Aufl., Berlin.
- Sen, A. (1982): Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation, Oxford.
- Stolper, W. F./Samuelson, P. A. (1941): Protection and Real Wages, in: Review of Economic Studies, 9, S. 58-73.
- Veblen, T. (1899/1986): Theorie der feinen Leute, Frankfurt a.M.

Anmerkungen

[1] Vgl. Rösl (2007, S. 254 f.).

[2] Damit ist gemeint, die Quantität an ökologisch relevanten Ressourcen zu reduzieren, die als Input für ein bestimmtes Ergebnis dienen. So kann z. B. durch Energiesparbirnen der benötigte Strom für eine bestimmte Beleuchtung oder durch Car-sharing die Menge an Autos zur Bewältigung einer bestimmten Mobilitätsleistung reduziert werden. Weitere Beispiele finden sich u. a. bei Schmidt-Bleek (2007).

[3] Damit ist gemeint, die Qualität der verwendeten Ressourcendergestalt zu verändern, dass auch ohne Einsparung möglichst kein ökologischer Schaden entsteht. So kann z. B. Ökostrom für die Beleuchtung oder Biosprit für den PKW verwendet werden, um ohne Verbrauchsreduktion dennoch keine CO2-Emissionen zu verursachen. Weitere Beispiele finden sich u. a. bei Huber (1995), Scheer (1999) oder Braungart/McDonough (2003).

[4] Vgl. Paech (2005a, b)

[5] Vgl. Paech (2005a, b)

[6] Vgl. Gossen (1854).

[7] Vgl. z. B. Layard (2005).

[8] Die zweite Aussage ist nicht direkt in dem hier zitierten Artikel, wohl aber in etlichen aktuellen Interviews (FAZ, Spiegel, ZEIT) nachzulesen.

[9] Zur Frage, inwieweit Angst zum Treiber für eine expansive wirtschaftliche Entwicklung wird vgl. Paech (2007a).

[10] Vgl. Paech (2007b).

Dieser Artikel erschien zuerst in der [Zeitschrift für Sozialökonomie](#), 158/159. Folge, Okt. 2008

Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie



Niko Paech

Der Autor

Niko Paech ist Professor für Produktion und Umwelt an der Uni Oldenburg mit den Forschungsschwerpunkten Umweltökonomik und Nachhaltigkeitsforschung. Er hat viele wichtige Beiträge zum Thema Postwachstumsökonomie verfasst und bekam 2006 den Kapp-Forschungspreises für Ökologische Ökonomie.

<http://www.regio-berlin.de/pages/public/portal/postwachstum.html>

FREDMUND MALIK

17.01.2011

„Der Gewinn hat als Steuerungsgröße ausgedient“

Fredmund Malik ist einer der erfolgreichsten Management-Berater. Seine Bücher sind Bestseller und seine Seminare ausgebucht. Ab heute steht Maliks neues Werk "Strategie - Navigieren in der Komplexität der neuen Welt" beim Buchhändler. Im Gespräch mit Handelsblatt Online definiert Malik die notwendigen Veränderungen, die der Wirtschaft bevorstehen und was das für Manager bedeutet.

von Thorsten Giersch



Herr Malik, uns steht eine große Revolution ins Haus. Sie nennen sie die "Transformation 21". Was haben wir zu erwarten?

Wir stehen mitten in einer der geschichtlich größten Umwandlungen von Wirtschaft und Gesellschaft, an deren Ende eine neue Demokratie stehen wird. Es ist der Übergang von einer Alten Welt zu einer Neuen Welt. Das geht nicht reibungslos. Die Krise sind die Geburtswehen der Neuen Welt. Im Zuge dieser Transformation wird sich weltweit fast alles ändern, was Menschen tun, wie sie es tun und warum sie es tun, und auch ihr Verständnis wer sie sind. Es entstehen neue Gesellschaftsstrukturen, neue Machtverhältnisse, ein neues Wirtschaften und neue Arbeits- und Lebensformen.

Mit welchen Folgen?

Das Finanzsystem in seiner heutigen Form wird verschwinden. So gut wie alle öffentlichen Systeme werden grundlegend um- und neugebaut werden müssen, seien es Bildungs- und Gesundheitswesen, die Sozialsysteme oder Verwaltung und Regierung. Besonders tiefgreifend müssen sich unsere Verfahren des Problemlösens, Entscheidens und Umsetzens auf allen Gesellschaftsebenen verändern, weil diese so wichtigen Systeme durch die heutige Komplexität am meisten gefordert und überfordert sind. Die herkömmlichen Methoden haben ihre Problemlösungskraft weitgehend verloren. Wir müssen die Demokratie neu erfinden. Die Lösungen für all das gibt es bereits, aber sie sind den meisten Entscheidern noch nicht bekannt.

Aber solche Phasen gab es doch schon. Wiederholt sich Wirtschaftsgeschichte?

Solche Transformationen sind bisher etwa alle 200 Jahre vorgekommen. In der jüngeren Geschichte eine erste im 13. Jahrhundert als etwa die Gotik und die moderne Stadt entstanden. Dann zwischen 1455 und 1517 mit der Erfindung des Buchdruckes, der Entdeckung Amerikas und der Renaissance; und schließlich ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit der beginnenden Industrialisierung, der amerikanischen Verfassung, den Kriegen Napoleons und schließlich dem Zusammenbrechen des Feudalismus. Jeweils ist eine neue Zivilisation entstanden. Immer wieder ist es dabei auch zu tiefgreifenden Wirtschaftskrisen und -zusammenbrüchen gekommen.

Gibt es Parallelen zur heutigen Situation?

Die Bedingungen dafür sind erfüllt, dass sich eine Depression wie in den 1930er-Jahren wiederholt, aber es muss diesmal keineswegs so sein. Denn erstmals gibt es neue Lösungen für das Umgehen mit solchen Problemen. Wie es wirklich kommt, hängt daher diesmal weit weniger von der Wirtschaftspolitik ab, sondern von einem neuen Funktionieren der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationsformen, also für ein neues Funktionieren unter den heutigen Bedingungen größter Komplexität und der Dynamik global vernetzter Systeme. Was früher eine Revolution durch Maschinen war, ist diesmal eine Revolution durch Organisation.

Haben wir das Schlimmste hinter uns oder stehen uns die größten Turbulenzen noch bevor?

Die größten Schwierigkeiten stehen noch bevor und mit den konventionellen Denkweisen werden sie nicht bewältigt werden können. Die bisherigen Maßnahmen zur Lösung finanziellen Seite der Krise haben zwar Zeitgewinn gebracht, und eine partielle Erholung, aber so gut wie keine der Krisen-Ursachen wurde dadurch beseitigt. Mit den gigantischen Finanzmitteln hat man im Gegenteil die alten Strukturen zementiert, statt die nötigen Veränderungen herbeizuführen. Wenn weiterhin herkömmliche ökonomische Denkweisen, Management- und Regierungsmethoden angewandt werden, wird es zu einer der größten Deflationen und Wirtschaftsdepressionen kommen, zur Verarmung weiter Teile des Mittelstandes, zu Massenarbeitslosigkeit, Unternehmensbankrotten, reihenweisen Bankenzusammenbrüchen und zu zahlreichen Staats-Bankrotten. Es wird auch zu soziale Unruhen und zur Radikalisierung großer Bevölkerungsgruppen kommen.

Wenn sich etwas "fundamental" und "radikal" ändern muss, wie Sie schreiben, scheint ja derzeit etwas schiefzulaufen. Was machen Manager verkehrt?

Manager brauchen neue Frühwarn-, Navigations- und Informationssysteme, die meisten Strategien müssen neu ausgerichtet oder zumindest geprüft werden und so gut wie alle Organisationen müssen viel schneller und aktionsfähiger werden. Sie brauchen Beschleunigersysteme und Real Time Steuerung.

Sie sind kein Freund des Shareholder-Value-Prinzips, oder?

Die angelsächsische Corporate Governance ist eine wirtschaftliche Zerstörungsmaschine und wir haben sie in wichtigen Bereichen unkritisch übernommen. Das Shareholder Value Prinzip ist die entscheidendste, bisher unerkannt gebliebene Ursache der Krise und deswegen muss sie rasch und kompromisslos beseitigt werden.

Wo liegt der Fehler im System?

Das Shareholderprinzip hat die geschichtlich größte Fehlleitung der Unternehmensführung verursacht und die tiefgreifendste Fehlsteuerung von wirtschaftlichen Ressourcen. Es hat auch zur weitgehenden Verrottung etwa der amerikanischen Realwirtschaft und Infrastruktur geführt und zum riskantesten Finanzsystem aller Zeiten. Die Shareholder Orientierung verhindert Investitionen und Innovationen und das schädigt gerade die Shareholder. Mit innerer Zwangsläufigkeit hat das Shareholderprinzip zu einer exzessiven Geldgetriebenheit geführt, zu Bonussystemen mit falschen Anreizen sowie zu den Kollapsen an den Finanzmärkten, wodurch zuvorderst die Shareholder massiv Geld verloren haben.

Welche Rolle spielt die Ausbildung an den Universitäten? Sie waren selbst Professor in St. Gallen.

Insbesondere Betriebswirtschaftslehre und Ökonomie stehen vor ihren größten Reformen - und diese sind rasch nötig, am besten schon für das nächste Semester. Insoweit man die Kraft dafür aufbringt, werden sie zur Bewältigung der Krise beitragen, ansonsten verschärfen und verlängern sie aber das Debakel.

Die universitäre Ausbildung ist die geistige Wiege der tiefgreifenden Fehlentwicklungen und gehört somit zu

den Haupttreibern der Krise. Insbesondere die verbreiteten US-imitierenden MBA-Ausbildungsprogramme vermitteln eine heute veraltete Denkweise aus dem vorigen Jahrhundert und ein Wirtschaftsbild, das in seiner Logik etwa dem geozentrischen Weltbild vor Kopernikus entspricht. Aber auch die ökonomischen Mainstreamtheorien sind etwa damit vergleichbar. Meine akademische Lehrtätigkeit habe ich deshalb seit längerem aufgegeben, damit ich umso mehr Zeit für die direkte Ausbildung von Führungskräften in der Praxis. Daher konnten wir die Programme entwickeln, die das jetzt nötige Umlernen erleichtern und beschleunigen, denn dieser Bedarf ist enorm.

Wenn der Gewinn nicht mehr Lenkungsgröße sein soll und Sie Wachstumsvorgaben auch ablehnen - was bleibt denn dann?

Gewinn- und Wachstum sind wichtig, aber sie genügen bei weitem nicht, insbesondere in Zeiten so großer Veränderungen. Sie sind keine originären Ziele, sondern die Folge von ganz anderen, weit in die Zukunft reichenden Zielen. Verwendet man nur diese beiden Steuerungsgrößen, kommt es zu einer systematischen Fehlsteuerung, die so lange unerkannt bleiben kann, bis es zu Krisen kommt. Nachhaltig funktionierende Unternehmensführung braucht daher die weit darüber hinausgehenden Navigationssysteme, die ich in meinem neuen Buch vorstelle.

Von Dreijahres-Plänen oder Fünfjahres-Sparprogrammen halten Sie nichts?

Solche Programme führen fast immer zu unvermeidbarer Fehlsteuerung. Sie entsprechen etwa der Navigation mit dem Sextanten der mittelalterlichen Schifffahrt. Man braucht aber zum Glück solche willkürlich fixierten Zeitschubladen nicht mehr, weil es inzwischen viel bessere, flexible Methoden gibt. Die Zukunft ist offen und daher müssen die Planungssysteme ebenfalls offen sein. In immer mehr Industrien muss man entwicklungs- und technologiebedingt zehn, 20 und mehr Jahre überblicken. Bildlich gesprochen braucht man dafür das Pendant der modernen Satellitennavigation. Daher sind auch die von den Ökonomen so vielgerühmten Marktinformationen so gut wie unbrauchbar gerade für die bedeutendsten Entscheidungen der Unternehmensspitze.

Die Gesellschaft kann doppelt so gut funktionieren für die Hälfte des Geldes, steht gleich im Vorwort. Wie denn?

Durch gänzlich neue Organisationsformen, die zum Teil durch die phantastischen Funktionsweisen der Natur inspiriert sind und durch die neuen kybernetische Lenkungsmethoden. Außerdem durch die innovativen ganzheitlichen Managementsysteme, die die Unternehmensspitze genau so unterstützen, wie im modernen Auto die High Tech-Driver-Assistent Systeme dem Fahrer helfen. Damit wird auch größte Komplexität beherrschbar. Mit den neuen Methoden kann man dies alles zum Glück fast mit Lichtgeschwindigkeit einführen und zum Funktionieren bringen, weil die gesamte Logik und Methodik von Corporate Change damit revolutioniert wird. "Freude am Funktionieren" kann das neue Motto für das Topmanagement sein.

Wenn Sie von Unternehmensstrategie sprechen: Wie definieren Sie eigentlich Strategie?

Strategie ist richtiges Handeln wenn wir nicht wissen, wie die Zukunft sein wird. Würden wir sie kennen, wären keine Strategien nötig, sondern dann würden logisch abgeleitete Pläne genügen.

Management ist also kein linearer Prozess?

Management ist ein kybernetisch-evolutionärer Kreislauf-Prozess der kontrollierten Selbstorganisation und Selbstregulierung. Damit kann auch höchste Komplexität und Dynamik zuverlässig gemeistert werden.

Fehler gehören zum Leben dazu. Aber wo liegt der Unterschied zwischen gewöhnlichen und strategischen Fehlern?

Gewöhnliche Fehler kann man rechtzeitig entdecken und daher meistens wirksam korrigieren. Strategische Fehler hingegen sind irreversibel, unter anderem deswegen, weil man sie mit den herkömmlichen Mitteln viel zu spät entdeckt. Es ist mit ihnen wie bei vielen Krebserkrankungen: Wenn es weh tut, ist es zu spät. Insbesondere sind die heute dominierenden Instrumente des Finanz- und Rechnungswesen von ihrer "Bauweise" her für Strategiefehler blind, denn sie wurden für die operative Führung erfunden.

Sie schreiben: "Strategieplanung muss so aufgebaut sein, dass sie gar nicht von der Genauigkeit der Daten abhängt." Warum?

Weil man die wirklich entscheidenden Strategiedaten gar nicht präzise kennen kann, denn dazu sind die Wirtschaftsbedingungen viel zu komplex. Strategien müssen daher robust sein gegen Datenfehler. Aber darüber weit hinaus sind für Strategien in Wahrheit nicht Daten sondern Muster wichtig, nämlich die Verlaufsmuster bestimmter Prozesse, z. b. von Innovations- und Substitutionsprozessen, von Wertewandel und generell von großen Umwandlungen, wie wir sie erleben. Über diese kann es naturgemäß noch kaum Daten geben, aber dennoch muss man handeln. Wenn man die Daten dann später kennen kann, ist es für die Entscheidungen häufig bereits zu spät. Höheres Management ist also das Entdecken und Erkennen von Mustern, insbesondere Muster des Wandels.

Sie haben jahrelange Erfahrung als Unternehmensberater und beschreiben in Ihrem Buch zahlreiche Management-Tools, wie zum Beispiel den MG-Navigator. Was steckt dahinter?

Der "MG-Navigator" ist das oben bildlich erwähnte Satelliten-Navigationssystem, mein integriertes Instrumentarium für die zeitoffene zuverlässige ganzheitliche Unternehmens-Steuerung. Ich sagte, dass Strategie richtiges Handeln sei, wenn man nicht weiß, wie die Zukunft wird. Genau hierfür ist der MG (Malik-Gälweiler) Navigator das Universalsystem um sich in Perioden grundlegender Neuorientierung verlässlich zurechtzufinden. Der MG-Navigator ist so gebaut, dass gerade die komplexesten Strategiefragen leicht, präzise und elegant lösbar werden. Wie mit einem Navigationssystem im Auto macht das Fahren dann auch dort Vergnügen, wo man sich nicht auskennt: Jederzeit sicher wissen, wo man ist, und was der beste Weg ist.

Damit ist der MG-Navigator unabhängig von Prognosen und Hochrechnungen.

Richtig. Denn für das Neue können wir per Definition noch keine zutreffenden Hochrechnungen machen. An die Stelle von illusionären Prognosen und Hochrechnungen treten im MG-Navigator kybernetische Steuerungsgrößen und Lenkungsprinzipien, wie etwa das Prinzip von Real Time Control, eingebettet in lebensfähig-adaptive Organisationsstrukturen.

Sie betonen die Bedeutung der Liquidität. Solange die vorhanden ist, "ist man beim kapitalistischen Spiel dabei". Warum favorisieren Sie die Liquidität als kurzfristige Lenkungsgröße gegenüber dem Gewinn?

Die Wirtschaft ist nicht durch die Gewinnerzielung definiert, sondern durch die jederzeitige Zahlungsfähigkeit. Vielen Ökonomen scheint das nicht bewusst zu sein. Solange jemand seine Rechnungen bezahlen kann, ist er noch "dabei". Wenn er das nicht mehr kann, scheidet er aus. Woher das Geld zum Bezahlen kommt, ist den Gläubigern letztlich egal. Nur wer die Liquidität versteht, kann die freie Wirtschaft verstehen, und so konnte ich die im Neoliberalismus steckenden Zeitbomben von Anfang an gut erkennen.

In Ihrem Modell folgen auf den folgenden Ebenen der Erfolg und Erfolgspotentiale. Inwiefern sind diese nicht identisch mit der Höhe des Marktanteils?

Marktanteile sind strategisch immer eminent wichtig, aber in der großen Transformation genügen sie nicht, denn die Frage ist: In welchem Markt brauche ich Marktanteile? Noch wichtiger sind daher die technologische Substitution und neue Lösungen für die Kundenprobleme. Wer sich vorwiegend an den

Marktanteilen orientiert, wird blind gegenüber der weit gefährlicheren Substitutions-Konkurrenz. So hat die 100 Jahre erfolgreiche Analogfotographie die digitale Bilderzeugung so lange übersehen oder ignoriert, bis es zu spät war. Dasselbe ist z. B. Siemens in der Telefonie passiert. Die direkte Konkurrenz um die Marktanteile kennen die meisten Firmen sehr genau, nicht hingegen die tödliche Substitutionsgefahr.

Wie werden in Ihrem Modell Kundenprobleme gelöst?

Es gibt zwei "archimedische" Punkte, und allein von diesen aus kann man das Wirtschaften überhaupt verstehen. Der eine ist der Unternehmenszweck. Der andere ist die Einsicht, dass jedes Produkt eine Lösung für ein Kundenproblem ist. Folglich darf man strategische Entscheidungen niemals am Produkt selbst orientieren, wie das meistens geschieht, sondern muss zum eigentlichen Problem vordringen, für welches das Produkt eine Lösung ist. So bauen Autounternehmen nicht wirklich Autos, sondern z. B. Distanzenüberwinder oder Balzgeräte, Fortschrittsbringer oder Freudemacher. Die Unternehmen der Analogfotografie, der Festnetztelefonie sowie die frühere Schweizer Uhrenindustrie sind gescheitert, weil sie das nicht verstanden hatten. Nokia und Microsoft sind auf dem Wege, dasselbe Schicksal zu erfahren.

Sie geben als Unternehmensberater Seminare unter anderem auch für Dax-Konzerne. In Ihrem Buch beschreiben Sie von einem Treffen der 40 Führungskräfte. Was läuft da ab?

In meinem neuen Buch beschreibe ich die von uns entwickelten "Super-Syntegrations"-Verfahren, die sich eine der bisher größten sozialtechnologischen Innovationen erweisen könnten. Denn mit diesen Methoden wird die Führungs-Effektivität der obersten Organisationsebenen exponentiell vervielfacht, was mit herkömmlichen Mitteln völlig utopisch wäre. In Zeiten des Umbruchs ist das gerade für die großen und komplexen Organisationen erfolgsentscheidend, denn erstmals wird das Meistern auch der allerkomplexesten Herausforderungen, insbesondere tiefgreifender Wandel, zuverlässig möglich. "Syntegration" ist ein Begriff, der "Synergie" und "Integration" neuartig miteinander verbindet.

Also keine gewöhnlichen Workshops?

Mit Workshops im herkömmlichen Sinne haben diese Verfahren keine Gemeinsamkeiten, sondern sie bedeuten im Gegenteil Schluss mit den so häufigen endlosen frustrierend unergiebigem Workshopserien und ebenso das Ende von quälend ineffizienten Management-Großkonferenzen, die viele Führungskräfte nur mit Überdosis an Humor und Langmütigkeit ertragen können.

Außerdem gibt es deutlich kürzere Treffen innerhalb des Unternehmens, um neue Strategien festzulegen. Welche Gruppengröße empfehlen Sie hier?

Immer öfter geht es um "größer" statt "kleiner". Das kleine Team von 5 - 7 Personen ist zwar effizient, aber man braucht immer häufiger eine weit größere Zahl von Personen, um Organisationen zu bewegen, Wissen zu nutzen und Konsens zu erzielen. Mit unseren Syntegrationsverfahren können beliebig viele Führungskräfte simultan mit derselben Effizienz zusammenwirken, wie sie das professionelle kleine Team hat.

Sie erwähnen Kondratieff, der einen Rhythmus von langfristigen, wellenförmigen Wirtschaftszyklen beschreibt. Wo befinden wir uns gerade und was wird kommen?

Nach dem Muster früherer Zyklen würden wir am Beginn einer langen wirtschaftlichen Zerstörungsperiode stehen, die größer als in den 1930er-Jahren ist und die in eine sozialen Katastrophe führen kann. Aber mit den neuen Organisationsformen, Management-Instrumenten und gerade mit den Syntegrations-Methoden können wir geschichtlich erstmals auch die zerstörerischen inneren Kräfte des Kondratieff-Zyklus umlenken und sogar ins positive Gegenteil verkehren, sodass dieser Zyklus in Zukunft vielleicht gar nicht mehr auftritt.

Sie sind in der Freizeit Extrem-Bergsteiger. Wenn der Gipfel die Transformation 21 darstellt, wie

befinden Sie sich gerade?

Mit den Denkweisen des vorigen Jahrhunderts wird der Tiefpunkt der Krise etwas 2015-16 sein und es wird mindestens ein Jahrzehnt dauern, bis ein Aufschwung überhaupt spürbar werden kann. Mit dem neuem Denken wird hingegen das Zerstörungsprogramm der Krise gestoppt und umgekehrt und statt eines Tiefpunktes kann 2015 das neue Wirtschaftswunder in vollem Gange sein, weil es längst vorher auf seinen Weg gebracht wurde.

Herr Malik, vielen Dank für das Gespräch.

Bibliografie:

Fredmund Malik

Strategie: Navigieren in der Komplexität der Neuen Welt

Campus Verlag, Frankfurt am Main 2011

392 Seiten, 39,90 Euro

© 2010 Handelsblatt GmbH

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#) | [Schlagzeilen](#)

Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).



Interview mit Oliver Janich (Bundesvorstand der „Partei der Vernunft“)

krisenfrei.de

Sehr geehrter Herr Janich, Sie sind bekannt als [Buchautor](#) und Journalist. Zudem gehören Sie auch zu den Gründern der „**Partei der Vernunft**“ (PdV) und sind Bundesvorstand dieser Partei. Was hat Sie zur Gründung der PdV bewegt?

Oliver Janich

Die Gründung geht auf eine kleine Kolumne in Focus Money zurück. Ich hatte mich über die gerade geplante CO2-Steuer aufgeregt und versprach eine Partei der Vernunft zu gründen, wenn mir genügend Leute schreiben. Und es kamen mehr positive Zuschriften als je zuvor. Da ich pflege meine Versprechen zu halten, habe ich mit mir vorher völlig unbekannten Mitstreitern die Partei gegründet.

krisenfrei.de

Die PdV wurde jetzt erstmals für die Landtagswahl am 13. Mai in NRW zugelassen und steht auf Platz 17 der Landesliste. Parteien, die auf dem Wahlzettel ganz unten stehen, werden von den Wählern in der Regel kaum beachtet.

Hat die noch wenig bekannte PdV überhaupt eine Chance in den NRW-Landtag einzuziehen?

Oliver Janich

Das hängt von zwei Dingen ab: [Spenden](#) und die Berichterstattung in den Medien. Mit Geld können wir uns Präsenz in den Medien erkaufen, aber wir sind mit der Resonanz durch die Medien bisher auch sehr zufrieden.

krisenfrei.de

Kommen wir mal zum [Grundsatzprogramm](#) der PdV. Darin steht u.a., dass die PdV keine Steuern auf Bundes- und Landesebene erheben will, sondern nur den Kommunen obliegen.

Wie kann man sich das vorstellen, wenn z.B. neue Verkehrswege über die Ländergrenzen hinaus gebaut werden sollen?

Oliver Janich

Ganz einfach: Solche Dinge bespricht und beschließt man auf dem Städte- und Gemeindetag. Man wird sich dann die Kosten anteilig aufteilen. Möglicherweise dauert das etwas länger, aber wenn ich mir die heutigen Planfeststellungsverfahren so anschau, kann es kaum länger dauern.

Möglicherweise geht es sogar schneller, weil durch mehr Bürgerbeteiligung viele Einsprüche wegfallen würden. Die Mineralölsteuer beträgt ja bereits heute das doppelte der Ausgaben für Straßenbau. Da diese Steuer noch relativ fair ist, weil sie den mehr belastet der auch mehr fährt, wäre das aber sicher nicht das Dringlichste was wir ändern würden, außer die Steuer zu reduzieren. Wenn also am Schluss als einzige Bundesbehörde – neben innere und äußere Sicherheit – eine übrig bleibt, die überregionale Straßen plant, soll es uns recht sein. Aber das Problem stellt sich ohnehin nicht. Deutschland ist zugebaut und in einigen Bundesländern führen Brücken sogar ins Nichts.

krisenfrei.de

Ein weiterer Punkt im Grundsatzprogramm der PdV ist die „**Direkte Demokratie durch Volksentscheide**“. Von einer echten Demokratie in diesem Sinne sind die jetzigen Parteien im Bundestag weit entfernt.

Wie konkret stellen Sie sich Volksentscheide vor? Müsste da über jedes neu zu verabschiedende Gesetz, das bundesweit gilt, das Volk befragt werden?

Oliver Janich

Nein, ein ganz wichtiger Aspekt unseres Programmes ist die direkte Demokratie vor Ort. Dort wo die Probleme anfallen, sollen sie auch gelöst werden. Bundesweite Entscheide kann es nur über Bundesangelegenheiten geben. Das wird in erster Linie die Außenpolitik betreffen. Beispielsweise könnte es jetzt sinnvoll sein, über den Lissabonvertrag abzustimmen. Wenn wir unser Programm aber erst einmal durchgesetzt haben, ist auch das unnötig. Denn dann kann kein Vertrag der Welt festlegen, dass in Brüssel oder anderswo Entscheidungen für die Gemeinden getroffen werden. Jede Gemeinde hat dann das Recht über seine Angelegenheiten selbst abzustimmen. Bewährte Gesetze wie das BGB wird man einfach übernehmen. Ein Lissabon- oder ESM-Vertrag wäre automatisch ungültig.

Dazu sollte man vielleicht wissen, dass völkerrechtlich gesehen jede Region das Recht zur Sezession hat. Das ist ein wirksamer Schutz gegen eine sich immer weiter ausbreitende Staatskrake. Genau deshalb wollen Staatsjünger auf Biegen und Brechen einen Superstaat EU installieren, aktuell mittels des vollkommen undemokratischen ESM mit diktatorischen Vollmachten. Dann könnte niemand mehr den immer höheren Steuern und Abgaben entkommen. Aber der Plan wird scheitern, es ist nur die Frage, wann und wie. Wir hoffen, dass durch das völlig abgehobene Gebahren der Politikerkaste keine rechten Parteien hochkommen, sondern liberale wie wir, die den Bürgern wieder das Heft des Handelns in die eigenen Hände legen.

krisenfrei.de

Führt das nicht zurück zur Kleinstaaterei?

Oliver Janich

Der angeblich so schlimme „Flickenteppich“ ist das Produkt von staatlicher Propaganda in den Schulen. Zu dieser Zeit gab es nur eine Umsatzsteuer von vier bis acht Prozent. Heute haben wir eine Abgabenquote von 70% über alle Steuern und Abgaben. Professor Gerd Habermann hat uns hierzu einen interessanten [Aufsatz](#) überlassen.

Viele liberale Ökonomen und Historiker führen den Aufschwung Europas gerade darauf zurück, dass es viele konkurrierende Staaten gab. Dadurch musste sich der Staat bei der Besteuerung zurückhalten und es gab mehr wirtschaftliche Freiheit. Deshalb ist die EU das Lieblingsprojekt der Kleptokraten. Echte Liberale müssten sich also für eine friedliche Freihandelszone einsetzen und nicht wie die FDP für einen europäischen Superstaat.

krisenfrei.de

Bleiben wir vorerst noch bei dem Grundsatzprogramm. Sie fordern ein „**freies Marktgeld**“ nach dem Greshamschen Gesetz. Ich könnte mir vorstellen, dass viele Bürger gar nicht genau wissen, was darunter zu verstehen ist. Das derzeitige Zahlungsmittel (Euro) wird den Bürgern per Gesetz aufgezwungen. Es existieren aber auch regionale Zahlungsmittel, wie z.B. der „Chiemgauer“ oder das „Rheingold“.

Welche Vorstellungen vom „freien Marktgeld“ haben Sie?

Oliver Janich

Freies Marktgeld heißt, dass jeder selbst entscheiden kann welche Währung er benutzt. Dann setzt sich nach dem von Ihnen zitierten Gesetz automatisch das wertstabilste Geld durch. Das wird nicht - wie viele denken - zu einem Währungschaos führen, sondern die Menschen werden sich sehr schnell auf eine einheitliche Währung wie Gold und/oder Silber einigen. Regionalwährungen gibt es heute vor allem aus zwei Gründen: Sie sind besser als das jetzige Papiergeld und es lassen sich Steuern sparen (was natürlich offiziell bestritten wird). Genau aus diesem Grund werden Sie verboten werden, sobald sie zu erfolgreich sind. Nach unserem Programm werden sie natürlich immer erlaubt sein, aber man muss berücksichtigen, dass dadurch der Vorteil der internationalen Arbeitsteilung verloren geht. Daher sehe ich diese Regionalwährungen im Moment mit Sympathie, weil es ein Marktergebnis, also der Wunsch der Menschen ist, prophezeie aber keine große Zukunft wenn wir zu freiem, wertstabilem, also sachwertgedecktem Geld zurückkehren.

krisenfrei.de

Die ARD und das ZDF finanzieren sich über die GEZ-Gebühren. Die PdV aber will die „**Abschaffung der GEZ-Gebühren**“.

Besteht hier nicht ein gewisser Konflikt? Diese Volksmedien werden nicht selten auch als Staatspropagandamedien bezeichnet.

Glauben Sie wirklich, indem Sie die Abschaffung der GEZ-Gebühren fordern, dass dieses Staatsmedium jemals über die PdV Berichte erstattet?

Die im Höhenflug befindlichen NRW-Piraten haben sich inzwischen beim Landesparteitag in Dortmund gegen eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks [entschieden](#), obwohl sie Anfangs anderer Meinung waren.

Wird die PdV, um mehr Aufmerksamkeit im Staatsfernsehen zu erreichen, früher oder später auch umschwenken und von der Abschaffung der GEZ-Gebühren Abstand zu nehmen?

Oliver Janich

Bisher sind wir sehr zufrieden mit der Berichterstattung staatlicher Medien. Ich erkläre mir das so:
1. Arbeiten dort auch nur Menschen, die sich Ihre eigenen Gedanken machen. 2. Erkennen immer mehr Journalisten, dass es auch Ihnen an den Kragen geht, wenn wir mit dem Eurorettungswahnsinn so weiter machen. Und einem im Durchschnitt eher linkem Journalisten ist es sicher lieber, wir kommen hoch, die mehr echte Demokratie und die Macht dem Bürger zurückgeben wollen, als irgendwelche rechten Parteien.

3. Journalisten, die sich näher mit der österreichischen Schule der Nationalökonomie beschäftigen erkennen, dass durch das Abschaffen staatlicher Monopole und Oligopole immer mehr Beschäftigung resultiert, nicht weniger. Die Chancen auf einen Arbeitsplatz steigen also. Sehr gut war das bei der (Teil-)Liberalisierung des Fernmeldewesen zu beobachten. In der Telekommunikationsindustrie arbeiten heute mehr Menschen als früher. Die Produkte sind besser und billiger als zuvor. Das ist immer das Ergebnis wenn sich der Staat zurückzieht. Hinzu kommt, dass das Bedürfnis nach guten Informationen in einer wirklich freien Marktwirtschaft steigt. Die Bedeutung der Medien nimmt zu, wenn sich die Leute nicht mehr auf einen ohnehin unfähigen Staat verlassen. Eine zentrale Planungsstelle kann niemals so viele Informationen beschaffen wie sie braucht.

krisenfrei.de

Die PdV ist nicht bereit, dass Deutschland für Schulden anderer EU-Staaten haftet. Würde diese Forderung nicht das sofortige Aus für den Euro bedeuten?

Oliver Janich

Der Euro ist bereits am Ende. Aber von mir aus können diese bunt bedruckten Papierzettel ruhig im Umlauf bleiben. Nur die Schulden können nicht mehr beglichen werden, aber das können sie ohnehin nicht. Je später diese Einsicht kommt um so dramatischer wird der Zusammenbruch.

krisenfrei.de

Heißt das, dass Deutschland aus dem Euro-Verbund austreten und die gute alte D-Mark als Zahlungsmittel wieder einführen sollte?

Oliver Janich

Das wäre ja nur eine weitere, wertlose, durch nichts gedeckte Papierwährung. Als schnelle Zwischenlösung wäre das aber denkbar. Am einfachsten wäre es aber, schon jetzt alternative Währungen zuzulassen, also den gesetzlichen Annahmehzwang zu streichen und zum Beispiel die Besteuerung von Waren wie Silber, die auch als Geld benutzt werden können, zu beenden. Wenn der Euro so toll ist wie uns die Politiker glauben machen wollen, müssen sie sich davor ja nicht fürchten.

krisenfrei.de

Die Deutsche Bundesbank sitzt auf TARGET2-Salden von ca. 620 Mrd. Euro. Im Gegensatz dazu haben alle Euro-Südstaaten (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien) negative TARGET2-Salden. Reden wir Klartext, Griechenland ist definitiv pleite und die anderen hier genannten Staaten geraten auch immer mehr in Schieflage.

Wie kann sich die BuBa aus diesen TARGET2-Forderungen befreien? Bestünde eventuell eine Lösung darin, dass die BuBa mit diesen Forderungen Sachwerte (z.B. Immobilien, Ländereien, Staatsbetriebe etc.) aus den o.g. Ländern erwirbt?

Oliver Janich

Sie kann sich gar nicht daraus befreien und Sachwerte wird uns niemand anbieten. Die Bundesbank geht einfach bankrott und Deutschland zahlt nicht. Das haben ja schon etliche Länder vorexerziert. Dass das den anderen Ländern nicht gefallen wird, ist klar. Wenn dann – was nicht auszuschließen ist und was ja bereits heute angedeutet wird („Der Euro ist eine Frage von Krieg oder Frieden“) – die anderen Länder mit Krieg drohen, hat das zumindest den Vorteil, dass endlich die Maske fällt. Die hässliche Fratze des Totalitarismus wird sichtbar. Möglicherweise erinnert sich dann so mancher Deutsche an den Geschichtsunterricht und wacht endlich auf.

krisenfrei.de

Die letzte Regierung (CDU/CSU/SPD) hat ab 2016 eine Schuldenbremse beschlossen. Ist dieser Begriff nicht irreführend, zumal es in einer Zinsgeldökonomie gar keine Schuldenbremse geben kann?

Oliver Janich

Ich hoffe, Sie spielen nicht auf die unselige Zinskritik an. Der Zins ist in einem freien Markt unproblematisch und wird durch Mehrproduktion gedeckt. Kann jemand die Zinsen nicht zahlen geht er eben pleite. Aber der Staat produziert nichts nützliches und er zahlt Schulden nie zurück. Dann wird der Zins tatsächlich zum Problem. Vermutlich unter jeder Art von Geld, nur dass die Bürger wahrscheinlich weniger bereit wären, der Regierung echtes Gold zu leihen.

Zur Frage zurück: Eine Schuldenbremse ist tatsächlich Unsinn. Die Schulden müssten gestrichen werden und ein Verschuldungsverbot für alle Zeiten in der Verfassung verankert werden. Da so etwas aber immer wieder aufgehoben wird, ist die Dezentralisierung der Macht die bessere Lösung (Im Grundgesetz war eigentlich auch nur eine vorübergehende Verschuldung erlaubt). Erfolgreiche Gemeinden werden sich nicht verschulden, erfolglose gehen in den Konkurs und fangen von neuem - hoffentlich ohne Schulden - an. Das hat aber volkswirtschaftlich dann kaum Auswirkungen auf die anderen Gemeinden.

krisenfrei.de

Kommt Deutschland überhaupt noch aus dieser Schuldenfalle heraus, oder müsste nicht längst, wie im Fall Griechenland auch bei uns ein Schuldenschnitt stattfinden?

Oliver Janich

Natürlich, wir brauchen auch einen Schuldenschnitt. Hoffentlich sind wir dann noch nicht an der Regierung, denn sonst gibt man uns die Schuld. Die Fehler sind aber vor Jahrzehnten gemacht worden und niemand kann daran etwas ändern. Man kann es nur früher zugeben oder später.

krisenfrei.de

Welche Konsequenzen hätte das? Wenn ich an dieser Stelle Carl Fürstenberg (deutscher Bankier) zitieren darf: "**Wenn der Staat Pleite macht, geht natürlich nicht der Staat pleite, sondern seine Bürger.**" Sind die Spareinlagen, wie vor einigen Jahren Frau Merkel und Herr Steinbrück behauptet haben, wirklich noch sicher?

Oliver Janich

Ich dachte der Spruch wäre von mir, er ist korrekt (!). Keinerlei Papiergeld ist auch nur einen einzigen Pfifferling wert. Wer das frühzeitig erkennt, kann noch einiges retten und in Sachwerte, vor allem Gold und Silber investieren. Das ist sogar ein Vorteil an den Rettungssorgen. Man hat noch etwas Zeit, aber nicht mehr viel, befürchte ich.

krisenfrei.de

Eine letzte Frage noch Herr Janich.

Die offiziellen Schulden Deutschlands betragen ca. 2.100 Milliarden Euro. Meiner Meinung nach, addiert man alle Bürgschaften aus dem ESFS/ESM, den TARGET2-Forderungen der Deutschen Bundesbank und den zukünftigen Zahlungen für Beamtenpensionen hinzu, dürfte die Staatsverschuldung 3-4 mal höher sein, als offiziell angegeben. Stimmen Sie mir da zu?

Oliver Janich

Es ist noch schlimmer. Im Worst Case haben wir über zehn Billionen Euro Schulden, siehe Text unter unserem Wahlwerbespot:
geht auf, wenn man die Hauptseite der [Partei der Vernunft](#) öffnet, da ist der Text mit Links.

krisenfrei.de

Ja, ich habe den Text gelesen und zur Diskussion in mein [Blog](#) gestellt.
Sehr geehrter Herr Janich, vielen Dank für dieses freundliche Interview.

Oliver Janich

Ich bedanke mich für die außergewöhnlich guten Fragen. Sie zeigen, dass Sie sich wirklich mit unserem Programm auseinandergesetzt haben.

Dieter Sordon (www.krisenfrei.de)

=====

Hinweis:

Dieses Interview dürfen alle Medien frei verwenden.

REGIONALWÄHRUNG FÜR RHEIN-MAIN

AUFTAKTVERANSTALTUNG

Seit dem Ausbruch der sogenannten Finanzkrise werden wir an die Begriffe "systemrelevant" und "alternativlos" gewöhnt, um an den herrschenden Verhältnissen nicht zu rütteln. Die Hinnahme der bestehenden Verhältnisse führt aber zu unübersehbaren, verheerenden Folgen in Staat und Gesellschaft, auf dem Arbeitsmarkt, in der Wirtschaft und last but not least in der Umwelt.

Menschen verarmen, Unternehmen schließen, prekäre Arbeitsverhältnisse nehmen zu, Arbeitslosigkeit wächst, die Umverteilung von unten nach oben geht weiter, Umwelt wird weiter zerstört - die Mehrheit der Gesellschaft wird ausgebeutet, ohne dass die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zukunftsfähige Schritte zur Bewältigung dieser krisenhaften Entwicklung im Sinne der Bevölkerung ergreifen. Weitermachen wie bisher, Banken retten und Geld drucken ist alles, was den Verantwortlichen bisher eingefallen ist. Die Rettung der Bevölkerung, insbesondere der Altersversorgungssysteme soll warten.

Die Initiative REGIO-F, im Rahmen der Aktionsplattform GELDHANH ZU!, hat sich vorgenommen, der Öffentlichkeit als Gegenentwurf zur angeblichen Alternativlosigkeit des derzeitigen Krisenmanagements die Möglichkeit einer nachhaltigen regionalen Wirtschaft, sowie ihre Vorzüge und Auswirkungen auf ökonomischem, ökologischem, sozialem, gesellschaftlichen und kulturellem Gebiet nahezubringen.

Gleichzeitig möchte diese Initiative auf die weitgehend unbekannten, vorteilhaften Möglichkeiten hinweisen, die komplementären Währungen gerade auf lokaler und regionaler Ebene in diesem Zusammenhang zukommen können.

Die Initiatoren von Regio-F für unsere Region haben sich im Rahmen der Aktionsplattform GELDHANH ZU! schon im letzten Jahr entschlossen, in dieser Richtung zu arbeiten. Allerdings streben sie keine Insellösung an, sondern den Anschluss an DER REGIO e.V., Oberbayern, an. Dieser ist bereits in mehreren bayerischen Landkreisen sowie im Darmstädter Raum eingeführt worden und mit dem Chiemgauer sowie anderen bayerischen Komplementärwährungen über ein Mikrofinanzzentrum in Rosenheim verbündet.

Nun soll in einer Auftaktveranstaltung im Verbund mit der Triodos Bank, Vertretern des Erzeugermarktes an der Konstabler Wache, der Vereinigung der hessischen Direktvermarkter und der Bürger AG für nachhaltiges Wirtschaften FrankfurtRheinMain über komplementäre Währungen und deren Wirkungsweisen informiert werden. Mit diesem öffentlichkeitswirksamen Vorgehen soll verstärkt nachhaltig-regionales Handeln bei wichtigen Interessenvertretern, Produzenten und Konsumenten in der Region unterstützt und in Gang gesetzt werden. Es geht darum, dass sich die Region Rhein-Main ihr eigenes Rettungsboot baut, um sich notfalls selbst zu retten bevor die Bankenrettung die globale Titanic zum Untergang gegen den Eisberg fährt.

ORGANISATIONEN

- Bürger AG für nachhaltiges Wirtschaften FrankfurtRheinMain
- Vereinigung der Hessischen Direktvermarkter e.V.
- Triodos Bank
- Team Komplementärwährungen"

Montag, 9. September 19 Uhr

Haus am Dom, Domplatz 3, 60311 Frankfurt am Main

REFERENTEN

JÖRG WEBER, Vorstandsvorsitzender der Bürger AG für nachhaltiges Wirtschaften FrankfurtRheinMain, Frankfurt

OSWALD HENKEL, Vorsitzender der Vereinigung der hessischen Direktvermarkter

GEORG SCHÜRMANN, Geschäftsleiter, Triodos-Bank, Zweigniederlassung Deutschland

DR. SEBASTIAN LEINERT und Wirtschaftsanwalt
HANS SCHARPF, LL.M., Team "Der REGIO-Frankfurt" im Rahmen von "Geldhahn zu!", Frankfurt

Durch den Abend moderiert THOMAS MURAWSKI

REGIONALWÄHRUNG FÜR RHEIN-MAIN

Bürger AG für nachhaltiges Wirtschaften FrankfurtRheinMain

Gegründet 2011. Die Gesellschaft arbeitet im Sinne der Gemeinwohlorientierung nach den Hauptprinzipien "fair-nachhaltig-ökologisch-regional".

Sie unterstützt nachhaltig wirtschaftende sowie ökologisch- und sozialverträglich handelnde Projektpartner im Raum Frankfurt (ca. 150 km Umkreis). Diese Partner stammen vorrangig aus der regionalen Wertschöpfungskette der biologischen Landwirtschaft und der dezentralen Energieerzeugung. Dadurch werden die regionalen Wertschöpfungsketten geschlossen. Die Beteiligungen werden durch Namensaktien finanziert.

Als Besonderheit bietet die Bürger AG neben einer – eher niedrigen – Kapitalrendite auch eine Naturalrendite an (z.B. ökologisch erzeugte Lebensmittel oder regenerative Energie). Für nähere Informationen siehe bitte: www.buerger-ag-frm.de.

Vereinigung der Hessischen Direktvermarkter e.V.

Der Verband der hessischen Direktvermarkter e.V. (VHD) wurde 1989 als Dachverband der hessischen Direktvermarkter und deren Regionalgruppen sowie als Initiator und Träger des LANDMARKT-Konzeptes gegründet.

Seine wichtigsten Ziele sind:

- Bündelung und Interessenvertretung der direktvermarktenden Bäuerinnen und Bauern.
- Erhalt und Weiterentwicklung der Direktvermarktung und damit auch Existenzsicherung der Höfe.
- Gleichzeitig Sicherung der Einkaufsmöglichkeiten direkt beim Bauern für Verbraucher/innen.
- Öffentlichkeitsarbeit für diese Vermarktungsform.

Zur Zeit hat der Verband 350 Mitglieder – Voll- wie auch Neben-erwerbsbetriebe –, die sowohl ökologisch wie auch konventionell wirtschaften. Die Vermarktung erfolgt in Hofläden, auf Bauern- und Wochenmärkten, per Lieferservice und unter dem Zeichen "Landmarkt- Besser direkt vom Bauern" in ausgewählten Rewe-Märkten. Für nähere Informationen siehe bitte: www.hessische-direktvermarkter.de.

Triodos Bank

Die Triodos Bank N.V. ist Europas führende Nachhaltigkeitsbank. Gegründet 1980, hat sie mittlerweile rund 440.000 Kunden, die sich darauf verlassen können, dass die Triodos Bank ausschließlich Unternehmen, Institutionen und Projekte finanziert, die zum Wohl von Mensch und Umwelt beitragen. Sie kommen beispielsweise aus den Bereichen Erneuerbare Energien, Ökolandbau, nachhaltige Immobilien, soziale Dienstleistungen oder Mikrofinanzierung.

Heute weist die Triodos Bank-Gruppe, bestehend aus Triodos Bank, Triodos Investment Management und Triodos Private Banking, ein Geschäftsvolumen von rund 8 Milliarden Euro aus. Die Triodos Bank beschäftigt knapp 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in fünf Niederlassungen in Europa: in den Niederlanden, Belgien, Großbritannien, Spanien und Deutschland. 2009 wurde die Triodos Bank als "Sustainable Bank of the Year" durch die Financial Times und die Weltbank-tochter IFC ausgezeichnet.

Die Triodos Bank ist einer der drei Gründer der Global Alliance for Banking on Values (www.gabv.org), eines internationalen Netzwerks von führenden Nachhaltigkeitsbanken. Für nähere Informationen siehe bitte: www.triodos.de

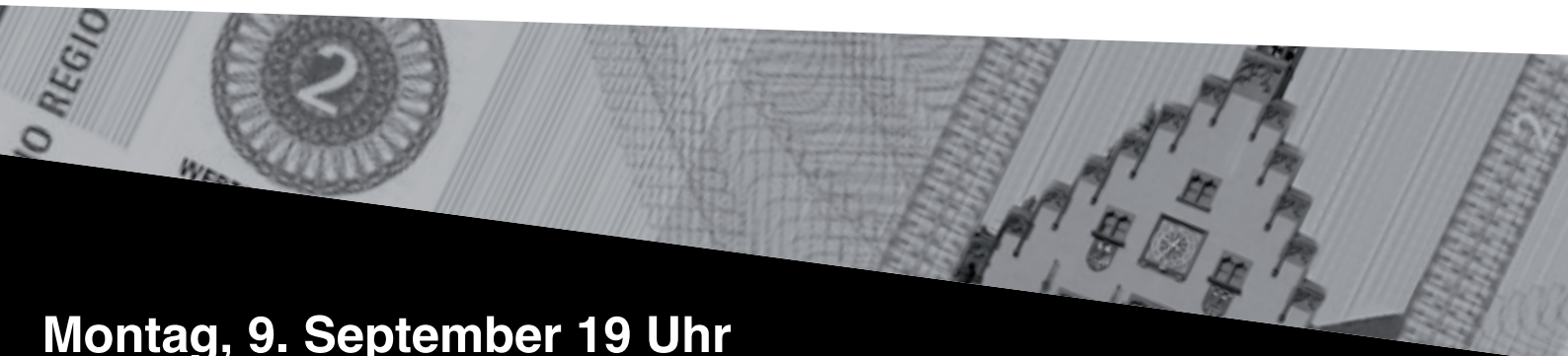
Team Komplementärwährungen"

Im Rahmen der Aktion "Geldhahn zu!" befasst sich ein kleines Team seit 1 ½ Jahren mit Fragen der Komplementärwährungen generell, der Suche nach einer für den Frankfurter Raum geeigneten Regionalwährung und der Erarbeitung der Voraussetzungen für diese Währung.

Einen kleinen Überblick dieser Bemühungen vermittelt eine Übersicht "Komplementärwährungen" (28 Seiten), die auf www.geldhahn-zu.de unter der Rubrik "Geldbildung" eingestellt ist.

Nach intensiven Überlegungen wurde der Entschluss gefasst, eine Frankfurter Regionalwährung (REGIO-F) zu etablieren, die sich im Rahmen des Vereins DER REGIO e.V., Eurasburg (Oberbayern) ansiedeln soll. Es ist wichtig, keine Insellösung zu schaffen, sondern sich einem starken Partner anzuschließen.

DER REGIO e.V. arbeitet bereits in fünf bayerischen Landkreisen (darunter München) sowie im Landkreis Darmstadt-Dieburg und der Stadt Darmstadt. Außerdem arbeitet er über ein Mikrofinanzzentrum, das eine elektronische Abwicklung der Einkäufe ermöglicht (E-Card REGIO) und günstige Kredite an beteiligte Unternehmen vergibt mit anderen bayerischen Regionalwährungen zusammen (z.B. Chiemgauer, Sterntaler, Ampertaler, Lechtaler). Für nähere Informationen siehe bitte: www.der-regio.de



Montag, 9. September 19 Uhr

Haus am Dom, Domplatz 3, 60311 Frankfurt am Main

Lokale Banknoten: Jedem seine eigene Währung

12.09.2009 | 18:03 | von Stefan Riecher (Die Presse)

Viele Regionen in den USA haben sie schon, nun soll sie auch der New Yorker Stadtteil Brooklyn bekommen: eigene Geldscheine. Damit will man lokale Geschäfte unterstützen und unabhängig sein, übersieht aber Risiken und Nachteile.

Die Region Berkshire im US-Staat Massachusetts ist nur wenigen Stadtmenschen aus New York oder Boston als Ausflugsziel bekannt. Die Wiesen sind zwar grün, die Luft frisch und die Berge gut zum Wandern, besondere Sehenswürdigkeiten gibt es aber kaum. Dennoch genießt Berkshire im Nordosten der USA einen Bekanntheitsgrad, von dem andere ländliche Gebiete nur träumen können. Der Grund: Kauft man in Berkshire ein, bezahlt man nicht in Dollar, sondern mit Berkshares.

„Damit fördern wir unsere lokalen Geschäfte“, sagt Susan Witt, die im Jahr 2006 die Idee der eigenen Währung ins Leben gerufen hat. Seitdem sind mehr als 2,5 Millionen Berkshares im Umlauf. 400 Unternehmen, von der Bäckerei bis zum Tierarzt, halten zwar in Dollar Buch, kassieren und wechseln zum größten Teil aber Berkshares. Der Dollar als Zahlungsmittel wird zwar akzeptiert, aber kaum verwendet, weil man damit ein Verlustgeschäft macht.

95 Dollar für 100 Berkshares. Das Prinzip dahinter ist auf den ersten Blick sehr einleuchtend. Die Banken in der Region wechseln Dollar in Berkshares um. Für den Konsumenten zahlt sich das aus, weil es für 95 US-Dollar 100 Einheiten der lokalen Währung gibt. Mit diesen Geldscheinen kann man in den Geschäften normal einkaufen. Zahlt man in Dollar, beträgt der Aufschlag also indirekt fünf Prozent. Gleiches gilt für die Unternehmen, die Berkshares kassieren. Wechseln sie die Scheine in Dollar zurück, verlieren sie fünf Prozent.

So wird garantiert, dass möglichst wenig Geld aus der Region abfließt. Lokalen Geschäften wird gegenüber national oder international agierenden Ketten ein Vorteil verschafft, weil sie die eigens gegründete Währung nicht in Dollar zurückwechseln müssen. Selbst die Gehälter der Mitarbeiter werden in Berkshares ausbezahlt.

Landflucht wird verringert. Eine Studie der Beratungsfirma Civic Economics aus dem Bundesstaat Michigan hat errechnet, dass durch das Kreieren der eigenen Währung in Berkshire mehr als 1600 neue Jobs entstanden. Und das bei 130.000 Einwohnern. Die New Economics Foundation, eine in London ansässige Denkfabrik, publizierte kürzlich eine Studie, wonach lokale Währungen die Geldflüsse innerhalb einer begrenzten Region verdoppeln würden. Das würde wiederum die viel besagte Landflucht stoppen, weil die Kaufkraft innerhalb der weniger urbanen Regionen erhalten bliebe.

Mittlerweile haben sich viele andere Gebiete in den USA das Konzept der Berkshares abgeschaut und eigene Währungen ins Leben gerufen. In Teilen Detroits bezahlt man mit Detroit Cheers, im Bezirk Ithaca im Bundesstaat New York mit Ithaca Hours und in einem Teil des Bundesstaates North Carolina mit dem sogenannten Plenty. Insgesamt gibt es aktuell in den USA knapp 20 Konkurrenzwährungen zum Dollar. Tendenz steigend.

Geht es nach den Plänen der Künstlerin Mary Jeys, soll demnächst auch der New Yorker Stadtteil Brooklyn sein eigenes Geldsystem bekommen. Das Outfit für den „Brooklyn Torch“ wird derzeit entworfen. Noch diesen Winter sollen die Geldscheine in Umlauf gebracht werden, zunächst nur im Norden des Stadtteils. Die Druckkosten sollen durch Abgaben der teilnehmenden Geschäfte finanziert werden. „Wir wollen ein Gemeinschaftsgefühl entwickeln. Eine Zentralbank und das Geldsystem des Dollar können das nicht“, sagt Jeys.

Die Notenbank Fed sieht das Treiben mit den Währungen gelassen. Solange die gedruckten Geldscheine dem Dollar nicht ähnlich sehen und keine Münzen geprägt werden, habe man nichts dagegen. Allerdings dürfe niemand erwarten, dass die Zentralbank lokale Währungen vor einem Zusammenbruch schütze, so wie sie das beim Dollar tut. Mit anderen Worten: Der Dollar wird von der Notenbank als gültiges Zahlungsmittel akzeptiert. Entsprechend betreibt man Geldpolitik, um den Wert der nationalen Währung relativ konstant zu halten. Und ein Zusammenbruch des Währungssystems ist trotz der Wirtschaftskrise nahezu ausgeschlossen, weil der Dollar den Status als Weltwährung genießt.

Lokale Währungen scheitern oft. Auf diese Sicherheit der Rückendeckung durch die Zentralbank können sich Besitzer von lokalen Währungen nicht verlassen. Bricht das fiktiv geschaffene Zentralbanksystem zusammen, bleibt man auf den Geldscheinen sitzen. Ed Collom, ein Soziologe an der University of Southern Maine, hat die Geschichte lokaler Währungssysteme unter die Lupe genommen und herausgefunden, dass 80 Prozent von ihnen früher oder später kollabieren.

Die Emittenten sind für das Drucken der Geldscheine auf die Abgaben der Geschäfte beziehungsweise Spenden angewiesen. In Berkshire garantieren die Emittenten den Eintausch von 100 Berkshares gegen 95 Dollar. Geht der fiktiven Zentralbank das Geld aus und reichen die Reserven nicht, schaut es mit der Umwechslung schlecht aus.

Lokale Banknoten: Jedem seine eigene Währung

12.09.2009 | 18:03 | von Stefan Riecher (Die Presse)

Auch volkswirtschaftlich ist umstritten, ob lokale Währungen sinnvoll sind, selbst wenn sie nicht kollabieren. Eine im August publizierte Studie der Weltbank kam zu dem Schluss, dass ein künstliches Stoppen der Landflucht dem Wohlstand schade. „Die Märkte ziehen bestimmte Orte anderen vor. Die Konzentration zu bekämpfen bedeutet, den Wohlstand zu bekämpfen“, ist in der Studie zu lesen. Denn nur wo Industrien einander nahe sind, könnten sie sich gegenseitig inspirieren, argumentiert die Weltbank. Alle Versuche, diese Konzentration zu bremsen, seien bislang kläglich gescheitert.

(“Die Presse”, Print-Ausgabe, 13.09.2009)

<http://hw71.wordpress.com/2009/09/15/usa-immer-mehr-regionalwahrungen/>

Dienstag, Apr. 29, 2014

[STARTSEITE](#) / [Redaktion](#) / [Gesellschaft](#) / [Politik](#) / Eine starke Antwort auf Gaucks Schelte

28 April 2014 Autor: Oswald Sigg | Quelle: [Infosperber.ch](#) | [Kommentar\(e\): 0](#)

Die Worte des deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck zur direkten Demokratie liessen die Schweizer Medien erstaunlich kalt. Als die NZZ am vergangenen 1. April mit dem irritierenden Titel «Der souveräne aus der Zeit Gefallene» den Besuch von Joachim Gauck, dem deutschen Bundespräsidenten, in Bern ankündigte, war klar, dass hier ein besonderer Gast zu einem besonderen Zeitpunkt erwartet wurde.



Während das EDA-Communiqué mit der Charakterisierung des illustren Gastes äusserst spartanisch umging, strotzten die entsprechenden Berichte in anderen Medien geradezu von Prädikaten und Attributen über den Staatsgast. Unter dem Bild Gaucks in nachdenklicher Pose war folgende Legende zu lesen: «Bundespräsident Gauck bedient keine modischen Clichés, überzeugt aber durch kantige Auftritte und Analysen.»

Fürwahr. Im Landgut Lohn, dem Gästehaus des Bundesrats, plauderte Gauck vor den Journalisten zunächst aus – wie alle Medien geflissentlich berichteten – er habe seine Reise nach Bern absichtlich früher als geplant angetreten. Wie wenn er, der ehemalige Pastor im Dienst der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, den Bundesrat ob dem Volksverdikt vom 9. Februar über die sog. Masseneinwanderungsinitiative trösten müsste. Stattdessen warnte er die Schweiz und ihre Bürgerinnen und Bürger vor der direkten Demokratie:

«Die direkte Demokratie enthält und birgt in sich den schönen Ansatz der Mitwirkung aller, den wir begrüßen, aber er birgt in sich eine grosse Gefahr bei der Richtung, beim Herausfinden der Richtung bei hochkomplexen Politikthemen. Nicht immer gelingt es in der Vorbereitung solcher Abstimmungen - auch darüber haben wir übrigens in dem Gespräch gesprochen - so umfangreich zu informieren, dass jedem Wahlbürger auch die Implikationen die durch internationales Recht gesetzt werden, voll bewusst sind. Und deshalb gibt es sowohl bei der parlamentarischen Demokratie wie auch bei der direkten Demokratie Verluste, es gibt Verlust- und Gewinnrechnungen und wir müssen die fair aufmachen.»

Was Gauck in etwas umständlichen Worten von sich gab, war nichts anderes denn der uralte und reaktionäre Einwand gegen die direkte Demokratie: das Volk ist zu dumm, um über Sachvorlagen abzustimmen und die Politik überlässt man am besten den gewählten Volksvertretern.

Als die Freisinnigen, die Schöpfer und Gestalter des Bundesstaates von 1848, gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu den erbittertsten Gegnern der Volksrechte wie Gesetzesreferendum und Verfassungsinitiative wurden, formulierte ein Amtsvorgänger des heutigen Bundespräsidenten, der freisinnige Bundespräsident Emil Welti im Nationalrat am 24. Januar 1872 seine Zweifel gegenüber Volksabstimmungen so:

«Man mutet dem Volk zu, über alle Gesetze abzustimmen. Ich habe das Gefühl, dass der Senn mit dem Code de commerce und der Stallknecht mit dem Civilprozess in der Hand, um sich für die Ausübung ihrer Souveränitätsrechte vorzubereiten, eine Karikatur sind.»

Ausgerechnet auf dem Landgut Lohn, das sein früherer Besitzer Friedrich Emil Welti, ein Sohn des zitierten Bundespräsidenten Welti, testamentarisch der Eidgenossenschaft als Geschenk zur «Erholung der Mitglieder der Landesregierung» vermachte, wiederholte nun fast 150 Jahre später sinngemäss der deutsche Bundespräsident die elitäre und arrogante Kritik an der politischen Kultur der Schweiz. Tatsächlich: Gauck ist wohl nicht allein und nur aus der Zeit gefallen. Während sich in zahlreichen Ländern Europas der Unmut gegenüber dem demokratischen Defizit der EU breitmacht und sich viele europäische Bürgerinnen

Dienstag, Apr. 29, 2014

[STARTSEITE](#) / [Redaktion](#) / [Gesellschaft](#) / [Politik](#) / [Eine starke Antwort auf Gaucks Schelte](#)

und Bürger etwas mehr Schweiz wünschen, stellen sich mit Bundespräsident und Bundeskanzlerin die höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland an die Spitze der Gegnerschaft solch direktdemokratischer Regungen in Europa.

In der Schweiz selbst – zumindest in den Medien - schien sich niemand gross über die Worte Gaucks aufzuregen. Nur gerade im SRF-Radio wurde sowohl die Warnung Gaucks:

«Direkte Demokratie birgt in sich eine grosse Gefahr bei hochkomplexen Politthemen. Nicht immer gelingt es so umfangreich zu informieren, dass jedem Wahlbürger die Implikationen, die durch internationales Recht gesetzt werden, voll bewusst sind»,

als auch die Antwort seines Gastgebers im Originalton wiedergegeben. Bundespräsident Didier Burkhalter konterte Gaucks Schelte kurzerhand wie folgt:

«Direkte Demokratie ist voll zu respektieren. Also man soll nicht sagen: einige können verstehen und andere nicht. Alle verstehen. Alle verstehen wie sie wollen und alle entscheiden - unabhängig und souverän.»

Artikelbild: Kleinschmidt / MSC

- See more at: <http://expresszeitung.ch/redaktion/gesellschaft/politik/eine-starke-antwort-auf-gaucks-schelte#sthash.gplJ3Sud.dpuf>

<http://expresszeitung.ch/redaktion/gesellschaft/politik/eine-starke-antwort-auf-gaucks-schelte>